



108. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 7. Mai 1987

Mitteilungen des Präsidenten 6662, 6711

Situation und Entwicklung der Gemeinden im ländlichen Raum

Landtagsbeschluß vom 18. März 1987
Drucksache 10/1953

Bericht der Landesregierung

Drucksache 10/2043

Dr. Uwe Barschel, Ministerpräsident 6662
Karl-Otto Meyer (SSW) 6668
Rainer Ute Harms (CDU) 6673
Manfred Sickmann (SPD) 6674, 6683
Hans-Klaus Solterbeck (CDU) 6680
Günter Flessner, Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten 6682

Beschluß: Für erledigt erklärt 6683

Wanderung von Milchquoten, Änderung der Milchmengenverordnung

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/2033

Maria Lindenmeier (SPD) 6683, 6689
Günter Flessner, Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten 6686
Max Werner Detlefsen (CDU) 6687

Beschluß: Überweisung an den Agrar- und
Umweltschutzausschuß 6690

Landesverordnung über die Schule für Geistigbehinderte

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/2025

Heinz-Werner Arens (SPD) 6690
Max Stich (CDU) 6691
Dr. Peter Bendixen, Kultusminister 6692

Beschluß: Überweisung an den Ausschuß
für Kultur, Jugend und Sport 6693

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG; hier: Anmeldung zum 17. Rahmenplan für den Hochschulbau

Bericht der Landesregierung

Drucksache 10/1994

Bericht und Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport

Drucksache 10/2005

Alfred Schulz (SPD), Berichterstatter 6693
Dr. Peter Bendixen, Kultusminister 6693
Dr. Joachim Lohmann (SPD) 6696
Dr. Egon Schübeler (CDU) 6697

Beschluß: Zur Kenntnis genommen 6699

Sanierung Deponie 78 Barsbüttel

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/1900

Bericht und Beschlußempfehlung des Agrar-
und Umweltschutzausschusses

Drucksache 10/2019

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/2079

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 10/2081

Fritz Latendorf (CDU), Berichterstatter .. 6699
Alfred Schulz (SPD) 6700
Hans Buhmann (CDU) 6702
Günter Flessner, Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten 6704

Beschluß: Annahme des Antrags Druck-
sache 10/2081 6706

Waldprogramm für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/951

Bericht und Beschlußempfehlung des Agrar-
und Umweltschutzausschusses

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/2076

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 10/2080

Hans Wiesen (SPD), Berichterstatter 6706
Hans Wiesen (SPD) 6706
Heinz-Wilhelm Fölster (CDU) 6708
Günter Flessner, Minister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten 6709

Beschluß: Annahme des Antrags Druck-
sache 10/2080 6711

Regierungsbank:

Dr. Uwe Barschel, Ministerpräsident
 Dr. Henning Schwarz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Bundesangelegenheiten
 Karl Eduard Claussen, Innenminister
 Ursula Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin
 Roger Asmussen, Finanzminister
 Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
 Dr. Manfred Biermann, Minister für Wirtschaft und Verkehr
 Heiko Hoffmann, Justizminister
 Dr. Peter Bendixen, Kultusminister

Beginn: 10.02 Uhr

Vizepräsident Kurt Hamer:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Das Haus ist beschlußfähig. Erkrankt sind die Herren Abgeordneten Böge und Meyenborg. Wir wünschen ihnen gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt sind die Herren Abgeordneten Dr. Braun und Ramler.

Meine Damen und Herren, Geburtstag hat heute der Herr Abgeordnete Hans Wiesen.

(Beifall)

Das Haus gratuliert sehr herzlich. Alles Gute!

(Hans Wiesen [SPD]: Danke sehr, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Situation und Entwicklung der Gemeinden im ländlichen Raum

Landtagsbeschluß vom 18. März 1987
 Drucksache 10/1953

Bericht der Landesregierung

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Dr. Uwe Barschel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Wiesen, der Sie dem ländlichen Raum besonders verbunden sind, betrachten Sie meinen Bericht heute zur Situation des ländlichen Raums als das Geschenk der Landesregierung.

(Heiterkeit – Hans Wiesen [SPD]: Hoffentlich ist es nicht nur gut eingepackt!)

Ich sage das nicht nur deshalb, weil man ja als höflicher Mensch, der Sie sind, Geschenke nicht zurückgeben darf.

(Peter Aniol [CDU]: Aber hier entstehen keine Folgekosten!)

Meine Damen und Herren, **Politik für den ländlichen Raum** ist für ein so strukturiertes Land wie Schleswig-Holstein seit jeher ein Bereich von herausragender Bedeutung; denn die Entwicklung unseres ganzen Landes ist in besonderem Maße vom ländlichen Raum geprägt.

Die Landesregierung kann mit dem vorliegenden Bericht darlegen, daß sich dieser Raum mit seinen Gemeinden seit 1970 – Herr Kollege Meyer fragt als Antragsteller nach der Zeit seit 1970 – insgesamt – so sage ich einschränkend – gut entwickelt hat. Auch in der Zukunft hat der ländliche Raum vielfältige Chancen, aber wir sehen natürlich auch Probleme, denen wir uns weiter beständig zuwenden müssen.

Meine Damen und Herren, wichtig für das Verständnis dessen, was hier in der Debatte vorgetragen wird, ist die Frage, wie wir den ländlichen Raum abgrenzen. In unserem Bericht gehen wir davon aus, daß im Grundsatz alle Gemeinden des Landes, Landgemeinden also, ländlicher Raum sind – mit Ausnahme der Nachbarräume um Hamburg, um Kiel und um Lübeck sowie der hochbeanspruchten Fremdenverkehrsgebiete. Dieser so definierte **ländliche Raum** umfaßt drei Viertel der Fläche unseres Landes, auf der knapp die Hälfte der Menschen in Schleswig-Holstein wohnt. Diese beiden Zahlen – drei Viertel der Fläche einerseits und die Hälfte der Bewohner andererseits – zeigen auch, welche Bedeutung Politik für den ländlichen Raum in einem Land wie Schleswig-Holstein immer haben wird.

Die Bevölkerung im ländlichen Raum hat seit 1970 leicht zugenommen – entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil. Wir hören ja häufig, es gebe Abwanderungen und vieles andere mehr. Nein, die **Bevölkerung** hat in dem Zeitraum, nach dem gefragt, im ländlichen Raum leicht zugenommen. Dieser **Zuwachs** ist besonders deshalb bemerkenswert, weil im gleichen Zeitraum die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft abgebaut wurden und zugleich die Geburtenzahlen drastisch zurückgegangen sind. Im ganzen hat der ländliche Raum Schleswig-Holstein also – wo anders sollte es herkommen? – erhebliche Zuwanderungen aufzuweisen. Ich meine: Wenn gerade der ländliche Raum in Schleswig-Holstein – auf der Grundlage meiner Definition von vorhin – diese erheblichen Zuwanderungen zu verzeichnen hat, die den Geburtenrückgang mehr als nur ausgleichen, dann ist das doch ein Beweis für die Attraktivität eben gerade dieses ländlichen Raums.

(Beifall bei der CDU)

Ich beurteile – übrigens anders als Sie, Herr Kollege Meyer – die zunehmende **Verflechtung zwischen Stadt und Land** – ich komme damit auf einen Punkt in Ihrer Rede zur Antragsbegründung – durch die **Pendler** überwiegend positiv. Ich will das begründen.

(Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel)

Sie bedeutet, daß die jungen Leute aus dem ländlichen Raum die Chancen des städtischen Ausbildungs- und Arbeitsmarktes nutzen, gleichzeitig aber Mitglieder der Dorfgemeinschaft bleiben, jedenfalls bleiben können. Das ist natürlich nur bei gut ausgebauten Verkehrsverbindungen möglich. Man kann die stabilisierende Wirkung der Pendler für den ländlichen Raum gar nicht hoch genug einschätzen; denn fast die Hälfte der Beschäftigten in Schleswig-Holstein sind ja Pendler, sie sind Bürger, die in einer anderen Gemeinde arbeiten als sie wohnen.

Warum beurteile ich die Verflechtung, die sich aus den Pendlerströmen quer durch unser Land ergibt, im Gegensatz zum Abgeordneten Meyer überwiegend positiv? – Weil sich die **Fahrzeiten der Pendler** deutlich verringert haben. Ich will Ihnen die genaue Zahl sagen. 60 % der Pendler brauchen weniger als eine halbe Stunde. Ich glaube, diese Zahl kann sich sehen lassen. Ein Großteil der Bewohner einer Ballungsregion wie zum Beispiel Hamburg braucht sehr viel länger als eine halbe Stunde zum Arbeitsplatz. Deshalb – so meine ich – sollten wir sehr viel differenzierter, als das damals in der Antragsbegründung zum Ausdruck gekommen ist, das Pendlerproblem sehen.

Es pendeln viele, meine Damen und Herren; für viele ist es eine große Chance, weil sich in Wohnnähe Arbeitsplätze befinden, und die Arbeitsplätze gehen nicht völlig aus diesen ländlichen Räumen heraus. Natürlich gibt es auch – das werden Sie sicherlich nachweisen können – den einen oder anderen Bereich oder einen kleineren Teilraum, wo das Pendlersein doch mit einer beschwerlichen Last verbunden ist – das will ich nicht verschweigen –, aber es ist eben eine sehr große Minderheit und keineswegs repräsentativ für dieses Problem unseres Landes.

(Beifall bei der CDU)

Der **ländliche Raum** hat seinen Anteil an der **Bruttowertschöpfung** des Landes im Vergleich zu 1970 leicht steigern können. Auch dies widerlegt ein weit verbreitetes Vorurteil, das leider immer wieder anzutreffen ist. Demgegenüber konnten die kreisfreien Städte und der Hamburg-Nachbarräum zusammen genommen ihren Anteil nicht ganz halten. Ich meine, das ist ein bemerkenswerter Erfolg gerade für den ländlichen Raum.

Wie der Bericht bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt, haben die Arbeitsplätze auch im ländlichen Raum – absolut gesehen – zugenommen.

(Beifall bei der CDU)

Auch das kommt für viele überraschend, die glauben, im ländlichen Raum haben wir im Saldo einen Verlust an **Arbeitsplätzen** zu verzeichnen. Das Gegenteil ist der Fall.

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, daß das nicht nur für die sogenannten stadtnahen Teilgebiete gilt. Ganz besondere Leistungen sind vor allem bei der Schaffung neuer **Ausbildungsplätze** erbracht worden.

Allerdings wollen wir auch nicht verschweigen, daß es in Teilen des ländlichen Raumes eine sehr hohe **Arbeitslosenquote** gibt. Auch die stark über dem Durchschnitt liegende rückläufige Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Schleswig-Holstein – ich glaube, wir haben gestern die Zahlen bekommen, die deutlich gemacht haben, daß in Schleswig-Holstein der relativ höchste Rückgang zu verzeichnen ist – soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in Teilräumen eine hohe, ja eine besorgniserregend hohe Arbeitslosenquote gibt.

Bei dem gewachsenen Arbeitsplatzangebot im ländlichen Raum liegt die Ursache für diese Entwicklung überwiegend – ich glaube, das sollten wir uns klarmachen – in der dort noch stärker gestiegenen Nachfrage nach Arbeitsplätzen. Auch dies wird häufig verkannt. Unsere beständige und konsequente Politik zugunsten des ländlichen Raumes hat in der Vergangenheit in allen Lebensbereichen zu erheblichen Strukturverbesserungen geführt.

Lassen Sie mich nun, ohne den Bericht vollständig zu wiederholen, auf die wichtigen Punkte kurz stichwortartig hinweisen. Seit etwa 1970, also in fast zwei Jahrzehnten, ist die **Infrastruktur des ländlichen Raumes** grundlegend modernisiert und erheblich ausgebaut worden. Meine Damen und Herren, wer dies nicht zur Kenntnis nimmt, ist noch nicht durch unser Land gefahren, hat noch nicht die Krankenhäuser, Sportstätten, Schulen, Bildungseinrichtungen, Straßen und vieles andere mehr gesehen, die nun wahrlich erheblich zur Strukturverbesserung des ländlichen Raumes beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Zur Unterstützung von Handel, Handwerk und verarbeitendem Gewerbe stellen wir umfassende Instrumente der **Wirtschaftsförderung** zur Verfügung und wenden sie unbürokratisch und flexibel an.

(Beifall bei der CDU)

Mit den verschiedenen Programmen sind allein in den letzten vier Jahren über 12 000 Dauerarbeitsplätze geschaffen worden, und es konnten Erweiterungen und Neugründungen von Betrieben gefördert werden.

Im **Fremdenverkehr** – ein weiterer Punkt – wurde das in den siebziger Jahren gesetzte Ziel von 50 Millionen Übernachtungen, das von einigen als utopisch zurückgewiesen wurde, inzwischen erreicht. Hier wirkt sich besonders positiv aus, daß fast die Hälfte aller Übernachtungen auf rund 35 sogenannte Kleinvermieter entfallen, die in besonders hoher Zahl im ländlichen Raum zu finden sind.

(Zuruf von der CDU: Sie meinen 35 000!)

– Ja, 35 000. Die drei Nullen habe ich weggelassen. Die Nullen sind aber häufig wichtig, es kommt nur darauf an, wo sie stehen.

(Beifall bei der CDU)

Im Zuge der sich verschlechternden Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft hat die Landesregie-

(Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel)

zung ein **Existenzsicherungsprogramm** eingeleitet. Dafür hat dieses Haus im letzten Jahr über 100 Millionen DM bewilligt.

Ich könnte viele andere, leider gegen den Widerstand der Opposition beschlossene **Strukturhilfen für die Landwirtschaft**, die das Hohe Haus auf Vorschlag der Landesregierung beschlossen hat, in diesem Zusammenhang erwähnen. Ich will das aus Zeitgründen weglassen.

Meine Damen und Herren, im Bereich von **Kunst und Kultur** sind die für den ländlichen Raum eingesetzten **Landesmittel** seit 1970 verfünffacht und allein in den letzten beiden Jahren um jeweils 10 % gesteigert worden. Auch die für die **Dorferneuerung** eingesetzten Mittel sind gerade in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet worden. Das sind Belege für das große Gewicht, das wir einer weiteren Verbesserung der Lebensverhältnisse im ländlichen Raum beimessen.

Die in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu einigen anderen Flächenländern mit Augenmaß durchgeführte **Gebietsreform** hat die überkommene Gemeindestruktur erhalten und zugleich bürgernahe und leistungsstarke Ämter geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich kann immer wieder nur bedauern, daß wir diese damals wichtige Reform nicht mit der Unterstützung der Opposition durchführen konnten, aber ich bin sehr froh, daß wir den modernistischen Parolen der Opposition widerstanden haben und die Strukturen nur maßvoll verändert haben; denn wenn wir zu Großgemeinden oder zu Großkreisen gekommen wären, wären die Lebensqualität und die Infrastruktur auf dem Lande heute nicht so positiv zu beurteilen, wie sie zu beurteilen ist.

(Beifall bei der CDU)

Welche Entwicklungen kommen nun auf uns zu, meine Damen und Herren? Die Veränderungen unserer Lebensverhältnisse und Wertvorstellungen zeigen aus meiner Sicht eine Reihe interessanter Entwicklungstendenzen.

Das Bild unserer **Landschaft** wird auch in Zukunft durch **landwirtschaftliche Nutzungen** geprägt sein. Nach wie vor wird die Erzeugung von Lebensmitteln in einer guten, breit vermarktbar Qualität vorrangiges Ziel der **landwirtschaftlichen Betriebe** bleiben. Gewisse Veränderungen deuten sich aber bereits heute an und werden in Zukunft an Gewicht gewinnen:

Die **Spezialisierung von Betrieben** auf Erzeugung von Nahrungsmitteln besonderer Qualität wie zum Beispiel Vorzugsmilch oder Fleischrinder wird zunehmen.

Die **Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen** wird an Bedeutung gewinnen. Hier gilt es, neue Märkte zu öffnen. Wir sagen das trotz mancher Kritik, die da besagt, das ganze sei ja aussichtslos. Ich bin aber überzeugt davon, daß dies in übernächsten

Woche ein Punkt meiner Gespräche in Brüssel sein wird. Dies wird ein wichtiger Punkt sein: Ersatz von Rohölprodukten durch Rohstoffe aus Getreide, Anbau von Faserpflanzen, Anbau besonders eiweißhaltiger Hülsenfrüchte, pflanzliche Rohstoffe auch als Energieträger - Stichwort: Bioäthanol.

Weiter wachsen wird das Bewußtsein um die Bedeutung eines naturnahen ländlichen Raumes für die **Reinhaltung von Luft und Wasser** und für die Bewahrung einer zahl- und artenreichen **Pflanzen- und Tierwelt**. Das wird den Stellenwert des ländlichen Raumes im Verhältnis zu den Ballungsgebieten weiter anheben.

Die **Pflege unserer Kulturlandschaft** wird bewußter und nachdrücklicher als Leistung für die Allgemeinheit begriffen und bewertet werden.

Auch weiterhin wird der ländliche Raum, insbesondere seine landschaftlich reizvollen und verkehrsgünstig gelegenen Teile, ein attraktives Ziel für Bürger aus den Städten sein. Das gilt sowohl für diejenigen, die in der Stadt arbeiten, aber auf dem Lande wohnen möchten, als auch für die wachsende Zahl der Menschen, die ihre Ferien und ihre Freizeit in Natur und Landschaft genießen wollen.

Die geringen **Geburtenzahlen** in den letzten 15 Jahren werden auch im ländlichen Raum unvermeidlich in der Zukunft zu einem **Bevölkerungsrückgang** - wie auch in anderen Bundesländern, wo dieser Trend längst eingetreten ist - führen. In den nächsten Jahren wird die Zahl der Jugendlichen sichtbar abnehmen. Das wird zu Anpassungsproblemen in allen für diese Altersgruppe eingerichteten Institutionen, Schulen, Sportanlagen oder auch in den Sportvereinen, Feuerwehr und sonstigen Vereinen im ländlichen Bereich führen. Ich füge aber auch hinzu: Auf der anderen Seite wird sich in vielen, für die Bevölkerung wichtigen Bereichen die **Versorgungslage** eher verbessern als verschlechtern. So wird etwa die Zahl der im ländlichen Raum niedergelassenen Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker eher zu- als abnehmen.

Wie kürzlich in diesem Hause dargelegt wurde, gilt das in gewisser Hinsicht auch für die Versorgung der Menschen im ländlichen Raum mit Produkten des Einzelhandels, auch dies entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist falsch, was Sie da sagen!)

Sicher geht dort Altvertrautes teilweise verloren. Der kleine Einzelhändler kann von 200 Einwohnern heute genausowenig leben wie etwa ein Bauer mit 10 ha Ackerland - generell gesehen jedenfalls. Bei den verbesserten Verkehrsmöglichkeiten ist heute aber der Weg zum sogenannten Supermarkt oft leichter und bequemer als noch vor zwanzig Jahren der Fußweg zum nächsten Laden.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

(Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel)

Fahrbare Läden versorgen darüber hinaus heute regelmäßig viele kleine Siedlungen, die früher nie einen eigenen Laden hatten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

– Ich habe Ihren Zwischenruf nicht verstanden. Sie müssen sich dann schon zu einer Zwischenfrage bequemen, Herr Neugebauer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ich wollte nur sagen, daß nicht alle Bürger über ein Auto verfügen!)

– Ich sagte ja, Sie können eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie das möchten und der Herr Präsident es genehmigt. Ich bin bereit, sie zu beantworten. Aber dieses ständige Dazwischenrufen hat doch keinen Zweck, Herr Kollege Neugebauer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das erleben wir aber ständig, sogar von der Regierung!)

Schonen Sie doch wenigstens Ihren Kehlkopf, wenn Sie andere Teile nicht schonen wollen.

Meine Damen und Herren, diese Struktur- und Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum muß an spezifischen Entwicklungsvoraussetzungen dieses Raumes anknüpfen, wenn sie weiterhin erfolgreich sein will. Diese Voraussetzungen sind eine geringe Bevölkerungs- und Arbeitsplatzdichte, eine überschaubare Siedlungsdichte, eine starke Verbundenheit der Bevölkerung mit der Natur, der Kultur und der Geschichte dieses Raumes, große, unterschiedlich intensiv genutzte land- und forstwirtschaftliche und naturnahe Flächen, ein beträchtliches Reservoir an natürlichen Ressourcen wie zum Beispiel Trinkwasser oder oberflächennahe Rohstoffe.

Die Einzelziele der Landesregierung für die **Weiterentwicklung des ländlichen Raumes** folgen aus dem Hauptziel des **Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes**, das der Landtag vor vielen Jahren einmütig beschlossen hat. Diese Grundsätze sind heute noch aktuell. Ich glaube, wir sind gut beraten, uns bei der Beurteilung der Politik oder von Politikalternativen sehr stark an den damals von uns übereinstimmend aufgestellten Zielen der sogenannten **Landesentwicklungsgrundsätze** zu orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Danach ist das Land Schleswig-Holstein – ich darf sinngemäß aus diesem Gesetz zitieren – so weiterzuentwickeln, daß das ganze Land in seinen städtischen und ländlichen Bereichen als lebendiger Natur-, Wirtschafts- und Kulturraum erhalten wird und jeder Teilraum des Landes den ihm angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl leisten kann.

Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, meine Damen und Herren. Aber dieses ehrgeizige Ziel war seinerzeit zu Recht von unseren Vorgängern aufgestellt worden, weil wir uns um der Einheitlichkeit oder – besser gesagt – der **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse** in ganz Schleswig-Holstein diese ehrgeizigen

Ziele vornehmen müssen, und das ist auch das Ziel der Landesregierung heute.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich nun zu diesen drei Teilzielen etwas sagen. Lebendigen Naturraum erhalten heißt, Sorge dafür tragen, daß die Qualität und Leistungskraft des **Naturhaushaltes** erhalten und, wo gestört, wiederhergestellt wird. Hierzu gilt es, im Bereich der Landschaft die in den letzten Jahren aufgebaute systematische **Landschaftsrahmenplanung** und Landschaftsplanung fortzusetzen, die integrierte Planung von Naturschutz, Landschafts- und Ortsgestaltung weiter voranzutreiben. Hier sind zum Beispiel die Schwerpunktprogramme Stapelholm oder auch das Programm für das Gebiet an der mecklenburgischen Grenze ein – wie ich finde – richtungsgebendes Beispiel.

Schließlich müssen das **Extensivierungsprogramm** für die Landwirtschaft und die Maßnahmen zur Waldbildung weiter ausgebaut werden. Mit diesem Extensivierungsprogramm leisten wir Pionierarbeit. Hier wird ein zukunftsweisendes Beispiel gegeben, wie Natur- und Umweltschutz gemeinsam mit den Landwirten verwirklicht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Im **Gewässerschutz** gilt es, die Maßnahmen zum Schutz und zur Reinhaltung der Oberflächengewässer konsequent fortzusetzen, das Grundwasser zu schützen, wie das im einzelnen im Generalplan Abwasser und Gewässerschutz zum Ausdruck kommt.

Dabei lege ich besonderen Wert darauf, daß die Einwohner des dünnbesiedelten ländlichen Raumes nicht unzumutbar mit höheren Kosten ihrer Einzelkläranlagen belastet werden als die an die Kanalisation angeschlossenen Bürger.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das Kabinett hat gerade hierzu finanziell voluminöse Beschlüsse gefaßt, die ja am Dienstag im Nachtragshaushalt auch die Zustimmung der Mehrheit des Hauses gefunden haben. Der Weg, den wir hier einschlagen, macht deutlich, daß wir uns auch in diesem schwierigen und kostenträchtigen Bereich nicht scheuen, zu sagen, auch hier geht es darum, die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land zu verwirklichen.

(Beifall bei der CDU)

In der nächsten Legislaturperiode wird der **Bodenschutz** ein weiterer Schwerpunkt werden müssen. Hier sind wir mit einer systematischen Verminderung der bodenbelastenden Emissionen von Kraftwerken und Industrie, einer intensiven Beratung der Landwirte hinsichtlich des sorgfältigen Einsatzes von Düngemitteln und der Vermeidung übermäßiger Bodenverdichtung sowie einer Vermeidung von Zersiedlungen bereits tätig.

Nun zum lebendigen Wirtschaftsraum. Zur Entwicklung des Landes als **lebendiger Wirtschaftsraum** ist

(Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel)

es vor allem notwendig, die Infrastruktur auf dem in den letzten Jahrzehnten erreichten Entwicklungsstand zu erhalten und, wo möglich und wo nötig, weiter zu verbessern.

(Beifall bei der CDU)

An diesem Ziel muß gerade in Zeiten rückläufiger Bevölkerungszahlen festgehalten werden. Denn nur wenn die Infrastruktur gesichert wird, kann der ländliche Raum auch in seinen dünnbesiedelten Teilen gleichberechtigt am Wirtschafts- und Kulturleben teilhaben. Und das muß unser Ziel sein.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang wird das in der Vergangenheit manchmal aus bestimmten Motiven kritisierte, aber insgesamt doch bewährte **zentralörtliche System** auch in Zukunft seine wichtige Aufgabe erfüllen. Es wird sicherstellen, daß auch künftig die weiterführenden Schulen und andere wichtige Versorgungseinrichtungen für alle Bewohner im ländlichen Raum in angemessener Zeit erreichbar bleiben. Es wird auch künftig öffentlichen und privaten Investoren eine Richtschnur für ihre Standortentscheidungen bieten. Die in ihrer Verwendung nicht gebundenen zentralörtlichen Mittel werden auch in Zukunft wichtige Entwicklungsimpulse in diesen zentralen Orten, zugleich aber auch für den Verflechtungsbe- reich auslösen.

Von größter Wichtigkeit für den ländlichen Raum ist die **Verkehrerschließung**. Dabei ist das Straßennetz – bei aller Kritik, meine Damen und Herren, die wir von verschiedener Seite am Individualverkehr hören – Rückgrad des auf dem Lande besonders bedeutsamen Individualverkehrs, zu dem es in bestimmten Regionen einfach keine Alternative gibt.

(Beifall bei der CDU)

Die Erhaltung und der weitere Ausbau – ich sage bewußt Ausbau und nicht Neubau – des Straßennetzes ist daher auch in Zukunft erforderlich. Ohne die Möglichkeit, mit dem Auto zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen, zu Freunden, zu Kunden, zum Arzt, zu Lieferanten, zum Handwerker zu fahren, aber auch zur Schule und zum Sportverein, läuft in bestimmten Teilen des ländlichen Raumes nichts. Das sollten die Kritiker – die fundamentalistischen Kritiker, möchte ich in einem pseudo-modernen Sprachgebrauch sagen –

(Beifall bei der CDU)

bedenken. Das möchte ich sehr deutlich zum Ausdruck bringen, insbesondere deshalb, weil es oft dieselben Leute sind, die mit ihrem 2 CV gern ins Grüne fahren.

(Manfred Sickmann [SPD]: Und Sie mit dem Dienstwagen und Fahrer vornweg!)

– Aber selbstverständlich, Herr Kollege Neugebauer. Es gibt natürlich noch einige Unterschiede, und Sie

werden noch sehr lange auf eine Änderung warten müssen.

(Beifall bei der CDU)

Von ganz besonderer und voraussichtlich noch wachsender Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung und auch für das Kulturleben ist die Anbindung an die neuen elektronischen Kommunikationssysteme. Hier haben wir besondere Forderungen an die Adresse des Bundespostministers und seiner Postverwaltung zu richten. In diesen Zusammenhang muß auch die weitere qualitative Verbesserung des Telefonnetzes – ich nenne das Stichwort ISDN – gestellt werden. Die Landesregierung setzt sich intensiv dafür ein, daß der **Aufbau neuer Kommunikationssysteme** im ländlichen Raum – und das unterstreiche ich dreimal – nicht zu spät und nicht zu höheren Kosten für die Benutzer erfolgt als in den Ballungszentren.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vorgestern bei der Begründung der 75/25-Quotierung der Mittel für die Unabhängige Landesanstalt darauf hingewiesen, daß die medientechnologische Versorgung ein ganz wichtiger Punkt für den ländlichen Raum ist. Das, was ich in der Begründung zu 75/25 gesagt habe, spreche ich – auf einen anderen Punkt bezogen – noch einmal genauso aus. Ich sage: Die Versorgung des ländlichen Raumes mit Telefon und kommunikativer Infrastruktur darf im ländlichen Raum nicht teurer sein, sie darf nicht später erfolgen. Sie muß genauso angeboten werden wie in den städtischen Räumen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich jetzt auch für den Beifall des Abgeordneten aus dem Medienarbeitskreis. Nur Insider können interpretieren, was damit gemeint ist.

Meine Damen und Herren, Infrastruktur und Versorgung sind aber nur eine Voraussetzung für die Erhaltung eines lebendigen Wirtschaftsraumes. Die andere Voraussetzung sind natürlich die Arbeitsplätze. Politik im ländlichen Raum muß die **Arbeitsplätze** in der **Landwirtschaft im Auge** haben. Die Landesregierung wird alles dafür tun, daß die im Grunde ja gesunden schleswig-holsteinischen Voll- beziehungsweise Haupterwerbsbetriebe erhalten werden. Wir treten in Brüssel und beim Bund dafür ein, daß der rationell wirtschaftende, marktorientierte Betrieb weiterhin für seine Produkte einen vernünftigen Preis erhält; denn dieser Betrieb ist gerade in den dünnbesiedelten Teilen unseres ländlichen Raumes Grundlage für die gesamte Struktur. Das wollen wir nie vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Sozialpolitische Maßnahmen – ich meine hier agrarsoziale Maßnahmen –, so wichtig und begrüßenswert sie sein mögen, können für die schleswig-holsteinischen Vollerwerbsbetriebe, die im großen Maß auf überregionalen Absatz ausgerichtet sind, nicht denselben Ausgleich schaffen, wie das in den südwest-

(Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel)

deutschen Gebieten mit ihrer Gemengelage von Industrie und überwiegend kleineren bäuerlichen Betrieben möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

Solange die Brüsseler Beschlüsse keine Entwicklungsperspektiven für unsere Betriebe eröffnen, müssen **Bund** und **Land** mit eigenen Hilfen zur Existenzsicherung der Landwirte einspringen. Wir haben das gegen manche Kritik in den vergangenen Jahren immer wieder getan, wir werden es weiter tun, und ich meine, daß wir, wenn wir die Diskussionen mit den Landwirten draußen sehr sorgfältig analysieren, feststellen können, daß bei all der Kritik und all dem Zorn über die vorhandenen Zustände sehr deutlich eine klare Differenzierung zwischen der Kritik an den Fehlentscheidungen in **Brüssel** und der positiven Bewertung der Landesargopolitik herauszuhören ist.

(Peter Aniol [CDU]: So ist es! – Beifall bei der CDU)

Auch auf dem übrigen Agrarmarkt des ländlichen Raumes gibt es – wie schon angesprochen – Probleme. Letztlich können diese Arbeitsmarktprobleme hier ebensowenig wie anderswo allein mit staatlichen Eingriffen, Planungen oder Planzahlen für Arbeitsplätze gelöst werden. Das sind erfahrungsgemäß nicht mehr als wirtschaftliche Sandkastenspiele – ich sage das so deutlich.

Was wir brauchen, ist – ich kann nur einige Beispiele nennen – eine weitere stetige **Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen**. Wir können gerade in dieser Zeit einer gewissen Unsicherheit der wirtschaftlichen Weiterentwicklung nicht Reden gebrauchen, die dazu führen, daß sich diese Unsicherheit weiterverbreitet. Ihr Freund Karl Schiller ist es ja gewesen, der gesagt hat, daß Wirtschaftspolitik zu über 50 % aus Psychologie besteht. Man kann auch eine – sagen wir einmal – verhaltene Situation im Konjunkturverlauf gesunbden – wie Karl Schiller einmal gesagt hat; das ist richtig, das tue ich hier nicht, aber ich warne davor, einen schwächer werdenden Aufschwung so zu zerreden, daß eine von niemandem gewollte Depression tatsächlich eintritt.

(Beifall bei der CDU – Manfred Sickmann [SPD]: Der Schuldige ist schon ausgemacht!)

– Nein, überhaupt nicht. Überhaupt nicht! Ich zitiere Ihren Freund Karl Schiller; das darf man doch tun.

Notwendig ist weiter eine **Unterstützung von unternehmerischen Initiativen** im Rahmen der bestehenden Förderprogramme und staatliche Investitionen, die so oft wie möglich in den ländlichen Raum gehen. Ich nenne hier etwa das Nationalparkamt in Tönning oder das Forschungszentrum in Büsum.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang stelle ich fest – um auch eine Information zu geben, die weitgehend in den betroffenen ländlichen Räumen nicht zur Kenntnis genommen wird –: Bislang ist keine einzige **Industrieansiedlung** im dem hier definierten ländlichen Raum jemals daran ge-

scheitert, daß zum Beispiel **Landeshilfen** gefehlt haben.

(Beifall bei der CDU – Manfred Sickmann [SPD]: Sondern?)

Die öffentlichen Förderungen für diese ländlichen Räume sind sogar überdurchschnittlich dort hinge-gangen. Es gibt Förderungstitel, die zu über 50 % in diese Räume hineingeflossen sind, obwohl in diesen Räumen nur 22 % der Bevölkerung wohnen. Das zeigt doch, daß wir unserer Ausgleichsverpflichtung gegenüber dem ländlichen Raum gerecht geworden sind, so gut es ging.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Kulturraum als dem dritten und letzten Teilziel. Die Erhaltung des ländlichen Raumes als **lebendiger Kulturraum**, so das letzte Hauptziel der Entwicklungsgrundsätze, ist ebenso bedeutsam wie die Schaffung und Erhaltung der natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen. Hier vollzieht sich dank der Initiative der Bürger ein Wandel, der unter Bewahrung von vielem Alten Neues schafft. Die ganze Breite dieses Engagements, das Sport und Naturschutz ebenso erfaßt wie Musik und bildende Kunst und viele andere Bereiche der Kultur, kann hier auch nicht annähernd vollständig dargestellt werden.

Wo immer möglich, unterstützt und fördert die Landesregierung die Initiativen von Bürgern ebenso wie die Einrichtungen von Kommunen und anderen Trägern. Ich denke hier an die kaum übersehbare Vielzahl von kulturellen Veranstaltungen. Ich denke weiter an die Ateliers, Kunstwerkstätten und Galerien, die zum wesentlichen Bestandteil der Kultur im ländlichen Schleswig-Holstein geworden sind. Meine Damen und Herren, denken wir an die vielen in den letzten Jahren besonders ausgebauten und neuentstandenen Museen und Sammlungen – auch überwiegend im ländlichen Raum – und an unsere vorbildlichen Büchereien und Volkshochschulen.

Natürlich – das wollen wir nicht vergessen – bleiben die Schulen, die wir trotz rückläufiger Schülerzahlen im Dorf lassen wollen – um das einmal salopp auszudrücken –, die vielfältigen Sportvereine und anderen ländlichen Vereinigungen und nicht zuletzt die Kirche in weiten Teilen des ländlichen Raumes das wesentliche Forum des dortigen Kulturlebens.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend feststellen: Politik für den ländlichen Raum war noch nie eine Politik kurzer Fristen, und sie kann es auch nicht sein. Wir können hier Entwicklungen nur Schritt für Schritt in größeren Zeitabschnitten bewirken. Dazu bedarf es eines langen Atems und vieler Geduld, aber auch großer Durchsetzungskraft. Viele Probleme sind im Laufe der Jahrzehnte auf den ländlichen Raum zugekommen, viele sind gemeistert worden. Wir sollten unsere Politik in diesen längerfristigen Zusammenhang stellen.

Vergleicht man die heutigen **Lebensverhältnisse** und die heutigen **Lebensmöglichkeiten** im ländlichen Raum mit den Möglichkeiten der **Stadt**, so zeigt sich,

(Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel)

daß der **ländliche Raum** nicht mehr im negativen Sinne das sogenannte platte Land ist,

(Beifall bei der CDU)

sondern – ich gehe noch weiter – in weiten Bereichen hat der ländliche Raum mit der Stadt gleichgezogen,

(Beifall bei der CDU)

und es gibt viele Menschen, die – in meinen Augen zu Recht – sagen, aus bestimmten Perspektiven sei sogar der ländliche Raum attraktiver als manche Erscheinungen in Stadt- oder stadtnahen Strukturen.

(Beifall bei der CDU)

Das Leben in den ländlichen Räumen ist attraktiv geworden. Wir stehen vor Problemen, und wir sehen auch, daß neue Probleme auf uns zukommen. Dafür erkennen wir stärker die besonderen Reize des Lebens auf dem Lande.

Daß diese Entwicklung überwiegend so positiv verlaufen ist, ist das Ergebnis unserer Politik. Weil Sie in dieser Zeit immer gern darauf hinweisen, daß wir schon recht lange regieren, sagen ich Ihnen: Zu diesen Ergebnissen unserer Politik stehen wir, und wir bekennen uns zu ihnen sehr gern.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl-Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! In der nun bald zu Ende gehenden 10. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat das **Parlament** vielfach Gelegenheit gehabt, sich mit **Entwicklungen im ländlichen Raum** auseinanderzusetzen. Diese zum Teil umfangreichen Debatten waren notwendig, um Teilaspekte der Situation im ländlichen Raum intensiv zu beleuchten und darzustellen. Ich denke dabei an die verschiedenen Debatten über die Landwirtschaft, über die Entwicklung des Einzelhandels, die Situation im öffentlichen Personennahverkehr und an die Debatten über das Büchereiwesen, den Umweltschutz, die Dorferneuerung oder das Museumswesen.

Es ist nur natürlich, daß in vielen Debatten der ländliche Raum berührt wurde, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er wegen seiner Ausmaße eine so große Bedeutung für das gesamte Land hat.

Nach Auffassung der Landesregierung, die in dem Bericht ja auch unterstrichen wird, besteht das Land Schleswig-Holstein mit Ausnahme des Hamburger Randgebietes und der kreisfreien Städte nahezu ausschließlich aus ländlichem Raum.

Es war daher nur natürlich, daß die Initiative ergriffen wurde – zumal am Ende einer Wahlperiode –, eine Gesamtdarstellung der Situation und Entwicklung im ländlichen Raum anzufordern, um sie hier zu analysieren, zu gewichten und zu debattieren. Ich freue mich, daß die Initiative des SSW in diesem

Hause so breiten Zuspruch gefunden hat. Diese Zustimmung zeigt, daß die Initiative notwendig war und ist. Allzuoft verlieren sich gerade Politiker im Detail oder befassen sich ausschließlich mit Detailfragen und vergessen dabei das Übergeordnete. Mit dem vorgelegten Material besteht zumindest für diesen Bereich die Möglichkeit, umfassend über ein Sachgebiet zu diskutieren.

Die Frage ist selbstverständlich, ob die hier gewählte Form der parlamentarischen Initiative für eine erschöpfende Behandlung des Themas „ländlicher Raum“ ausreicht. Das wird wohl kaum der Fall sein, zumindest bleibt es aber ein Versuch. Und am Ende wird zumindest die Bemühung des Parlaments stehen, ein so umfassendes Sachgebiet darzustellen und in seinen vielen Aspekten und Dimensionen zu erörtern. Dieser Bericht bildet auch eine Grundlage für das neue Parlament, neue Initiativen zu entfallen.

(Peter Aniol [CDU]: Ein ausgezeichnete Bericht, Herr Kollege!)

Mit der Initiative des SSW sollte versucht werden, in Form eines **Berichts** eine Darstellung des ländlichen Raums anzufertigen, die möglichst viele Elemente des Gemeinwesens berücksichtigen würde. Es sollten die Bedingungen für die **Entwicklung des ländlichen Raumes**, die Faktoren, die zu dieser Entwicklung unbedingt hinzugehören, und eine Beurteilung der Möglichkeiten und Aussichten dargestellt werden, den ländlichen Raum – insbesondere seine Attraktivität – zu erhalten.

Dies ist sicherlich ein hoher Anspruch, und es liegt nicht nur bei uns, zu beurteilen, ob diese Zielsetzung mit dem vorliegenden Bericht und der heutigen Debatte erreicht worden ist. Entscheidend ist wohl auch, wie unter anderem die Betroffenen darüber denken.

Ich möchte mich zunächst nicht zuletzt für die positive Unterstützung der beiden großen Fraktionen dieses Hauses bei der Vorlage der SSW-Initiative bedanken, aber auch bei der Landesregierung und ihren Mitarbeitern für die schnelle und umfassende Arbeit, die in dem vorliegenden Bericht ihren Niederschlag findet.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich auch für das umfassende Informationsmaterial über den ländlichen Raum bedanken, das mit dem Bericht jetzt in zusammengefaßter Form zur Verfügung steht. Ebenso ist positiv zu vermerken, daß in dem Bericht Themen angesprochen werden, die über die gestellten Fragen hinausgehen.

Ich wollte diese positiven Feststellungen ganz bewußt vorausschicken, damit nicht der Eindruck entsteht, daß ich nur auf eine negative Darstellung abziele. Leider wird ja in der politischen Auseinandersetzung auf parlamentarischer Ebene viel zu oft in „Schwarz-Weiß-Kategorien“ gedacht und debattiert, und oftmals führen ja bereits positive Aussagen über die Regierungsarbeit zu „Vereinnahmungsgerüchten“.

(Heiterkeit)

(Karl-Otto Meyer)

Ich möchte aber auch noch einige andere grundsätzliche Dinge ansprechen. Hier im Hause wird von der Mehrheitsfraktion oft gesagt, daß die beiden anderen Parteien immer nur kritisierten und negative Punkte vorbrächten. Gut, wenn das gesagt wird, dann darf man in diesem Zusammenhang allerdings auch darauf hinweisen, daß die Regierung und die Mehrheitsfraktion oft dazu neigen, positiv über ihre eigenen Leistungen zu sprechen. Ich möchte das am Beispiel des vorliegenden Berichtes einmal deutlich machen.

Der Berichtsantrag ist ganz bewußt neutral formuliert. Es geht um eine Situationsbeschreibung und Entwicklungsbeurteilung. Ich habe nicht ausdrücklich nach den Leistungen der Regierung gefragt. Der Bericht hält sich in dieser Beziehung aber – wie auch andere Berichte – wahrlich nicht zurück. Das kann man vielleicht auch nicht verlangen. Dann allerdings muß sich die Regierung auch gefallen lassen, daß diese Leistungsdarstellung mitbeurteilt wird. Ich denke, daß wir uns darüber sicherlich im großen und ganzen einig sind.

Die anderen Parteien hier im Hause können ja nicht nur Beifall spenden; dann könnte man uns wohl mit Recht vorwerfen, daß wir unsere wesentlichen Aufgaben vernachlässigten. Gerade das Thema „ländlicher Raum“ – in Form des Berichts dargestellt – wäre geeignet, im Anschluß an die Darstellung und Debatte über den Bericht politische Beurteilungen und Konsequenzen sowie politisches Handeln in Gemeinsamkeit aller Fraktionen mit der Regierung zu entwickeln.

Ich möchte hier ein grundsätzliches Problem des Berichts ansprechen. In dem Antrag ist ausdrücklich vom „ländlichen Raum“ die Rede. In dem Bericht wird dann korrekt entsprechend dem Landesraumordnungsplan von dem „Bereich außerhalb der verdichteten Ordnungsräume“ gesprochen. In diesem Raum leben 1,2 Millionen Einwohner auf mehr als drei Vierteln der Fläche des Landes. Ich muß gestehen, daß dieses Raster sehr grob ist. Die Frage ist doch, ob nicht viel von dem, was mit dem Berichtsantrag und dem Bericht ausgesagt werden soll, durch dieses Raster hindurchfällt.

Von der Sache her wäre eine größere **Differenzierung**, ein kleineres **Raster**, sicherlich geeigneter im Interesse der Aussagefähigkeit des Berichts gewesen. Die in dem Bericht vorgenommene Aufteilung in „Siedlungsgebiete von Mittelzentren und Oberzentren“ und „rein ländliche Gebiete“ ist zwar hilfreicher, aber dennoch oft zu grob, denn immerhin leben in diesen Gebieten etwa 650 000 Einwohner in 745 von 1129 Gemeinden des Landes. Die Fläche dieser Gebiete macht rund zwei Drittel der Fläche des Landes aus.

Dies zeigt auf jeden Fall, daß der ländliche Raum in Schleswig-Holstein sowohl von der **Fläche** als auch von der Zahl der **Gemeinden** her eine herausragende Rolle spielen muß, insbesondere für die **Entwicklung des Landes**. Es ist bekannt, daß der ländliche Raum mit seinen dünnbesiedelten Gebieten und kleinen Gemeinden sehr viele Probleme hatte und hat. Zum Teil ist vom Überleben dieser kleinen

Gemeinden die Rede gewesen. Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft mit der Aufgabe vieler bäuerlicher Betriebe und durch den Fortzug von Menschen sind weitere Probleme der Lebensfähigkeit der kleinen Dörfer und Gebiete aufgetreten oder haben sich verstärkt. Handwerksbetriebe mußten schließen, und der Lebensmittelhandel gab auf. Schulen wurden geschlossen, und andere lebenswichtige Funktionen der Gemeinschaft hatten keine Zukunft mehr.

Diese Entwicklung ist keineswegs abgeschlossen, obwohl große Anstrengungen unternommen worden sind, sie aufzuhalten oder ihr entgegenzuwirken.

(Fritz Latendorf [CDU]: Eben! Das muß man wohl auch einmal sagen!)

Diese grundlegende Problematik und ihre erheblichen Konsequenzen sind nach meiner Meinung nicht genügend berücksichtigt worden, von uns allen nicht! Ursache hierfür mag das vorgegebene Raster „ländlicher Raum“ gewesen sein. Dies ist übrigens keine Kritik meinerseits, denn ich selbst habe diese Formulierung ja so vorgegeben. Ich muß an dieser Stelle feststellen, daß wir den Rahmen wohl etwas zu klein gesteckt haben.

Aus diesem Grunde habe ich als zeitlichen Ausgangspunkt für diesen Bericht die **Gebietsreformbestrebungen** seit dem Jahre 1970 gewählt, weil mit dieser Reform zumindest die große Chance bestand, durch Neueinteilungen oder Strukturänderungen Entwicklungen zu beeinflussen. Im Prinzip ist es zu begrüßen, daß die Zusammenlegung kleiner Gemeinden durch entsprechende Anreize freiwillig geschehen sollte und noch soll. Aber wir wissen auch, daß damit gewisse Entwicklungen vorprogrammiert wurden und die erhoffte Besserung nicht überall eintreten konnte. Ich komme darauf später noch zurück.

Als Beispiel für eine andere Entwicklung möchte ich die Gebietsreform in Dänemark – etwa zur selben Zeit – anführen, nicht unbedingt wegen ihres guten Beispiels, sondern mehr deshalb, um andere Entwicklungen aufzuzeigen. In Dänemark sind die kommunalen Einheiten sicherlich zu groß geworden, während sie bei uns noch immer zu klein sind.

(Widerspruch des Abgeordneten Fritz Latendorf [CDU])

Im Rahmen dieser **Gebietsreform in Dänemark** kam es auch zu umfassenden Gemeindezusammenlegungen. Die Zahl der Gemeinden wurde durch die Zusammenlegung drastisch reduziert. Auf der einen Seite bedeutete es unter anderem eine Stärkung der Finanzkraft, allerdings – ich gebe zu – auch aufgrund eines anderen Steuersystems; auf der anderen Seite bedeutete die Zusammenlegung einen erheblichen Funktionsverlust für die Kleingemeinden in der Peripherie. Die Einwohner zogen weg, die Schule und das Bürgerhaus wurden geschlossen, der Lebensmittelhandel gab auf, das Vereinsleben verkümmerte, Arbeitsplätze gingen verloren.

Erst jetzt hat eine Gegenbewegung eingesetzt. Man erkennt wieder die Bedeutung der kleinen Gemein-

(Karl-Otto Meyer)

den beziehungsweise Gemeinschaften. Um hier gegenzusteuern, war es wichtig, diesen Dörfern wieder Funktionen zu geben. Kleine Handwerksbetriebe wurden angesiedelt, Wohnungen wurden zur Verfügung gestellt; es wurden Versuche gemacht, Einzelhandelsgeschäften neue, zum Teil öffentliche Funktionen zu geben wie Sparkassen, Briefmarkenhandel und Apothekenservice. Das Vereinsleben im Bürgerhaus lebte wieder auf. Diese Entwicklung setzt sich also jetzt in Dänemark durch – trotz der starken Zentralisierungs-bemühungen.

Hier im Land ist zum Teil eine ähnliche Entwicklung geschehen, wenn auch die Gründe zum Teil entgegengesetzt liegen. Für beide aber gilt: Bei der Größe und Bedeutung des ländlichen Raumes müssen immer wieder Anstrengungen gemacht werden, die **Attraktivität des ländlichen Raumes** zu steigern. Dies muß geschehen durch bewußte Aufrechterhaltung der Funktionen der kleinen Gemeinschaft, der kleinen Gemeinde und durch eine bewußte Förderung im Bereich der Dorferneuerung und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Gebietsreform hat durch die Neustrukturierung der Gemeinden in vier Stufen – ländliche Zentralorte, Unterzentren, Mittelzentren und Oberzentren – eine Entwicklung bewirkt, die durchaus positive Erfolge zu verzeichnen hat, aber nicht einheitlich im Land verlaufen ist; sie hat letztlich nicht verhindern können, daß es dennoch in den peripheren Bereichen zu unerwünschten Entwicklungen gekommen ist.

Ich darf hier einige Beispiele anführen. Wir haben das Problem der kreisfreien Städte; der Ministerpräsident hat auch davon gesprochen. Die **Finanznot** dieser **Oberzentren** hat ja auch ihre Ursache darin, daß die Funktionszuweisungen nicht eindeutig sind. Bei den vielen Aufgaben, die auch als Auftragsaufgaben zugewiesen sind, fehlt es oft an entsprechenden Ausgleichszahlungen. Es kommt hier zu einer ungleichen Lastenverteilung. Es kann nicht sein, daß die Oberzentren Aufgaben übernehmen müssen, obgleich sie nicht imstande sind, die Ausgaben hierfür zu tragen. Die Frage ist, ob die Oberzentren in ihrem bevölkerungsmäßigen Ausmaß und in ihrer Größe schlechthin in der Lage sind, die ihnen gestellten Aufgaben bei der wirtschaftlichen Struktur und bei den vorhandenen Finanzzuweisungen verantwortlich zu lösen.

Ich meine, es sollten hier neue Überlegungen angestellt werden, die sich nicht nur auf eine Änderung von Finanzmitteln beschränken sollten. Oberzentren sollten eine ausstrahlende Wirkung haben. Davon kann man ganz gewiß im Augenblick nicht sprechen.

Wenn ich von neuen Überlegungen spreche, will ich gern für mich rein privat andeuten – obwohl ich dann vielleicht auch Prügel von meinen eigenen Freunden bekomme –: Ich hätte nichts dagegen, wenn wir uns einmal intensiv mit der Situation befaßten, wie sie zum Beispiel Städte wie Aarhus und Odense beschäftigen; die Stadt Aarhus ist ein Teil vom Kreis Aarhus, Odense ist ein Teil vom Kreis

Fünen. Ich möchte, daß wir dies einmal mit durchdenken und durchdiskutieren.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz-Wilhelm Fölster [CDU])

Die Gebietsreform hat das System – –

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Lorenzen [CDU])

– Ich bin der Meinung, wir können auch einmal neue Gedanken aufgreifen,

(Heinz-Wilhelm Fölster [CDU]: Natürlich!)

und wir können auch einmal versuchen, uns neu zu orientieren. Deswegen haben wir noch gar nichts beschlossen. Wir können das doch einmal in unsere Überlegungen einbeziehen.

(Beifall des Abgeordneten Hans Wiesen [SPD])

Sie wissen ja selber, wo ich 1970 und 1974 in dieser Frage stand.

Die Gebietsreform hat das System der Ämtergliederung geschaffen mit dem Ziel, eine Mindestgröße der Verwaltungseinheit zu schaffen. Es mag richtig sein, daß es durch die Ämtergliederung zu einer effektiveren Verwaltung gekommen ist, die allerdings auch eine größere Zentralisierung zur Folge gehabt hat. Entscheidend für meine Partei und für mich ist jedoch, daß das **Amt als Verwaltungseinheit** zwar eine immer größere Bedeutung bekommen hat, daß der demokratische Einfluß etwa durch Wahlen aber ausgeblieben ist. Die Ämtergliederung bleibt für uns solange ein Fremdkörper, solange die unmittelbare Beeinflussung durch Wahlen fehlt.

(Beifall bei der SPD)

Für uns ist gerade die im Bericht erwähnte Entwicklung „weg von der Schreibstube der Gemeinde“ eine negative Entwicklung. Es ging bei der Gebietsreform ja nicht nur um Verwaltungsvereinfachung, sondern auch darum, die Attraktivität des ländlichen Raumes durch Unmittelbarkeit und Stärkung der dezentralen Gebietskörperschaften zu erhöhen.

Der Bericht sagt außerdem, daß es eine Gemeindereform nicht gegeben hat. Bei der **Gemeindeneuordnung** durch Zusammenlegung ist es bei dem Grundsatz der **Freiwilligkeit** geblieben.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Klaus Solterbeck [CDU])

Der Bericht sagt aus diesem Grund, daß es in Schleswig-Holstein mit wenigen Ausnahmen bei den historisch gewachsenen Gemeinden geblieben ist und daß dies nur gelungen ist, weil die Ämter als Verwaltungszentrale der Gemeinden gestärkt worden sind. Genau dies ist für mich eine falsche Entwicklung gewesen. Nicht die Gemeinden sind gestärkt worden, sondern die Ämter. Es kann zwar diskutiert werden, wie stark die einzelne Gemeinde – auch die kleinste Gemeinde – sein soll, aber es gibt hier Grenzen. Die

(Karl-Otto Meyer)

Stärkung der Ämter auf Kosten der Gemeinden ist jedoch mehr als zweifelhaft.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Sickmann [SPD])

Die **Entwicklung der kleinen Gemeinden** mit weniger als 1000 Einwohnern - und das sind ja die meisten - ist so, daß sie viele ihrer Aufgaben nur noch in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden lösen können. Im Grunde genommen stehen wir vor dem gleichen Problem wie die kleinen Dörfer in Dänemark - nur aus entgegengesetzten Ursachen.

Die Frage ist, ob eine solche Entwicklung wünschenswert ist. In der Zusammenfassung, in der großen Übersicht kann diese Entwicklung vielleicht akzeptiert werden, weil eine Gesamtdarstellung immer noch positiv ausfallen kann. Für die Entwicklung vor Ort mag es ganz anders aussehen.

Ich möchte auch Klartext reden: Ich bin absolut dafür, daß wir Anreize geben, damit sich die kleinen Gemeinden, die in Zusammenarbeit einen Kindergarten oder eine Schule tragen, freiwillig zu einer Gemeinde zusammenschließen.

(Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]: Das können Sie doch, wenn Sie wollen!)

- Ich sagte, ich bin dafür, daß wir dort Anreize geben, um das zu fördern,

(Zuruf der Abgeordneten Annemarie Schuster [CDU])

daß wir mehr tun. Ich bin der Meinung, daß die Zielsetzung von 1000 Einwohnern im Schnitt zu klein ist.

Im folgenden möchte ich einige Themen aus dem Bericht ansprechen. Im Bericht nimmt das Problem des Arbeitsmarkts einen breiten Raum ein. Es muß erkannt werden, daß vom **ländlichen Raum** jetzt und in Zukunft eine große **Nachfrage nach Arbeitsplätzen** ausgehen wird. Es wird gesagt, daß der in den vergangenen Jahren erfolgte Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe in Höhe von 28 % und die damit verbundenen freien Arbeitskräfte unter anderem durch neue Arbeitsplätze und hier meistens im militärischen Bereich aufgefangen werden konnten. Jetzt stehen wir allerdings vor einem erneuten starken Strukturwandel in der Landwirtschaft, bei dem - wie einige Experten sagen - 30 % der vorhandenen Betriebe aufgegeben werden müssen. Es werden also wieder in einem erheblichen Umfang Arbeitskräfte frei. Es muß uns gelingen, unter anderem im Bereich des Umweltschutzes, diese frei werdenden Arbeitskräfte wieder zu beschäftigen, um noch höhere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Auch der Ministerpräsident sprach ja eben von den Möglichkeiten, neue Arbeitsplätze im Bereich des Umweltschutzes zu schaffen.

Es darf hier nicht zu einem neuen Pendlersystem kommen, Herr Ministerpräsident; denn es ist mehr als fraglich, ob die zentralen Orte, Mittelzentren oder Oberzentren, in denen die Arbeitslosigkeit nun wirk-

lich hoch genug ist, neue und viele Arbeitsuchende aufnehmen beziehungsweise verkräften können.

Umweltschutz und Naturschutz wären Bereiche, in denen **Arbeitsplätze** im ländlichen Raum geschaffen werden könnten. Kleinere Handwerksbetriebe für alternative Energiesysteme sind ein anderer Bereich. Dies setzt Förderung sowohl in technischer wie in finanzieller Art voraus.

Die jetzige Landesregierung hat sich zu unbürokratischen und flexiblen Hilfsmaßnahmen bereit erklärt, und die sind jetzt auch ganz gewiß für diesen Raum gefordert.

Die **Entleerung der ländlichen Räume** von jungen Menschen wird angesprochen, und es wird gesagt, es bestehe hier für die absehbare Zukunft keine Gefahr. Ich wage allerdings die Behauptung, daß es durchaus schon Räume gibt - sie mögen noch peripher liegen -, in denen eine solche Entleerung stattgefunden hat. Ich nenne hier Eiderstedt. Was geschieht wohl in den Gebieten, wo es zeitweise 20 % und mehr Arbeitslosigkeit gibt? Was hält unter solchen Bedingungen junge kreative und qualifizierte Menschen dort? Ganz gewiß nicht eine vage Hoffnung auf einen Arbeitsplatz in ferner Zukunft. Gemeinsame Anstrengungen werden im Bericht gefordert, und die sind sicherlich auch notwendig. Aber die politisch Verantwortlichen müssen die Rahmenbedingungen schaffen. Es müssen aber solche sein, die Erfolg versprechen und Zukunft haben.

Dieser Bericht zeigt für diesen Bereich mehr als deutlich, wie wenig aussagefähig letztlich solche groben Darstellungen sind. Die Entwicklungen sind im Lande nicht einheitlich gelaufen. Es gibt hier nicht nur ein Ost-West-Gefälle, sondern auch ein Nord-Süd-Gefälle. Fördermaßnahmen müssen schwerpunktmäßig regional eingesetzt werden, um die größtmögliche Wirkung zu erzielen.

Die Errichtung von **Kleinindustrie und Handwerksbetrieben** in den ländlichen Räumen und hier insbesondere in den peripheren Räumen, ist nur möglich, wenn viele Dinge zusammenspielen. Es müssen Arbeitskräfte vorhanden sein, es muß eine Nachfrage nach den Leistungen der Betriebe vorhanden sein, und es muß auch eine gewisse Attraktivität oder Lebensqualität in den Dörfern vorhanden sein.

Im letzteren Bereich ist durch die **Dorferneuerung** einiges geschehen. Die Menschen wollen gerne auf dem Dorf leben, aber sie sind nur dann dazu bereit, wenn die Voraussetzungen an Lebensqualität gegeben sind. Dazu gehört Arbeit, gehören Verkehrsverbindungen, dazu gehört die Versorgung in vielerlei Hinsicht, und dazu gehören Kultur und Freizeit. Alle diese Dinge müssen zusammenspielen. Sie verlangen etwas von der Gemeinschaft, vom Staat, wenn man so will, aber es wird auch etwas von den Menschen auf dem Lande verlangt. Ich habe den Eindruck, daß die Menschen hierzu bereit sind - bereit sind, etwas für sich und für die Gemeinschaft zu leisten, ganz anders als in den großen Städten mit ihrer Anonymität.

(Beifall bei der CDU)

(Karl-Otto Meyer)

Ich möchte noch einige Dinge anmerken. Bei der Darstellung der **kulturellen Aktivitäten** ist mir aufgefallen, daß immer nur von der deutschen und plattdeutschen Kultur gesprochen wird. Ich will an diesem Ort immer wieder gern hervorheben, daß es im Landesteil Schleswig im ländlichen Raum auch eine dänische und eine friesische Kultur gibt. Wir sollten uns daran nicht nur immer bei festlichen Gelegenheiten erinnern. Diese Kulturen leben und wirken auch im Alltag.

Die Ortskulturringe werden als wesentliche Träger kultureller Aktivitäten im ländlichen Raum angesprochen. Man sollte sich aber nicht von der Vielzahl dieser Ortskulturringe und ihren Aktivitäten blenden lassen.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Na, na!)

Wir wissen doch alle, daß diese Aktivitäten oft von der Amtsverwaltung durchgeführt werden und daß ein **Ortskulturring** oft nur aus einem einzigen Mann besteht, nämlich einem Angestellten der Amtsverwaltung, und sonst ist nichts vorhanden, und der figuriert dann in der Statistik unter Ortskulturring. Der stellt dann nur die Programme der Volkshochschularbeit auf und nichts anderes. Ich erwähne das hier nur, um die tatsächliche Lage zu beschreiben. Ich versuche, in meinem Bereich nun wirklich einen Ortskulturring zu bilden, in den alle achtzehn Vereine, die wir haben, ihre Vorsitzenden entsenden, die dann die Programme für das Dorf aufzustellen haben. Aber das ist noch nicht geglückt. Wir haben nur diesen einen Mann. Ich sage das bloß.

Ich möchte auch gern, daß die Vereine vor Ort nicht nur etwas für ihre eigenen Mitglieder tun, sondern einmal oder zweimal im Jahr auch etwas für die gesamte Gemeinde anbieten. Ich habe das auch vor Ort im Namen der dänischen Vereine gesagt, aber wenn wir, die dänische Minderheit, so etwas für die Allgemeinheit anbieten wollen, dann stehen wir vor dem Problem, daß wir nur einen Zauberkünstler, ein Symphonieorchester oder eine Volkstanzgruppe schicken. Aus sprachlichen Gründen ist etwas anderes nicht möglich.

Deshalb müssen wir, wenn wir, zumindest was den Landesteil Schleswig angeht, vom kulturellen Leben auf dem Lande reden, uns auch mit der **Sprache des Nachbarlandes** und mit der **Sprache der Minderheit** beschäftigen. In diesem Zusammenhang ist es überraschend, daß der Ausschuß unseres Landtages für die deutsche Minderheit sich jetzt in zwei Sitzungen mit der Situation der deutschen Sprache in Dänemark beschäftigt hat. Ich habe nichts dagegen, aber ich bin der Meinung, daß man sich dann auch einmal mit der Situation der dänischen Sprache in Schleswig-Holstein beschäftigen sollte.

(Fritz Latendorf [CDU]: Dann müssen Sie einen Antrag stellen!)

Wenn sich dieser Ausschuß so mit der deutschen

Sprache in Dänemark beschäftigt, dann hat er ja mehr Grund und mehr Befugnis, sich auch mit der dänischen Sprache in Schleswig-Holstein – wieviel Dänisch-Unterricht wird an den Schulen gegeben und so weiter – zu beschäftigen. Dies gehört mit dazu, wenn wir über Kulturarbeit und über kulturelle Möglichkeiten in der Gesamtheit sprechen.

Durch die **Zentralisierung** auf allen Gebieten ist vieles in eine falsche Richtung gelaufen. Um den Wert des ländlichen Raumes wieder hervorzuheben, wäre auch notwendig, die Ortsnamen zu erhalten. Dies gilt nicht nur für die Anbringung von Ortstafeln, sondern auch bei der Zentralisierung im postalischen Bereich. Wieviel Ortsnamen sind eigentlich durch die postalische Zentralisierung verlorengegangen? Das kann nicht im Interesse der Bedeutung des ländlichen Raumes liegen.

Ein weiterer Bereich ist der **Medienbereich**, bei dem wir am Anfang einer enormen Entwicklung stehen. Hier darf der ländliche Bereich nicht ausgeklammert werden. Es geht hier nicht nur um die Regionalisierung der Programme und die Möglichkeit des Empfanges, sondern hier ist auch die Frage nach dem regionalen Fenster, nach dem **lokalen Rundfunk** und Fernsehen zu stellen. Hier müssen ohne Zweifel noch ganz andere Wege beschritten werden, damit die ländlichen Gebiete nicht abgekoppelt werden, und in diesem Punkt muß ich hinzufügen, daß Rundfunk und Fernsehen für den Landesteil Schleswig die dänische und die friesische Sprache nicht vergessen dürfen.

Eine weitere Frage ist, wie wir mit den **alten Menschen** auf dem Lande umgehen. Können sie auch künftig in ihrem Heimatort bleiben, gibt es ausreichende Versorgungsmöglichkeiten und Unterbringungsmöglichkeiten? Wir müssen dort die Zahl der Heimhelfer vergrößern, damit sie unseren älteren Menschen für ein oder zwei Stunden am Tage helfen können, damit sie in ihren Wohnungen bleiben können und nicht in ein Altersheim gebracht werden müssen.

Sollen wir uns damit abfinden, daß der **Einzelhandel** für immer aus dem Dorfleben verschwunden ist und daß die Versorgung über den mobilen Einzelhandel oder durch den Kiosk und die Tankstelle geschieht?

Das alles sind Fragen, die uns im Zusammenhang mit der Situation und der **Entwicklung des ländlichen Raumes** zu beschäftigen haben und die nicht mit der Vorlage dieses Berichts aufgeklärt sind. Das **Material**, wie immer man es letztlich auch beurteilen will, liegt vor und gibt uns neue Aufgaben, die wir auch zu lösen haben. Dieser Bericht kann nur ein weiterer Schritt sein, aber er gibt uns für die Zukunft Möglichkeiten, daß ein neugewählter Landtag in dieser Frage neue Aspekte sehen, neue Initiativen ergreifen kann. Aus diesem Grunde bin ich dankbar, daß wir diesen Bericht bekommen haben, und ich bin dankbar für die Debatte. Ich hoffe, daß der neue Landtag auf der Grundlage dieses Berichtes auch neue Initiativen ergreifen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Harms (Bilsen).

Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Bericht zeigt eindeutig – und wenn man durch Schleswig-Holstein fährt, sieht man es all überall –: Unsere Dörfer in Schleswig-Holstein sind blühende Gemeinwesen.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt, um der Fairneß Genüge zu tun, auch für die von der SPD regierten Dörfer in Schleswig-Holstein. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mein Kollege Hans-Klaus Solterbeck, der nach mir reden wird, ein Vertreter des ländlichen Raumes, ein Bürgermeister und Amtsvorsteher, und ich stellen zu diesem Bericht fest:

Erstens: Wenn auch die Dörfer durch den Krieg weniger zerstört waren als etwa die Städte, so ist die **Eingliederung der Vertriebenen**, Flüchtlinge und Evakuierten – dazu hat der Bericht nichts gesagt, das gehört, wie ich meine, auch dazu –, die Aufnahme dieser Menschen in die Dorfgemeinschaft, das Schaffen von Wohnraum und Arbeitsplätzen eine bedeutende Aufbauleistung unserer ländlichen Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU)

Diese Aufbauleistung ist um so höher einzuschätzen, wenn man bedenkt, daß sich die Dorfbevölkerung dadurch im Grunde oftmals verdoppelt hat. Das kann ein Beweis dafür sein, wie enorm groß die Integrationsleistung war.

Zweitens: In einem Teil des Landes war der Siedlungsdruck durch diejenigen, die ihr **Häuschen im Grünen** haben wollten, enorm. Hier einen dem ländlichen Raum gerecht werdenden Weg gefunden zu haben, mag das Verdienst einer sehr zurückhaltenden, einer bremsenden Landesplanung in Kiel gewesen sein, ist aber auch das Verdienst einer umsichtigen Gemeindepolitik. Herr Dr. Kühl ist ja hier. Es ist besser, zehn Jahre später Recht zu bekommen, als überhaupt nicht Recht zu bekommen. Ich glaube, er hat damals richtig gehandelt, indem er nicht dem Wunsch jeder Gemeinde nachgegeben hat.

Grundsatz für die Landesplanung, Grundsatz aber auch für diejenigen, die in den Dörfern Politik gemacht haben war: Unser Dorf soll Dorf bleiben – ein guter und sinnvoller Grundsatz, der sich jeden Tag im Lande wieder bewahrheitet.

Drittens: Für Schleswig-Holstein war es ein besonders glücklicher Umstand, der es bewirkte, daß trotz der allgemeinen Zusammenlegungs-Euphorie die verantwortlichen Politiker in unserem Land außerordentlich zurückhaltend waren. Als Ergebnis haben wir heute überschaubare, aber leistungsstarke Kreise, eine **Ämterneuordnung**, die bewirkt hat, daß wir bevölkerungsnahes Verwaltungshandeln mit Effizienz verbinden, und ein **zentralörtliches System**, das, gepaart mit Finanzleistungen für unterschiedliche Aufgaben, die in die Nahbereiche hineinwirken, au-

ßerordentlich erfolgreich arbeitet.

Ich will noch einen Satz zu den **Nachbarschaftsausschüssen** sagen. Zum mindesten bei den Unterzentren haben sich diese Nachbarschaftsausschüsse deswegen bewährt, weil sie die Chance zum Gespräch bieten und weil aus diesem Gespräch heraus vieles sinnvoll zwischen den Gemeinden gelöst werden kann, was früher zu Problemen führte.

Viertens: Zu den Glücksfällen schleswig-holsteinischer Politik gehört aber wohl auch, daß eine Zwangszusammenlegung von Gemeinden nicht erfolgt ist.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Lorenzen [CDU])

Schleswig-Holstein ist das Bundesland mit den relativ meisten Gemeinden in Deutschland. Unser ländlicher Raum kennt die Anonymität von Städten, die Anonymität von Groß- oder Verbandsgemeinden und weit entfernten Verwaltungen nicht – Gott sei Dank, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CDU)

Fünftens: In unseren Dörfern gibt es ein blühendes soziales Leben. **Dörfliches Leben** vollzieht sich in vielfältigen Vereinen, in Clubs, in selbstverständlicher Nachbarschaftshilfe und im ehrenamtlichen Engagement. Unsere Freiwilligen Feuerwehren sind ein Musterbeispiel für den selbstverständlichen Einsatz für die Dorfgemeinschaft.

Sechstens: Daß die CDU die Verantwortung für die Entwicklung des ländlichen Raumes hatte und hat, führte zur Durchsetzung des Grundsatzes: **gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land** schaffen! Es war eine bürgerfreundliche, eine durchdachte Politik, die der sehr unterschiedlichen Struktur Schleswig-Holsteins gerecht wurde.

Diese Politik fand ihren Niederschlag – der Herr Ministerpräsident hat es gesagt – im Landesentwicklungsgrundsatzgesetz, in einer durchdachten Raumordnungspolitik mit ihren – wie ich meine – sehr bedeutenden Regionalplänen, in der Zentralörtlichkeit, die mit dem **Finanzausgleich** verknüpft war, in der Gebietsneuordnung von Kreisen und Ämtern und nicht zuletzt in einem Förderungskonzept, das allen Gemeinden in ihren unterschiedlichen Aufgaben und in den Regionen des Landes gerecht wird.

Diese Politik fand aber auch ihren Niederschlag in einer effektiven **Umwelt- und Naturschutzpolitik**. In aller Bescheidenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU-Politik der letzten Jahre für den ländlichen Raum war ein Segen für uns alle, die wir im ländlichen Raum unsere Heimat haben.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Bericht, den wir heute diskutieren, ist – wie ich meine – eine hervorragende Darstellung der enormen Leistungen, die wir für den ländlichen Raum erbracht haben. Er gibt einen beeindruckenden Überblick über die Entwicklung und die Zukunft

(Rainer Ute Harms (Bilsen))

des ländlichen Raumes. Ich danke der Landesregierung dafür.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Joachim Lohmann [SPD])

Eine immense Anstrengung – ich kann das beurteilen, weil ich selber Dorfbürgermeister in Schleswig-Holstein bin – für den ländlichen Raum will ich hier nicht unerwähnt lassen. Mit einer gewaltigen finanziellen Belastung des Landeshaushalts, aber auch der Gemeinden war es uns möglich, überall im Lande, überall im **ländlichen Raum** leistungsstarke **Schulen** zu schaffen. Diese vorbildlichen Schulen sind wohnortsnah, und sie haben eine Bestandsgarantie durch die Landesregierung. Jahrgangsunterricht, gute Fachräume, dazu überall auf dem Lande Schulsportanlagen und Turnhallen, Sportanlagen auch der Sportvereine – so gut, wie man es sich vor 20 Jahren für Schleswig-Holstein und für den ländlichen Raum nicht vorstellen konnte. Ein Verdienst unserer Politik!

(Beifall bei der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, man stelle sich einmal vor, wie unsere Dörfer und Gemeinden heute aussehen würden, wenn die SPD ihre damaligen gigantischen Gesamtschulpläne in Schleswig-Holstein verwirklicht hätte.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Bericht gibt – und das finde ich gut und richtig, Herr Ministerpräsident – auch detailliert Auskunft über die **Strukturprobleme** des ländlichen Raumes. Diese Probleme fordern uns natürlich jeden Tag neu. Das belegt die **Agrarpolitik**. Wir haben an anderer Stelle in diesem Hause häufig darüber diskutiert. Ich möchte hier nur feststellen, daß wir zusammen mit der Landesregierung das Ziel verfolgen, eine gesunde Landwirtschaft als eigenständigen Wirtschaftszweig des ländlichen Raumes im Interesse unserer Dörfer, im Interesse der Gemeinden, im Interesse aber auch des ganzen Landes zu sichern und zu stärken.

Die Krise in der **Bauwirtschaft**, die durch die Sättigung auf dem Wohnungsmarkt entstanden ist, aber auch durch die Strukturkrise in der Landwirtschaft, scheint überwunden zu sein, so daß wir damit rechnen, daß es in der Bauwirtschaft allmählich Schritt für Schritt wieder vorangeht. Wenn auch auf niedrigem Niveau,

(Werner Liebrecht [SPD]: Das geht gar nicht niedriger!)

so doch sicher ansteigend sehen die Firmen der Bauwirtschaft, die ja besonders in unseren Dörfern beheimatet sind, heute wieder eine Perspektive.

Ein Problem wird unsere Gemeinde nachhaltig betreffen – darüber haben wir auch in diesem Hause zu wenig diskutiert –: Das ist die abnehmende Bevölkerung. Ich glaube, daß die umsichtige, am Möglichen orientierte Politik unserer Dörfer in der Zukunft vielleicht eher mit diesem Problem fertig werden wird als etwa die Politik in Städten, in Kreisen oder

im Lande. Was wir unseren Kommunen nur zu vermitteln brauchen, ist, daß sie in Fragen der **Bevölkerungsentwicklung** ein entsprechendes Problembewußtsein bekommen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, zusammenfassend möchte ich feststellen: Dies ist ein wirklich hervorragender Bericht. Dieser Bericht ist deswegen hervorragend, weil er auf einer hervorragenden Politik fußt. Herr Ministerpräsident, wir sind als CDU stolz auf diese Politik und wir sind stolz auf unsere Dörfer in Schleswig-Holstein.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sickmann.

(Rolf Selzer [CDU]: Wenn morgens früh die Sonne lacht, dann hat's die CDU gemacht! – Heiterkeit)

Manfred Sickmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, mit welcher Frechheit die CDU-Fraktion – zumindest der Kollege Harms – die Leistungen, die Kommunalpolitiker aller Parteien, aller kommunalpolitischen Gruppierungen in den Dörfern und in den Kreisen jahrzehntelang gebracht haben, als CDU-Politik darstellt. Das muß ich doch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Harms, es ist ebenso richtig: Sie haben anfangs die enorme Aufbauleistung genannt, die Integration der **Flüchtlinge**. Das war eine Aufbauleistung, das war eine **Integrationsleistung**, die durch den damaligen ersten Ministerpräsidenten Lüdemann begonnen wurde – auch das hätten Sie fairerweise nennen müssen –, und keine CDU-Leistung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren –

(Peter Aniol [CDU]: Ist der verbissen!)

– Wo kam das her? Von oben? –

(Werner Liebrecht [SPD]: Aniol!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Antrag, den der Kollege Meyer gestellt hat, eine Situationsbeschreibung und eine Einschätzung der Entwicklung der Gemeinden im ländlichen Raum abzugeben, war nicht nur verbunden, daß Fakten und Daten zusammengetragen werden sollten, sondern diese Fakten und Daten sollten auch so beurteilt werden, daß daraus Einsichten und Konsequenzen für das politische Handeln abzuleiten sind, Kollege Harms.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe namens der SPD-Landtagsfraktion festzustellen, daß wir für die zusammengetragenen Fakten der Verwaltung durchaus einmal Lob zollen müssen,

(Beifall bei der SPD)

(Manfred Sickmann)

habe allerdings für die SPD-Landtagsfraktion auch festzustellen, daß politische Einsichten und politische Konsequenzen auch in Ihrem Beitrag zu diesem Bericht nur sehr dürftig sichtbar wurden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wurden hier noch einmal die Ziele des **Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes** genannt.

Es wurde gesagt, eines der Ziele nach § 2 sei es, daß das ganze Land in seinen städtischen und ländlichen Bereichen als lebendiger Natur-, Kultur-, und Wirtschaftsraum erhalten wird. Was ist denn nach über 30 Jahren Entwicklung in diesem Lande Realität?

Im übrigen sind die Grundsätze, die Sie hier als etwas Neues darzustellen versucht haben, so neu nicht. Ich darf einmal aus dem **Raumordnungsgesetz** des Jahres 1965 zitieren. Da steht bereits:

„Die räumliche Struktur der Gebiete mit gesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen soll gesichert und weiter entwickelt werden.“

Jetzt gucken wir uns doch einmal die Entwicklung an der Westküste, im Landkreis Schleswig oder in Nordfriesland an. Ist das Land Schleswig-Holstein dem gerecht geworden?

Wir haben weiter festzustellen, daß eines der Ziele des Raumordnungsgesetzes lautet:

„Für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung von Natur und Landschaft einschließlich des Waldes sowie für die Sicherung und Gestaltung von Erholungsgebieten ist zu sorgen. Für den Schutz des Bodens, die Reinhaltung des Wassers, die Sicherung der Wasserversorgung und für die Reinhaltung der Luft sowie für den Schutz der Allgemeinheit vor Lärmbelästigung ist ausreichend Sorge zu tragen.“

Das waren Entwicklungsgrundsätze für den ländlichen Raum aus dem Jahr 1965. Jetzt sind inzwischen 22 Jahre vergangen. Sind eigentlich die CDU-Landesregierung in den letzten Jahren sowie ihre Vorgängerregierungen diesen **Grundsätzen** gerecht geworden?

Wir als SPD-Landtagsfraktion meinen, daß dies sicherlich für einzelne Landesteile zutrifft, aber für die **peripheren Räume** Schleswig-Holsteins läßt sich feststellen, daß die CDU-Landesregierung und die vorherigen CDU-Landesregierungen diesen Grundsätzen – einmal den Grundsätzen der Landesentwicklungsplanung und den Grundsätzen des Raumordnungsgesetzes des Bundes – nicht gerecht geworden sind.

(Beifall bei der CDU)

Auf Seite 13 des Berichts geht die Landesregierung auf den Arbeitsmarkt ein und sagt, daß wir in peripheren Räumen einen enormen Problemdruck am **Arbeitsmarkt** haben. Das ist doch keine neue Erkenntnis. Diese Erkenntnis haben wir doch seit 35 Jahren. Uns hätte in dem Bericht interessiert, wie die Landesregierung diesem Problemdruck denn nach-

gehen wird, was insbesondere zu geschehen hat, damit in Zukunft Menschen in peripheren Räumen auch Arbeitsplätze finden.

Es ist sehr interessant, festzustellen, daß jetzt im Bericht steht, daß an eine **passive Sanierung der Arbeitsmarktregion** auch in Zukunft nicht gedacht wird. Das klang 1985 bei der Fortschreibung des Regionalplans IV noch ganz anders, Herr Ministerpräsident. Da hieß es auf Seite 5 im Regionalplan IV, daß im weiteren Bereich des **Wirtschaftsraumes Brunsbüttel**, in Steinburg und Dithmarschen bis 1992 11 000 zusätzlich Arbeitsplatzsuchende auf den Arbeitsmarkt drängen werden und daß die Landesregierung davon ausgeht, daß bei günstiger Entwicklung im Wirtschaftsraum Brunsbüttel 4000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können – wenn sie kämen, würden wir als SPD sie herzlich begrüßen –, aber Sie sagen auch, daß das Problem der restlichen 7000 Arbeitsplatzsuchenden durch eine passive Sanierung in der Arbeitsmarktregion gelöst wird. Das habe ich dann allerdings auch festzustellen, und ich möchte aus Ihrem Munde gern hören, Herr Ministerpräsident, weshalb die Landesregierung innerhalb von zwei Jahren zu einer grundlegend anderen Auffassung gekommen ist und wie sie dies bewerkstelligen will.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in der Tat in peripheren Räumen einen Rückgang der Beschäftigten im **verarbeitenden Gewerbe** festzustellen, und das löst bei uns eine besondere Besorgnis aus. Es ist sicherlich richtig, daß im **Dienstleistungsbereich** – das hängt zusammen mit der Bundeswehr in Kropp oder Leck oder Husum – Arbeitsplätze vorhanden sind, aber was uns interessiert, ist schon die Entwicklung der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe hier im März darauf hingewiesen, daß im Bereich der **Veredlungsindustrie**, im Bereich der Veredlung von landwirtschaftlichen und Fischereierzeugnissen, ein Rückgang von 25 000 auf 22 000 Arbeitsplätze innerhalb von drei Jahren zu beobachten gewesen ist. Das sind in erster Linie Arbeitsplätze, die in peripheren Räumen verlorengegangen sind, Arbeitsplätze, die für so manchen ausscheidenden Landwirt von Interesse gewesen sind, Arbeitsplätze, die heute nicht mehr vorhanden sind. Wir haben festzustellen, daß die Chancen in den letzten 30, 35 Jahren insbesondere in der Grenzregion zu Dänemark nicht genutzt wurden.

Vergleichen wir die **wirtschaftliche Entwicklung** – der Kollege Meyer hat zu Recht darauf hingewiesen – Jütlands, Südjütlands und der Westküste **Dänemarks** mit der Westküste und dem nordfriesischen Bereich **Schleswig-Holsteins**, so haben wir in der Tat festzustellen, daß im dänischen Bereich eine sehr progressive Wirtschaftsentwicklung stattgefunden hat, daß in dieser Region heute sogar teilweise mehr Arbeitsplätze in qualifizierten Bereichen angeboten werden

(Manfred Sickmann)

können, als tatsächlich Arbeitsnachfrage besteht. Dies haben wir bei uns an der Westküste nicht festzustellen.

Auch wurde von Ihnen eine Bitte nicht aufgenommen, Herr Ministerpräsident, die ich im März vorgebracht habe, nämlich die Bitte an die Landesregierung, doch einmal zu erklären, welchen Beitrag das Land Schleswig-Holstein zur Aufforderung der EG leisten will, sich 1987 und 1988 besonders den **peripheren Räumen** zu widmen. Das war eine **Entschiebung der EG** – nicht ohne Grund –, und wir hätten schon gern gewußt, welchen Beitrag das Land Schleswig-Holstein leisten will, insbesondere auch in der Region der Grenze zu Dänemark. Ich bin eigentlich immer davon ausgegangen, daß diese Grenze einen verbindenden Charakter mit all den positiven Wirtschaftsimpulsen haben müßte und keinen Trenncharakter aufweisen dürfte, wie wir es mancherorts heute noch festzustellen zu haben.

Auf Seite 16 wird die **Arbeitsplatzoffensive Schleswig-Holstein** insbesondere für periphere Räume groß angekündigt. Dies ist aber nicht neu. Ich darf das Hohe Haus daran erinnern, daß es der Kollege Engholm gewesen ist, der von 1983 an immer wieder den **beschäftigungspolitischen Pakt** gefordert hat.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch eine Wahrheit, daß die CDU in diesem Hause und auch die Landesregierung diesen beschäftigungspolitischen Pakt immer wieder ausgeschlagen haben – ob es zur Situation in der Bauwirtschaft, ob es zum Westküstenprogramm war, Sie haben es abgelehnt und keine Alternativen geboten. Genauso haben Sie letztlich die SPD-Initiative abgelehnt, einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Veredlungswirtschaft und der Vermarktung in unserem Lande zu leisten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bericht geht auf Seite 17 auf die **Binnenwanderung** ein, und da haben Sie dann allerdings schon einen Zickzackkurs gefahren. Auf der einen Seite haben Sie gesagt, im großen und ganzen gingen Sie davon aus, daß es eine Bevölkerungsbewegung in peripheren Räumen nicht geben werde, während der Bericht ganz klar sagt, daß innerhalb der nächsten 13 Jahre 110 000 Einwohner aus peripheren Räumen abziehen werden. Das werden nicht die Alten sein, sondern das werden die Jungen sein, weil sie keine Arbeitsplätze bekommen. Das bedeutet also eine Abnahme der Bevölkerung um 7%. Im Hamburger Randgebiet wird die Bevölkerung um 40 000 Menschen zunehmen. Das bedeutet also eine Binnenwanderung in der Größenordnung von 150 000 Menschen. Wenn das nichts ist, Herr Ministerpräsident, dann weiß ich nicht, an welchen Fakten Sie sich in Zukunft orientieren wollen.

Der zuständige Bundesminister für Raumordnung sagt allerdings für die peripheren Räume Schleswig-Holsteins eine Wanderung von mehr als 11% voraus. Das bedeutet dann eine Binnenwanderung von etwa 200 000 Menschen innerhalb Schleswig-Holsteins. Ich halte diese Zahl für glaubhafter, insbesondere dann, wenn ich mir die Situation am Arbeitsmarkt in

den peripheren Räumen ansehe – Herr Kollege Meyer hat darauf bereits hingewiesen – und wenn ich insbesondere auch berücksichtige, in welcher Situation sich die Landwirtschaft befindet. Die Landwirtschaft kommt ja künftig als Auftraggeber nicht mehr in demselben Umfange in Betracht, wie es in den letzten Jahren der Fall war.

Auf Seite 20 des Berichts können wir dann auch lesen, daß die **Ämterverfassung** und die Neuordnung der Ämter im Grunde in Ordnung seien. Dagegen müssen wir als Sozialdemokraten nun protestieren, und ich tue das auch, Herr Kollege Harms, auch als Kommunalpolitiker, der zehn Jahre lang im Kreisparlament und im Kreisausschuß gesessen hat.

Die **Ämterneuordnung**, die vorgenommen worden ist, hat für die Gemeinden keine Demokratisierung gebracht. Das muß man einfach feststellen. Immer mehr Aufgaben sind von den Gemeinden zu den Ämtern gewandert, eine Demokratisierung der Amtsverfassung aber hat nicht stattgefunden.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, daß sich die Wahlergebnisse von Kommunalwahlen in den Amtsausschüssen und in den Ämtern nicht widerspiegeln. Einen aktuellen Anlaß, dies festzustellen, gibt es zur Zeit in St. Michaelisdorf, wo die CDU mit der Mehrheit von einer Stimme erreicht hat, daß kein Sozialdemokrat – weder als Stellvertreter noch als zweiter Stellvertreter – in irgendeinem Organ des Amtsausschusses tätig sein kann. Das nennen Sie dann mit Ihrem Zwischenruf „Demokratisierung der Amtsverfassung“.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns darüber einig sind, daß in den Kommunen auch weiterhin mitbestimmt werden soll, dann müssen wir uns auch darüber einig sein, daß eine Demokratisierung der Amtsordnung unerlässlich ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Seite 22 ihres Berichts kommt die Landesregierung zu dem Ergebnis, daß sich das **Finanzausgleichssystem** bewährt habe und daß im allgemeinen ansehnliche Finanzspielräume festzustellen seien. Diese Situationsdarstellung spottet nun ja wirklich jeder Beschreibung. Ich habe hier demgegenüber für die SPD-Landtagsfraktion festzustellen, daß die Landesregierung noch nicht einmal innerhalb eines Jahres in der Lage war, eine Anfrage des Kollegen Gunnesson zur Entwicklung der kommunalen Finanzen überhaupt zu beantworten. Noch nicht einmal die finanzpolitischen Rahmendaten für die Kommunen liegen vor. Und dann schreibt man in dem Bericht: im großen und ganzen sind ansehnliche Spielräume festzustellen! Das hätten wir allerdings gern etwas präziser gelesen, Herr Kollege Lorenzen!

Auf Seite 29 wird auf die Bedeutung der **Agrarwirtschaft** hingewiesen. Es ist richtig: Das **Überangebot** muß verringert werden. Das ist aber keine neue Erkenntnis. Es ist inzwischen ebenfalls zu einem Allgemeinplatz geworden, wenn man von „unbefriedigender Entwicklung“ spricht. Das sagen wir als

(Manfred Sickmann)

SPD ebenfalls. Wir sagen auch, daß damit gerechnet werden muß, daß 30 bis 40 % der Betriebe nach Auskunft der Kammer ihre Tore schließen müssen, daß sie nicht mehr existenzfähig sind. Dazu hätten wir dann allerdings von der Landesregierung auch gern gehört, was das für die schwachstrukturierten Gebiete bedeutet, wenn ein Drittel der Betriebe schließen muß. Wie soll dort dann noch Entwicklung stattfinden?

Sie haben sich erdreistet, Herr Ministerpräsident, hier das **Existenzsicherungsprogramm** vorzustellen. Ich sage Ihnen noch einmal zur Erinnerung: Das sind die Vorstellungen der Sozialdemokraten gewesen!

(Widerspruch bei der CDU)

Wir haben im Mai 1986 ein Sieben-Punkte-Programm zur aktuellen Situation der Landwirtschaft vorgeschlagen – da hilft auch Ihr Lachen nicht, Herr Kollege Fölster! – erst sechs Wochen später haben Sie sich dann in diese Fußstapfen gestellt.

(Björn Engholm [SPD]: So war es! – Beifall bei der SPD)

Sich dann hier hinzustellen und zu sagen, die Sozialdemokraten hätten keine Vorschläge eingebracht und im übrigen alles abgelehnt, ist doch auch nicht stichhaltig.

An dieser Stelle habe ich aber einmal eine Frage zu Ihrer „Schnaps“-Idee. Mir ist bekannt, Herr Ministerpräsident, daß das Gutachten über die **Bio-Äthanol-Geschichte** am 17. März irgendwo vorgelegen haben soll und daß es uns in den nächsten Tagen zugänglich gemacht werden sollte. Sind Ihre Fachkräfte eigentlich immer noch bemüht, die Grundsätze der Physik und der Chemie so auf den Kopf zu stellen, daß das Gutachten für Sie letztlich lesbar wird,

(Heiterkeit bei der SPD – Hans Wiesen [SPD]: Schleifen und polieren!)

oder woran liegt es eigentlich, daß die Öffentlichkeit bis heute noch nichts darüber erfahren hat, welchen Standpunkt das Institut dazu eingenommen hat?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Seite 30 ihres Berichts sagt die Landesregierung weiter, sie sei sich dessen bewußt, daß der weitere Niedergang der Landwirtschaft für den ländlichen Raum negativ sei. Auch das wissen wir. Was das aber konkret auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung von Versorgungseinrichtungen in den einzelnen Dörfern bedeutet, darüber schweigt sich der Bericht aus. Dabei kennen wir bereits seit 1977 – ich zitiere einmal aus einem Ergebnisprotokoll der Agrarsozialen Gesellschaft, die im Jahre 1977 in Husum getagt hat – die Feststellung, daß auf absehbare Zeit auf die **Beschäftigungswirkung**, die von der **Landwirtschaft** ausgeht, in den peripheren Räumen nicht verzichtet werden kann. Die Landwirtschaft ist dort zumindest der stärkste Wirtschaftszweig. „Bei knappen außerlandwirtschaftlichen Erwerbsalternativen erscheint es nicht zweckmäßig, daß der Strukturwandel in der Landwirtschaft in den kommenden Jahren forciert wird.“

Nur ist natürlich die Frage, was Sie denn – wenn die Agrarsoziale Gesellschaft dies nach unserer Ansicht durchaus zu Recht dargestellt hat – von 1977 bis heute in Land und Bund unternommen haben, um den Strukturwandel nicht so eintreten zu lassen, wie er letztlich doch eingetreten ist.

(Beifall bei der SPD)

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang allerdings, daß inzwischen auch der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein meine SPD-Forderung vom letzten Jahr aufgenommen hat, Agrarpolitik innerhalb der Bundesrepublik regional differenziert zu beurteilen. Herr Ministerpräsident, es ist richtig – ich wiederhole dies auch noch einmal für die SPD-Fraktion –: Eine **Bruttowertschöpfung** von 20 % in Nordfriesland ist eben allemal mehr und hat eine größere wirtschaftliche Bedeutung als 0,3 % in Baden-Württemberg. Machen Sie das doch bitte auch dem Herrn Bundesfinanzminister und dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie den Chefs der Länder klar; vielleicht kann man dann auch innerhalb der Bundesrepublik – das bedarf dann keiner großen Zustimmung Brüssels – zu einer Stärkung der Landwirtschaft Norddeutschlands kommen – wir sind uns darüber einig, Herr Kollege Fölster –, weil hier andere Erwerbsmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, wie es in Baden-Württemberg der Fall ist. Man muß sich dann eben auch einmal durchsetzen und darf sich nicht auf Nebenkriegsschauplätze begeben und auch noch Beifall klatschen, wenn aufgebrauchte Landwirte Puppen von EG-Kommissaren verbrennen, weil die Bundesrepublik nicht in der Lage ist, zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen darf ich an dieser Stelle zu der unglückseligen Diskussion über den **Grenzausgleich** noch einmal feststellen: Es war doch wohl der Bundeskanzler Kohl, der im Jahre 1984 in Fontainebleau diesen Vorschlag gemacht hat. Erinnern Sie doch bitte Ihre Kollegen von der Landwirtschaft auch heute noch daran, wer von Ihnen das damals in Gang gesetzt hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Seite 32 des Berichts wird darauf hingewiesen, daß die **Bauwirtschaft** im ländlichen Raum eine hohe Bedeutung habe. Wenn aber die Bauwirtschaft auch in Zukunft eine solche Bedeutung haben soll, bedarf es eben einer intensiveren Dorfsanierung als bisher. Es gibt ja erst Anfänge. Dabei muß ich nun auch daran erinnern, Herr Kollege Harms: **Dorfsanierung** wurde erst möglich, nachdem die sozial-liberale Koalition im Jahre 1977

(Widerspruch bei der CDU)

das Zukunftsinvestitionsprogramm – genannt ZIP –, das Sie verteufelt haben, in Gang gesetzt hat.

(Beifall bei der SPD)

Heute feiern Sie das als eine CDU-Initiative! Wenn wir schon gemeinsam den ländlichen Raum hochhalten wollen, sollten wir uns letztlich auf gemeinsam

(Manfred Sickmann)

betriebene Dinge besinnen und auch daran erinnern, welcher politische Name jeweils hinter einzelnen Vorhaben steht.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt daß das Pendeln möglicherweise ja gar nicht so wild sei; die 30 Minuten machten wohl nichts aus. Das mag für das Hamburger Randgebiet durchaus gelten. Sie haben gesagt, in den Ballungszentren müßten Menschen viel längere Zeiträume in Kauf nehmen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Das stimmt nur bedingt. Es stimmt nämlich nur dann, wenn man nicht die öffentlichen Verkehrseinrichtungen in Anspruch nimmt.

(Fritz Latendorf [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Zynisch aber ist diese Bemerkung, wenn Sie ansehen müssen, daß Bauarbeiter an der Westküste morgens anderthalb bis zwei Stunden lang fahren müssen, um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Und anderthalb bis zwei Stunden dauert es dann auch, wenn sie abends wieder zurückfahren müssen. Das geschieht jahrein, jahraus, zu jeder Jahreszeit. Dann kann man sich nicht hier hinstellen und sagen, das **Pendeln** sei kein großes Problem. Das sollten Sie einmal den Bauarbeitern an der Westküste sagen. Dann müßten Sie früh aufstehen; Sie müßten dann nämlich um 4.30 Uhr ansehen, wie die mit einzelnen Werksbussen abgeholt werden. Sich dann hier hinstellen und zu sagen, das sei kein großes Problem, finde ich dann doch schon ein wenig zynisch.

(Fritz Latendorf [CDU]: Lieber Kollege, wie kommt es denn, daß Baukolonnen lieber nach Hamburg fahren als bei uns im Bereich zu arbeiten?)

- Weil es dort keine Arbeit gibt, Kollege Latendorf!

(Fritz Latendorf [CDU]: Quatsch! So einfach macht er sich das!)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern durch den Mund des Wirtschaftsministers von einem Rückgang der Bauaufträge in der Größenordnung von 31 % gehört. Wenn Sie aus einem Minus von 31 % jetzt ein Plus an Arbeit herausrechnen, dann ist das in der Tat ein dolles Ding!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben eben auch vom Ministerpräsidenten gehört, daß die Landesregierung jetzt dazu übergeht, **Einzelklärungen** finanziell zu fördern. Auch dies ist eine schon seit längerem erhobene Forderung der Sozialdemokraten,

(Beifall bei der SPD)

um gleichwertige Lebensbedingungen im Lande herzustellen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Förderungspraxis der Landesregierung, nur Kommunen finanziell zu bezuschussen, die in der Größenordnung von mehr als 4000 Einwohnern liegen, nicht in Ordnung ist und daß damit die Probleme gerade vieler kleiner Gemeinden nicht erfaßt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Seite 33 wird die Versorgung durch den **Einzelhandel** in den einzelnen Gemeinden dargestellt. Ich darf daran erinnern, daß durch eine Große Anfrage der Sozialdemokraten über die Situation der Versorgung der Gemeinden festgestellt wurde, daß in über 400 Gemeinden eine Versorgung durch den Einzelhandel nicht mehr gewährleistet ist.

Auf Seite 35 spricht die Landesregierung von einem Modellversuch, um bestimmte Dienstleistungen über kleine Kaufmannsläden zu bewerkstelligen. Auch das ist eine sozialdemokratische Forderung. Gerade die Kollegin Lindenmeier hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Versorgung mit Lebensmitteln, aber auch die Vermarktungseinrichtungen bis hin zur sozialen Betreuung und zur Poststelle und zum Apothekendienst letztlich über ein Dörfergemeinschaftshaus zu bewerkstelligen sind, so wie es ansatzweise auch in Dänemark, Herr Kollege Meyer, der Fall ist. Die Landesregierung bequemt sich jetzt zumindest in dem Bericht, von einem Modellversuch zu sprechen.

Aber man muß auch das sehen, was im Bericht steht, daß nämlich zum Beispiel eventuelle Ergänzungen des Angebots von Einzelhandelsgeschäften durch öffentliche Dienstleistungsfunktionen in keinem Fall die privatwirtschaftliche Selbständigkeit in Frage stellen dürfen. Natürlich ist das töricht. Natürlich kann es auch so sein, daß ein Einzelhandelsgeschäft nicht zu 80 % oder zu 90 %, sondern vielleicht nur zu 50 % oder zu 40 % sein Einkommen aus dem Verkauf von Lebensmitteln bezieht und den Rest aus anderen Einkommensarten, sei es durch Stärkung der eigenen Vermarktung dessen, was im Dorf produziert wird, oder seien es Sozialdienste oder Apothekendienste oder was auch immer. Dem kleinen Einzelhändler in einem kleinen Dorf ist es letztlich auch egal, aus wieviel Arten sich sein Jahreseinkommen zusammensetzt. Aber ihm müßte endlich geholfen werden. Ihm hilft es nicht, wenn gesagt wird, die Mobilität der Bevölkerung habe sich so entwickelt, daß dort nicht mehr weitergeholfen werden kann.

(Peter Aniol [CDU]: Das ist ja schlimm!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Seite 43 lesen wir dann allerdings auch etwas Erstaunliches für diese Landesregierung. Wir lesen, daß **kurze Schulwege** positive Auswirkungen auf das körperliche und seelische Wohlbefinden der Kinder, auf den Tagesablauf der gesamten Familie haben. Das ist richtig. Nur, wie sieht denn die Praxis aus, Herr Kollege Arens? Ist es denn nicht so, daß in Dithmarschen sechs und sieben Jahre alte Kinder bei der Schülerbeförderung morgens eine halbe Stunde auf den Bus warten müssen, das heißt, daß sie eine Stunde bis eineinhalb Stunden brauchen, um zum Schulstandort zu kommen, und daß sie so manches Mal mittags erst gegen 14.00 Uhr oder gegen 14.30 Uhr wieder zu Hause sind?

(Peter Aniol [CDU]: Was wäre denn passiert, wenn wir Ihr Schulkonzept realisiert hätten? Sie sind doch ein Chaot!)

(Manfred Sickmann)

Wir hätten schon gern etwas zu dem Problem gewußt, meine sehr geehrten Damen und Herren. – Ich bin doch kein Chaot, Sie Wattentanz! Da stellen Sie sich hin

(Peter Aniol [CDU]: Ach reden Sie doch nicht!)

und erklären in den „Sylder Nachrichten“, Sie hätten vorgestern den Antrag der CDU zur Küstenschutzsicherung eingebracht. Bleiben Sie doch erst einmal bei der Wahrheit, bevor Sie sich überhaupt zu Wort melden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Peter Aniol [CDU] – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Herr Abgeordneter Sickmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms (Bilsen)?

Manfred Sickmann [SPD]:

Gern, wenn die sich einig sind, wer zwischenschreien und wer fragen will.

Vizepräsident Kurt Hamer:

Herr Abgeordneter Harms, Sie haben das Wort.

Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]: Herr Kollege Sickmann, womit begründen Sie Ihre Aussage, daß ein Schulkind morgens eine halbe Stunde auf den Bus warten muß?

(Rolf Selzer [SPD]: Verspätung!)

Manfred Sickmann [SPD]:

Mit der Tatsache, daß uns eine Reihe von Beschwerden der Eltern in den letzten Jahren immer wieder auf die Probleme der Schülerbeförderung gerade im ländlichen Raum hingewiesen hat, auf die unzulängliche Organisation,

(Beifall des Abgeordneten Uwe Amthor [SPD])

auf die mangelnde Finanzausstattung der Schulträger, die letztlich auch das Land Schleswig-Holstein mit herbeigeführt hat.

Wir haben zweitens die erstaunliche Äußerung der Landesregierung in ihrem Bericht festzustellen, **kleinere Klassen** erweitern die pädagogischen Möglichkeiten und erlauben eine individuellere Förderung des Schülers. – Auch das ist eine sozialdemokratische Feststellung und eine jahrelange Forderung der Sozialdemokraten

(Peter Aniol [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

gerade hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag, endlich zu kleinen Klassen zu kommen. Das ist hier doch zwei Jahrzehnte lang auch Gegenstand von Debatten gewesen.

(Beifall des Abgeordneten Björn Engholm [SPD])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf Seite 67 wird dann gesagt, daß der **öffentliche Personennahverkehr** natürlich nachhaltig unterstützt werden soll.

Aber wir haben keine Konzeption der Landesregierung, wie denn in den einzelnen Kreisen der öffentliche Personennahverkehr mit welchen Mitteln des Landes finanziell unterstützt werden soll. Gleichzeitig haben wir auch eine klassische Fehleinschätzung wahrzunehmen. Da steht nämlich, die Mobilität der Bevölkerung solle in allen Teilen des Landes bei freier Wahl des Verkehrsmittels soweit wie möglich sichergestellt werden. – „Freie Wahl des Verkehrsmittels“ bedeutet erst einmal, daß auch alle in der Lage sind, ein Auto zu fahren. Wir haben aber festzustellen, daß gerade in ländlichen Räumen über 60 % der Bevölkerung – und zwar müssen Sie dann alle nehmen – auf öffentliche Personennahverkehrsmittel angewiesen sind, weil sie keinen Pkw bedienen können. – Übrigens ist das eine Tatsache, die für Städte genauso zutrifft.

Auf Seite 79 heißt es dann, daß die **strukturschwachen Räume** besonders schwach seien und daß sie auch einer besonderen Förderung bedürften: Anhand einer Grafik wird dann auch deutlich, welche Region damit gemeint ist. Das ist dann genau die Region, meine sehr geehrten Damen und Herren, die in einer Informationsschrift der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes Schleswig-Holstein bei den 25prozentigen Förderungen ausgespart ist. Das ist nämlich die Region, die mit 15 % ausgewiesen ist, während demgegenüber andere Regionen, die im Zonenrandbereich liegen, mit 25 % Förderung ausgewiesen sind. Was soll denn dieses Blendwerk eigentlich?

Wir wissen an der Westküste doch sehr genau, daß alle die zusätzlichen Förderungen nicht das ausgleichen können, was durch Zonenrandförderung im östlichen Teil des Landes geleistet wird, und daß sie schon gar nicht das ausgleichen können, was durch das **Landesinvestitionsförderungsprogramm** in den Hamburger Rand gegangen ist. Und das sind in den letzten Jahren über 80 % der gesamten Haushaltsmittel gewesen! Auch dazu wäre dann eine detailliertere Aufstellung vonnöten gewesen, wenn man uns sagen will, wohin in der politischen Zukunft die Reise gehen soll.

Auf Seite 81 ist dann unter dem Bereich **Naturschutz** festzustellen, daß das Stapelholm-Programm jetzt eine der großen Geschichten ist, die die Landesregierung aufgelegt hat. Auch da darf ich nur bescheiden daran erinnern, daß auch das eine Forderung unseres Oppositionsführers Björn Engholm ist.

(Beifall des Abgeordneten Hans Wiesen [SPD])

Da hat es erst einen Zwergenaufstand bei der CDU gegeben, aber es hat kein Dreiviertel Jahr gedauert, da war es dann plötzlich eine CDU-Idee.

Wir sagen aber trotzdem zu diesem Schutzprogramm und Extensivierungsprogramm ja, weil wir dies vom Ansatz her für einen richtigen und guten Beitrag halten, um letztlich auch das Leben in peripheren Räumen in Zukunft noch zu ermöglichen.

Auf Seite 89 haben wir dann zu lesen, daß die **Städtebauförderung** besonders wichtig sei für die

(Manfred Sickmann)

Sicherung von Arbeitsplätzen – hauptsächlich für die mittelständische Bauwirtschaft – und daß die Städtebauförderung für den Programmbereich „ländliche Gemeinde“ wichtig sei, insbesondere in strukturschwachen Räumen. Diese Feststellung ist richtig. Nur hätten wir von der Landesregierung auch gern gewußt, wie das denn ab Ende 1987 laufen soll; denn der Bund legt doch das Städtebauförderungsprogramm nicht mehr neu auf. Bedeutet diese Feststellung, daß die Landesregierung die fehlenden Mittel aufbringen will?

Ich habe festzustellen, daß es bis heute an jeglicher Erklärung der Landesregierung fehlt, was nach Auslaufen des Städtebauförderungsprogramms auch im Interesse unserer ländlichen Gemeinden geschehen soll, ob wir aus Bonn Ausgleichsmittel bekommen oder ob das Land letztlich die Mittel insgesamt ergänzen wird. – Dann hätten wir allerdings auch gern gewußt, Herr Kollege Dr. Klingner, woraus die Landesregierung das letztlich noch bezahlen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für uns Sozialdemokraten sind Vorstellungen unhaltbar, in denen auf eine wirtschaftliche Entwicklung der peripheren ländlichen Räume völlig verzichtet werden soll. Die mit einer Raumordnungspolitik der passiven Sanierung in Verbindung gebrachten gesamtgesellschaftlichen Vorteile sind nach wie vor nicht haltbar.

Erstens! Die **Entleerung der peripheren ländlichen Räume** in Schleswig-Holstein wird auch keineswegs zu einer effektiveren Verwendung der öffentlichen Mittel beitragen; die Belastung für die öffentlichen Haushalte würde vielmehr größer, da in den Zuwanderungsgebieten – zum Beispiel im Hamburger Rand – die materiellen und die personellen Infrastrukturskapazitäten zusätzlich geschaffen werden müßten, die in den Abwanderungsgebieten größtenteils vorhanden sind und durch eine Politik der passiven Sanierung – und darauf ist der Ministerpräsident nicht eingegangen – entwertet würden.

Zweitens! Bei Verzicht einer regional differenzierten Wirtschaftsförderungs- und Arbeitsmarktpolitik wird ein vergleichsweise hoher Sockel an **struktureller Arbeitslosigkeit** weiterhin erhalten bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die Sozialdemokraten kann ich noch einmal erklären: Eine **dezentrale Siedlungsstruktur** ist ein unverzichtbarer Beitrag zur sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen, kulturellen und politischen Stabilität bei uns in Schleswig-Holstein. Die Aufrechterhaltung und der weitere Ausbau einer dezentralen Siedlungsstruktur sind unverzichtbar mit der aktiven Entwicklung der peripheren Räume verbunden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Nicht ohne Grund werden wir Sozialdemokraten uns auch in Zukunft bemühen, dem Rechnung zu tragen, und nicht ohne Grund haben wir in unserem Landtagswahlprogramm gerade der Entwicklung des ländlichen Raumes einen breiten Raum gegeben.

(Peter Aniol [CDU]: Nachholbedarf!)

– Wir haben da keinen Nachholbedarf.

(Peter Aniol [CDU]: Sie ja!)

– Sie Oberabkupfermeister, Sie haben doch jahrelang von uns im Bereich der Kommunalpolitik abgeschrieben. Sie sollten das auch in Zukunft tun, dann kämen wir letztlich im Lande auch ein Stück weiter.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Solterbeck.

Hans-Klaus Solterbeck [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neue Aufgaben für den **ländlichen Raum** und damit auch neue Aufgaben für unsere **Dörfer!** Ich meine, dieses Thema beschert uns heute morgen eine glückliche Stunde für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU)

Es ist schon gesagt worden, daß er 745 Gemeinden umfaßt. Für meine Begriffe ist hier heute morgen eine ausgezeichnete Bestandsaufnahme durch die Landesregierung gegeben worden – durch die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten – und auch eine gute Grundlage für die weitere Arbeit und für die weitere Entwicklung im ländlichen Raum. Weitere Ausführungen sind von einzelnen Kolleginnen und Kollegen hier gemacht worden. Ich meine, auch diese sind hilfreich. Allerdings möchte ich die Aussagen von Herrn Sickmann, was den Bereich der Schulen, der Demokratisierung der Ämter, wie Sie es genannt haben, und auch das, was Herr Meyer über die Gemeindezusammenlegung gesagt hat, ausschließen. Da bin ich ganz anderer Ansicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, wir sind mit der jetzigen Struktur – und das ist vor allem auch von Rainer Ute Harms gesagt worden – sehr gut gefahren.

Ich möchte heute morgen nicht wiederholen, was an Zahlen und Daten hier vorgetragen worden ist, ich möchte nur ganz kurz auf folgendes hinweisen. Die wechselvolle Geschichte des ländlichen Raumes in der Nachkriegszeit mit der Übervölkerung, dann der Eingriff und die schnelle Technisierung in den landwirtschaftlichen Betrieben mit all ihren Folgen, dann einige Zeit lang die Landflucht, dann die Bebauung im Grünen und damit verbunden eine völlig veränderte Sozialstruktur – das alles ergibt eine ganz andere Ausgangssituation gegenüber zum heutigen Bild.

Die Fragestellung ging ja auf die Zeit von 1970 bis heute ein, und da muß ich sagen, daß wir in der glücklichen Lage sind, ein breites Förderinstrument zu haben, um der Vielfalt der Funktion unserer Dörfer begegnen und Hilfe leisten zu können, auch eigene Impulse, eigene Gestaltungskraft, eigenes Wollen in den Dörfern auszulösen.

(Präsident Rudolf Titzck übernimmt den Vorsitz)

(Hans-Klaus Solterbeck)

Zu diesen Förderinstrumenten möchte ich etwas sagen, und zwar aus der Praxis heraus. Zum **Programm Nord** möchte ich auch heute noch, nachdem es jahrzehntelang gelaufen ist, sagen, daß es in seinen Auswirkungen sehr segensreich für die Bewohner, die Dörfer und die Landschaft war.

(Beifall bei der CDU)

Neben der Verbesserung der Agrarstruktur brachte dieses Programm erste Verkehrserschließung und erste Infrastruktur in unsere Dörfer. Auch erste Ansätze von Landschaftsgestaltung und Schaffung von Biotop-Maßnahmen gehörten hierzu.

Vor allem schuf aber dieses Programm die Grundlage einer übergreifenden und sich weiterentwickelnden Planung im Dorf. Es hat auch dazu geführt, daß sich die Gemeindevertreter vor Ort aktiv und intensiv eingeschaltet haben, sich selber Gedanken gemacht und eigene Vorstellungen entwickelt haben. Durch diese und andere eingeleitete Maßnahmen wuchs erstmalig die **Bevölkerungszahl** – das hat der Ministerpräsident hier auch dargelegt –, und auch der Anteil des **Bruttosozialprodukts** des ländlichen Raums ist gewachsen. Ebenfalls können wir feststellen, daß sich als Folge dessen die Finanzkraft unserer ländlichen Gemeinden sehr verbessert hat.

Ähnlich wie im Programm Nord sind für besonders schwach strukturierte Gebiete Sonderförderprogramme geschaffen worden, dies auch sinnvollerweise aufbauend auf die Verbesserung der Gemeinschaftsaufgabe für die regionale Wirtschaftsstruktur.

Gerade bei der heutigen Bevölkerungsentwicklung ist dies für den ländlichen Raum sehr positiv gewesen, auch für Erhalt und Schaffung neuer betrieblicher Ansätze sowie für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Es ist eine große Hilfe für die betroffenen Gebiete.

Aus der kommunalen Sicht sind die **Investitionen** Abwasserbereich, Wasserversorgung, Rad- und Wanderwegebau sehr positiv zu nennen. Ich möchte hier einmal sagen, daß Urlaubsgäste im Lande Schleswig-Holstein sich immer wundern und sehr lobend über das sehr gute Wegenetz aussprechen, das wir hier haben und das nach deren Aussagen anderswo bei weitem nicht so entwickelt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Der Bau von Schulen und Sportstätten und von Freizeiteinrichtungen sind Beispiele gewaltiger Infrastruktur-Investitionen. Ich meine, unsere Dörfer haben einen gewaltigen Sprung nach vorn gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir heute Schwerpunktprogramme für bestimmte Regionen entwickelt haben – ich denke hier an Stapelholm oder an das Herzogtum Lauenburg und andere –, dann glaube ich, daß diese wegweisend sind für andere Gebiete, und unsere Politik sollte darauf ausgerichtet sein, die dort gemachten Erfahrungen auch auf andere regionale Gebiete zu übertragen und zu entwickeln. Die jetzt laufenden Maß-

nahmen zur **Landschaftserhaltung** sollten wir hier mit einbeziehen. Diese Modelle sollten und müssen wir auch auf andere Regionen übertragen.

Das **Extensivierungsprogramm** und die Stiftung Naturschutz haben sehr viel Hilfeleistung in der Gestaltung des Umfeldes für die Dörfer im ländlichen Bereich mit sich gebracht.

Im Gegensatz zu früher ist festzustellen, daß diese Dinge bewirkt haben, daß eigengestalterische Kräfte im Dorf geweckt worden sind und daß wir sehr froh sind, daß wir die Möglichkeiten sehen, die Instrumente zu haben, die dort selbst entwickelten Gedanken und Vorstellungen auch in die Tat umzusetzen.

Das **Dorferneuerungsprogramm** bringt erstmals neben den Gesprächen, die immer wieder in der Presse erscheinen – Schwerpunkte kreisfreie Städte und deren Sorgen und Probleme –, auch deutlich heraus, daß wir auch einen Schwerpunkt ländlicher Raum haben. Bei den ersten Modellvorhaben der siebziger Jahre sind gute Ansätze und auch gute Vorbilder geschaffen worden, aber leider wurde dieses Programm dann mangels Masse zunächst eingestellt. Ich glaube, wir sollten sehr froh sein, daß wir jetzt im Lande Schleswig-Holstein mit Hilfe der Gemeinschaftsaufgabe die Dorferneuerung in 80 Gemeinden durch das Land und in weiteren knapp 20 Gemeinden durch kreiseigene Programme auf den Weg gebracht haben.

Sehr viele Gemeinden erkennen die Notwendigkeit einer planvollen Weiterentwicklung und auch einer artgerechten Dorfgestaltung. Neben der Sorge um die Agrarpolitik und -entwicklung ist dies ein Thema, das in fast allen Gemeindevertretungen und darüber hinaus mit den Bürgern am allermeisten diskutiert wird. Dies ist eine sehr gute Chance. Ich möchte in diesem Zusammenhang allerdings betonen, daß für meine Begriffe zu oft von Dorferneuerung, von anderen wieder von Dorfgestaltung gesprochen wird. Die Begriffe Erneuerung, Entwicklung und Gestaltung sollten immer in einem Zusammenhang gesehen und auch so diskutiert und nachher auch auf den Weg gebracht werden.

(Beifall bei der CDU)

Über die geschaffenen Infrastrukturmaßnahmen hinaus sind Probleme des Umfeldes und der **Landschaftsgestaltung** Aufgaben der nächsten Jahre. Landschaftspflegekonzepte, wie sie im Lande in Anfängen vorhanden sind, müssen meines Erachtens auch für andere Regionen entwickelt werden. Wir müssen feststellen, daß die vorhandenen Programme sowohl regional wie vielleicht auch in der Durchführung und Feinabstimmung in der Zielsetzung noch verbessert werden können.

Hinweisen möchte ich auch auf die anlaufenden Modelle im **öffentlichen Personennahverkehr**, auf die Konzepte Bahn/Bus hinweisen. Ich glaube, daß das Programm, das in den letzten Wochen vorgestellt worden ist, sehr dazu beitragen wird, den ländlichen Raum attraktiver zu gestalten.

(Hans-Klaus Solterbeck)

Der **Generalplan Abwasser** und seine Weiterentwicklung, auch die Aussage, die kürzlich veröffentlicht worden ist, die Bereitschaft der Landesregierung, Hilfeleistung auch für die Nachrüstung im Außenbereich zu geben, werden sehr positiv angenommen, und ich glaube, das wird dazu beitragen, daß die Entwürfe für die Sanierung beschleunigt zur Durchführung kommen können.

Die Aussage der Landesregierung, aber auch die schon erreichten Erfolge für den ländlichen Raum zeigen, daß es uns sehr ernst ist mit dem Schwerpunkt ländlicher Raum, und wir sollten alle begrüßen, daß dies so ist und weiterentwickelt wird.

Ein weiteres Angebot sollte auch im Bereich der Verwertung von Altgebäuden und der Betreuung der wirtschaftlich weniger geeigneten, aber landschaftlich um so wertvolleren Flächen gemacht werden. Hier sind auch gute Ansätze vorhanden; sie sollten weiterentwickelt werden.

Ich möchte zum Schluß sagen, daß wir eigentlich aus dem **ländlichen Raum** heraus immer darauf achten sollten, daß dieser Raum kein Restraum der Städte oder des Landes ist, sondern sehr wohl ein eigener **Schwerpunktraum** ist mit eigenem Gepräge, der auch entsprechend so zu behandeln ist.

Die Landesregierung hat hierfür sehr gute Ansatzpunkte geschaffen.

In einer Diskussion über Dorferneuerung wurde die Frage aufgeworfen: Was ist ein Dorf? Es gab sogar den Vorschlag, eine Kommission zu bilden, die dies einmal festlegen sollte. Das waren aber alles Theoretiker – zumindest in meinen Augen.

Ich meine estens, daß das **Dorf** – und das Dorf prägt den ländlichen Raum – zunächst einmal ein Miteinander ist, auch in schwieriger Zeit. Zweitens ist das Dorf ein Raum, wo man sich kennt, wo man allerdings auch weiß, was man voneinander zu halten hat. Das Dorf ist letztenendes auch Heimat.

Herr Präsident, ich bitte, hier ein Wort von Klaus Groth zitieren zu dürfen.

„Dor stünn een Hus dorachter, ach so schön so stünd se op de Welt nicht mehr to drapen! De Ruten blank, de Finster wiet und grön, de grote Husdör jümmer hell und open.“

Ich möchte hoffen und wünschen, daß unsere Politik sich so weiterentwickeln wird, daß dieser ländliche Raum sich auch in Zukunft hell und offen zeigen kann und daß er hell und offen ist für alle Bürger unseres Landes und auch für die Urlaubsgäste, die nach Schleswig-Holstein kommen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Herr Minister Flessner, Sie haben das Wort.

Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Bemerkung des Kollegen Sickmann gibt mir Veran-

lassung, noch einmal hier nach vorn zu kommen. Herr Sickmann hat bei seiner – zum Teil auch kritischen – Wertung des Berichts der Landesregierung unter anderem Bezug genommen auf Aussagen im Raumordnungsbericht und auf Zielsetzungen der Landesplanung hinsichtlich von Arbeitsplätzen. Er hat das dann mit der tatsächlichen Entwicklung verglichen und dann die Schlußfolgerung gezogen, daß die Landesregierung einer Politik der **passiven Sanierung der ländlichen Räume** das Wort rede. Dem möchte ich entschieden widersprechen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist zwar durch die Aussage des Kollegen Harms und auch durch die Darstellungen des Kollegen Solterbeck schon eigentlich richtiggestellt, aber ich will es doch mit wenigen Bemerkungen noch aus der Sicht der Landesregierung beleuchten.

Sie werden sich noch alle erinnern – ich glaube, das war zu einem Großteil Meinung des gesamten Hohen Hauses –, daß wir in den siebziger Jahren für den ländlichen Raum eine Konzeption hatten, in der vom ländlichen Raum als Wirtschafts-, als Lebens- und als Erholungsraum die Rede war. Die Aufgaben, die wir damals als Schwerpunkte gesetzt haben – zum Beispiel auch die bauliche Entwicklung – waren damals gegen die Gefahr der passiven Entwicklung in den ländlichen Gebieten gerichtet.

Das war die Antwort in den siebziger Jahren. Heute müssen wir natürlich andere Antworten finden, weil sich manche Rahmenbedingungen verändert haben. Aber um den Auftrag, den wir wahrzunehmen haben – auch im Rahmen der grundgesetzlichen Verpflichtung –, haben wir uns bemüht. Daß man nicht alle Träume erfüllen kann, daß man nicht in allen Bereichen mit Hilfe der Politik die Rahmenbedingungen so setzen kann, daß man zu **gleichwertigen Lebensbedingungen** auch in den **ländlichen Gebieten** kommt, ist Ihnen bekannt. Daß es dabei spezifische, regionale Erschwernisse und natürliche Erschwernisse gibt, ist Ihnen allen auch bekannt.

Wir haben das Instrumentarium der **Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes**. Das ist sozusagen auch die äußere Dokumentation des Bundes, Mittel zum Ausgleich für besondere Benachteiligungen zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie die Verlagerung in den Schwerpunkten gerade bei dieser Aufgabe sehen, werden Sie erkennen, daß wir versuchen, auf die heutigen Probleme die richtigen Antworten zu geben.

Bei einem Außenstehenden, der die Probleme nicht so genau kennt, könnte der Eindruck entstehen, daß diese Mittel, die annähernd 200 Millionen DM unseres Landeshaushalts ausmachen, schwerpunktmäßig für die Förderung der Landwirtschaft im engeren und im weiteren Umfeld gedacht sind.

Wenn Sie das aber einmal herausnehmen, was unmittelbar zur einzelbetrieblichen Förderung oder zur Flurbereinigung oder für andere mittelbare Aufwendungen zur Verfügung gestellt wird, werden Sie feststellen, daß der überwiegende Teil für die Verbesserung der Struktur in den ländlichen Gebieten ein-

(Minister Günter Flessner)

gesetzt wird. Hier wurden die Stichworte genannt: Abwasserbeseitigung und viele andere Bereiche.

Daraus können Sie doch erkennen, daß wir uns bemühen, dieses Instrument viel weiter zu betrachten, als nur mit Bezug auf die Landwirtschaft. Und das ist richtig so. Das wird durch andere Instrumente ergänzt, die der Politik zur Verfügung stehen, die im Wirtschaftsressort oder im Ressort des Innenministers angelegt sind.

Heute geht es eigentlich darum – wenn ich an die längerfristige Entwicklung denke –, eine **Dorferneuerung** zu betreiben. Man sollte dieses Wort nicht begreifen als eine Fördermaßnahme des Bundes und der Länder, sondern als eine zielgerichtete Aufgabe über das Jahr 2000 hinaus. Dorferneuerung ist eine Generationenaufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Wie wir das definieren, mit Inhalten gestalten, neue Schwerpunkte setzen, das ist die Antwort auf veränderte Rahmenbedingungen.

Ich glaube, wir alle stimmen überein, daß wir eine Krise in der **Agrarpolitik** haben und daß die **Krise** noch nicht überwunden ist. Da geht es nicht vordergründig um Preisverhandlungen oder um Währungsausgleich. Es geht vielmehr um einen neuen Abschnitt in der Agrarpolitik. Es geht darum, Wege aufzuzeigen, Lösungen zu finden, wie wir die Agrarproduktion für den Ernährungsbereich so einstellen, daß sie einer nachhaltigen Nachfrage entspricht, nämlich für etwa 320 oder 350 Millionen Menschen in Europa. Das ist ein sehr schwerer Einschnitt, und da kann man keine leichten Antworten finden.

Daß davon unser ländlicher Raum betroffen sein wird, davon sind wir alle überzeugt, das spüren wir. Und trotzdem müssen wir versuchen, diese schwierigen Fragen zu lösen. Das ist unser Auftrag. Aber ich wiederhole: im Sinne einer aktiven Gestaltung im ländlichen Raum. Und das verstehe ich unter dem Begriff Dorferneuerung.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Der Herr Abgeordnete Sickmann hat das Wort.

Manfred Sickmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Flessner, ich zitiere noch einmal, was ich ausgesagt habe. Ich habe festgestellt, daß in dem Bericht der Landesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume und der Gemeinden enthalten ist, daß auch in Zukunft keine **passive Sanierung der Regionen** vorgenommen werden soll. Ich habe dem die Aussage der Landesregierung zur Fortschreibung des Regionalplans entgegengehalten, in der gesagt wird, daß bis 1992 11 000 Arbeitsplatzsuchende auf den Arbeitsmarkt drängen werden und daß unter günstigen Voraussetzungen 4000 Arbeitsplätze geschaffen werden können – ich habe noch gesagt, wir würden uns als Sozialdemokraten freuen

–, so daß ein Defizit von 7000 Arbeitsplätzen in der im Regionalplan ausgewiesenen Fläche bleibt. Ich habe daraus zitiert, das bedeutet, daß wir uns auch in Zukunft auf eine passive Sanierung der Region einzustellen haben. Wenn 7000 Menschen keine Arbeitsplätze finden, dann ziehen sie fort. Dann ist das gleichbedeutend mit der passiven Sanierung.

Dann will ich Ihnen noch eines sagen: Es sind doch Ihre Freunde, zum Beispiel Herr Austermann und Herr Carstens gewesen, die auch gerade im Wahlkampf – Herr Kollege Meyer hat es gestern zitiert – den jungen Leuten immer wieder gesagt haben: Wenn Ihr qualifizierte Arbeitsplätze wollt, dann müßt Ihr nach Böblingen ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 12 auf.

Wanderung von Milchquoten, Änderung der Milchmengenverordnung

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/2033

Frau Abgeordnete Lindenmeier hat das Wort zur Begründung.

Maria Lindenmeier [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde hier keinen Wahlkampf veranstalten. Ich werde hier zur Chronologie unseres Antrages und zur Notwendigkeit sprechen, gemeinsam zu handeln.

Zur Chronologie: Das Instrument Milchquote versagt zusehens bei der **Überschußbegrenzung**. Die Probleme sind weiter ungelöst. Die Bundesrepublik hat ihre nationale Garantiemenge von 23 423 Millionen Tonnen am 31. März weit übertroffen. Die Schätzungen liegen bei 580 Millionen Tonnen mehr, ohne Berücksichtigung der Milchmengen, für die aufgrund des erhöhten Fettgehalts eine Abgabepflicht bestand.

Die EG schlägt weitere einschneidende Kürzungen der Milchmengen vor, 9,5 %. Die Bundesregierung muß erkennen, daß angesichts der jetzigen Liefermengen auch diese Kürzungen nicht dauerhaft ausreichen werden.

Hohe Konventionalstrafen stehen ins Haus.

Die bisherigen Milchrenten werden nicht schnell genug und nicht in ausreichendem Maße angenommen, was auch kein Wunder ist; denn inzwischen ist die Milchquote zu einem Wirtschaftsgut geworden, das zu phantastischen Preisen gehandelt wird. Die CDU bekommt die Milchmenge nicht in den Griff. Trotz der schmerzhaften Kürzung von 9,5 % ist weitere Überproduktion vorprogrammiert.

In dieser Situation überlegt man, wo der Staat noch Quoten ansammeln kann, und man verfällt – das ist

(Maria Lindenmeier)

symptomatisch – auf die kleinen, schwachen, aufgebenden Betriebe oder die, die Land abverkaufen müssen.

Die Bundesregierung will eine Notverordnung erlassen und veröffentlicht diese dann auch später im Generalbundesanzeiger, um den Vertrauensschutz zu wahren. Der Inhalt: Von Flächen, die den Besitzer oder Pächter wechseln, sollen nicht wie bisher 20 % der darauf ruhenden Quoten, sondern 80 % an den Staat fallen.

Es folgen hektische, ja fiebrige Vorgänge auf dem Bodenmarkt. Die Landesgesellschaft arbeitet fast Tag und Nacht – so kann man sagen –, um Anträge zu bewältigen. Quoten wandern mit Windeseile. Wohin? – Zu finanzstarken Betrieben, zu Betrieben, die bereits über hohe Lieferrechte verfügen. – Ja, das ist nicht so schön, es wäre aber doch gut, wenn Sie sich das anhörten; denn diese Dinge vollziehen sich manchmal, ohne daß wir das hier im Parlament mitkriegen.

(Beifall bei der SPD)

Gut Behl im Kreis Plön ist nur ein Beispiel für viele. Hier sind – wie Sie wissen – 1,5 Millionen l Milchmenge an einen Betrieb gegangen, der bereits über 1,8 Millionen l verfügte. Die kleinen Landwirte, die 40 bis 50 Kühe im Stall haben, konnten nichts abbekommen. Meine Damen und Herren, wir brauchen aber gar nicht von solchen spektakulären Fällen zu sprechen. Ein mir bekannter Bauer erzählte mir, sein Nachbarbetrieb habe aufgegeben. Auch diese Quoten seien an einen großen Betrieb gegangen, dessen Besitzer er als neuen Nachbarn auf dem Land habe begrüßen wollen. Der aber sagte: „Nachbar? – Das Land interessiert mich überhaupt nicht, ich habe nur die Quoten gekauft.“

Meine Damen und Herren, so wird das Prinzip der **Flächenbindung** der Quoten, das ursprünglich umweltfreundlich konzipiert war, ad absurdum geführt.

Weiter in der Chronologie! Die SPD erkannte die Gefahr, die in den vorgeschlagenen Maßnahmen lag, alarmiert durch die Betroffenen, die gerade mit Hilfe unseres gemeinsamen Konsolidierungsprogramms und durch Landabverkäufe ihre Existenz sichern wollten. Es brachen ganze Finanzierungskonzepte zusammen, und der Bodenwert drohte um 5000 bis 6000 DM pro ha abzusacken. Die Banken waren dabei, ihre Beleihungsgrenzen zu überprüfen.

Das war die Situation, als wir in der vorigen Landtagstagung unseren Dringlichkeitsantrag einbrachten, um die Fehlentwicklung in letzter Minute zu verhindern und einen gangbaren Weg vorzuschlagen. Es spricht wirklich nicht für die Wachsamkeit dieses Parlaments und der CDU-Mehrheit, daß sie eine offene parlamentarische Auseinandersetzung verhindert und unseren Dringlichkeitsantrag niedergestimmt hat.

(Beifall bei der SPD)

Statt dessen erhielt ich Ihren offenen Brief. Herr Minister, in dem Sie von dem gemeinsamen Anliegen

sprachen. Sie stellten fest, einer unerwünschten Anhäufung von Milchquoten in einer Hand sei mit den vorgeschlagenen Regelungen Rechnung getragen.

In der Tat gibt es eine gemeinsame Verpflichtung, und ich erinnere alle in diesem Hause – auch die rechte Seite – an die einstimmigen Beschlüsse, die im Juli 1986 im Bundesrat gefaßt worden sind. Ich darf zitieren, Herr Präsident:

„Der Bundesrat ist einstimmig der Auffassung, daß dem weiteren Konzentrationsprozeß in der Tierhaltung und dem Entstehen von Agrarfabriken mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln begegnet werden muß. Dies ist zur Erhaltung und Sicherung einer bäuerlichen Landwirtschaft unerlässlich und dient auch dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen.“

Ich nehme Ihnen den in Ihrem Brief erklärten politischen Willen ab, aber es war eben nur die halbe Wahrheit, Herr Minister; der Rest ist Ratlosigkeit bei der Eindämmung der Milchproduktion.

Noch ein Zitat – mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –:

„Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzuehend immer Böses muß gebären.“

So Schiller in seinem Wallenstein, und der hat es vom Aischylos. Ich bin kein bißchen schadenfroh, wenn ich feststellen kann, daß dies voll auf die böse Fehlentscheidung über die Milchquote in der Agrarpolitik zutrifft,

(Beifall bei der SPD)

an der wir noch Jahre zu kauen haben werden.

Das Ding werden wir so leicht nicht wieder los, auch wenn wir es gemeinsam wollen.

Inzwischen zeigt sich, daß die erforderliche Mehrheit im Bundesrat für die Regierungsvorschläge nicht zu erreichen ist. Das Gesetz war dilettantisch gemacht und mit schweren, von mir teilweise geschilderten Mängeln behaftet.

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Typisch CDU-Agrarpolitik!)

Nun komme ich zu der Notwendigkeit und zu dem Aufruf, gemeinsam zu handeln. Aus diesem Grunde legen wir heute erneut unseren Antrag vor. Wir greifen im übrigen mit diesem Antrag auch ein Anliegen der Landjugend auf, die dieses in der Anhörung des Agrar- und Umweltschutzausschusses vorgetragen hat.

Warum ist es so dringlich, zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft zu handeln?

1. Die nächsten zwei bis drei Jahre sind von entscheidender Bedeutung für die landwirtschaftliche Struktur in unserem Land.

2. Die Entscheidung über diese künftigen Strukturen fällt zuerst, aber auch endgültig bei Milchviehhaltenden Betrieben. Geht die Kuh vom Hof, kommt sie nicht wieder – das haben wir alle nur zu oft erfahren.

(Maria Lindenmeier)

Das Zusammenleben von Mensch und Tier mit seinem positiven Erleben, aber auch mit seiner Plackerei ist damit zum Ende gekommen. Grünland wird umgebrochen, wieder ein Stück Grasnarbe, die unseren Boden schützt, wegoperiert. Wieder wird ein Stück Kreislauf preisgegeben. Diese Entwicklung geht voll zu Lasten der vielbeschworenen bäuerlichen Landwirtschaft.

Die immer knapper werdenden Liefermengen geraten in die falschen Hände. Nicht die Familienbetriebe haben den Nutzen. Boden und Quoten wandern zum immer größer werdenden Betrieb.

(Beifall bei der SPD)

Als ich vor anderthalb Jahren in einer Kleinen Anfrage nach der Konzentration von Boden und Kapital in der Landwirtschaft fragte, antworteten Sie, Herr Minister, das gäbe es nicht. Würden Sie heute noch die gleiche Antwort geben können? Die landwirtschaftliche Nutzfläche hat sich seit 1960 nur um etwa 3 % verringert, aber 13 000 Bauern gaben seit 1970 auf, und zwar vermehrt Betriebe unter 50 ha. Die Schrumpfung der Betriebszahl ging also einher mit einem starken Konzentrationsprozeß.

Nun haben wir die Überschüsse am Milchmarkt, und auch diese sind zum großen Teil das Ergebnis einer ständigen Förderung der produktionsstärkeren Betriebe und einer Beratung zu immer intensiverer Produktionsweise. Ich erinnere hier an die Warnungen, die die SPD dieses Landes in den Ausschußberatungen in den vergangenen Jahren immer wieder ausgesprochen hat.

(Beifall bei der SPD)

Ständig ist der **Produktionszuwachs** gestiegen und wurde auch staatlich belohnt. Flächenabhängig wirtschaftende Klein- und Mittelbetriebe, die heute die Hauptlast der Überschußbeseitigung tragen müssen, waren am wenigsten beteiligt an der Entstehung. Die Kombination von vorübergehender und dauerhafter Quotenkürzung begünstigt das Ausscheiden kleiner und mittlerer Betriebe, und sie gefährdet langfristig die gewachsenen landwirtschaftlichen Strukturen.

Ich will hier nicht im einzelnen auf die Rechtsgrundlagen eingehen – Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen –, die von unserem Antrag berührt werden. Ich will nur feststellen, daß es sich nicht etwa um ein Verbot von betrieblicher Viehhaltung über bestimmte Bestände hinaus handelt. Wir kennen sehr wohl die grundgesetzlichen Diskussionen. Aber ohne Frage kann ein Staat, der in seiner Förderungspolitik verantwortungsbewußt ist, betriebliche Förderung auf bestimmte **Bestandsobergrenzen** begrenzen. Wir haben ausreichende Einwirkungsmöglichkeiten nach dem Gesetz zur Verbesserung der Agrarstruktur und zur Sicherung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, nach dem Grundstückverkehrsgesetz und anderen Gesetzen, wenn nur der politische Wille ernsthaft vorhanden wäre.

(Fritz Latendorf [CDU]: Aber sehr verehrte Frau Lindenmeier! Das stimmt doch einfach nicht!)

Ich habe hier versucht, darzustellen, wie dringlich es ist, gemeinsam zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft zu handeln.

(Fritz Latendorf [CDU]: Wie können Sie das so behaupten?)

Meine Damen und Herren, ich möchte dies noch einmal nachdrücklich begründen und berufe mich dabei auf Prof. Heydemann.

(Zurufe von der CDU)

– Ja! Wir stehen an einer Wende, wo sich kurzfristig entscheiden wird – ich unterscheide mich auch hier ganz nachdrücklich von dem, was Herr Dr. Barschel hier gesagt hat; lassen Sie uns das überlegen –, ob der Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft gelingt oder ob der Weg in die industrielle landwirtschaftliche Produktion führt, in der dann die Landwirte nur noch Zulieferanten sein werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben hier stets von den Menschen gesprochen, deren Lebensinhalt die Landwirtschaft ist und die es zu schützen gilt. Wir müssen aber auch darüber sprechen, wie es mit der Erhaltung unserer aller Lebensgrundlagen steht. Wer wird in Zukunft den Boden schützen können, den Boden, der den einzigen natürlichen Filter für alle die Stoffe darstellt, die im Kreislauf der Industriegesellschaft entstehen und für die der Boden – der arme Boden, sage ich – den einzigen schützenden Filter darstellt?

Meine Damen und Herren, das muß man sich einmal in aller Eindringlichkeit vorstellen, ehe es zu spät ist. Wird dieser Boden für eine **industrielle landwirtschaftliche Produktion** in Anspruch genommen, so ist er zur Erfüllung dieser für unsere Gesellschaft unersetzlichen Funktion unwiederbringlich verloren. Wenn wir diesen Prozeß, der vehement zu verlaufen droht, nicht erkennen und ihm nicht mit einer verantwortungsbewußten Agrarpolitik begegnen, dann werden wir unserer Verpflichtung, die Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu erhalten, nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie ich versprochen habe, habe ich hier keinen Wahlkampf gemacht.

(Widerspruch bei der CDU)

Ich denke, es wäre wichtig, daß Sie diesem Antrag zustimmen und damit zeigen, daß es gemeinsame Anliegen verantwortlicher Politiker in allen Parteien gibt.

(Beifall bei der SPD – Fritz Latendorf [CDU]: Das letzte will ich durchaus anerkennen, das erste nicht!)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Minister Flessner hat das Wort.

Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zu dem Antrag der SPD-Fraktion Stellung nehme – das werde ich dann doch etwas detaillierter tun müssen –, möchte ich einige Bemerkungen an Sie, Frau Kollegin Lindenmeier, richten, die Sie sich etwas grundsätzlicher zu den Fragen, die mit dem Antrag möglicherweise verbunden sind, geäußert haben. Es sind drei Bemerkungen.

Erstens: Man lernt schon in den ersten Stunden des Betriebswirtschaftsunterrichts in der Landwirtschaftsschule, daß es einen betriebswirtschaftlichen Grundsatz gibt, der da heißt: Die Wanderung des Bodens zum besseren Wert. Das hat es schon immer gegeben, und das wird es auch in Zukunft geben. Das können Sie mit noch so vielen staatlichen Steuerungselementen nicht verbieten.

Damit will ich nicht sagen, daß alles, was auf diesem Sektor geschieht, unsere Zustimmung findet. Ich wollte nur daran erinnern: Dieses Prinzip können wir nicht aufheben.

Zweitens: Sie haben manche Aspekte der Milchquotenregelungen kritisch beleuchtet. In vielen Punkten stimmen wir ja überein. Das Hauptübel liegt darin, daß durch die Einführung einer **Quotenproduktion** in der Milchwirtschaft ein planwirtschaftliches Element eingeführt worden ist.

(Frau Maria Lindenmeier [SPD]: So ist es!)

Ich räume ein: Die SPD hat sich nie dafür ausgesprochen. Aber Sie werden mir auch zugestehen, daß ich hier sage: Ich habe mich ebenfalls nie dafür ausgesprochen.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Ich habe mich zwar mit meinen Äußerungen zurückgehalten, weil auch ich keine bessere Alternative habe entwickeln können, wie man das **Mengenproblem** lösen könnte. Aber wir können aus diesen Erfahrungen der letzten Jahre – sowohl im Positiven als auch im Negativen, vor allem aber im Negativen – ersehen, daß der Staat eben nicht in der Lage ist, wenn es etwas zu verteilen gibt, dies so gerecht zu tun, daß alle Leute zufrieden sind.

Unsere soziale Marktwirtschaft, die wir weiterentwickeln – und sie hat manchmal auch ihre Schwächen, gerade im Bereich der Agrarpolitik –, wird durch ein solches Element natürlich eher belastet. Deshalb möchte ich abschließend zu diesem Punkt sagen – weil es eben auch in meiner eigenen Partei bei manchen Fragen durchaus unterschiedliche Auffassungen gibt, auch unter den Bundesländern und auch innerhalb des Berufsstandes –: Niemand soll glauben, daß eine Landwirtschaft, die in weiten Teilen ihrer Produktion von einer Quotierung abhängig ist, eine richtige und geeignete Perspektive für die Zukunft sei.

Drittens: Sie haben einen Betrieb in Schleswig-Holstein angesprochen, der mit einer sehr guten Quote ausgestattet ist und sich darum bemüht hat,

eine zusätzliche Quote zu erhalten. Sie haben so getan, als sei dies vollzogen.

Ich meine nun, Ihnen bereits auf den verschiedensten Ebenen mitgeteilt zu haben, daß das Anliegen, eine solche Erweiterung der Quote durch ein Pachtverhältnis zu erreichen, zwar vorgetragen worden ist, daß wir diesen Pachtvertrag jedoch beanstandet haben; daraufhin ist dieser Pachtvertrag zurückgezogen worden. Das ist der gegenwärtige Stand.

(Maria Lindenmeier [SPD]: Ich bitte um Entschuldigung, das habe ich dann übersehen!)

– Sie haben dies als ein Faktum dargestellt; und ich habe Ihnen jetzt den Sachstand berichtet. Damit ist allerdings nicht auszuschließen, daß sich solche Bestrebungen wiederholen. Ich wollte Ihnen hier nur den Sachstand schildern.

(Beifall bei der CDU)

Nun aber möchte ich zu dem Antrag selbst Stellung nehmen, meine Damen und Herren! Die grundlegenden Bestimmungen zur Einführung der Milchquoten sind im Jahre 1984 vom **EG-Ministerrat** getroffen worden. Der Ministerrat hat damit übernationales Recht geschaffen, das für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist. Hierauf muß ich zunächst einmal hinweisen, um nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, Bundesrat oder Bundesregierung seien frei in ihren politischen Entscheidungen. Das sind sie nicht.

Gleichwohl mußte die Bundesregierung verschiedene Regelungen, die ich hier nun nicht im einzelnen behandeln will, in nationales Recht umsetzen. Außerdem hat sie von der Ermächtigung, die das EG-Recht vorsieht, Gebrauch gemacht.

Seit 1984 hat die Bundesregierung die von ihr getroffenen Regelungen mehrfach erweitert und geändert. Dazu benötigte sie die Zustimmung des Bundesrates, das heißt, die Bundesregierung mußte bereit sein, gegebenenfalls auch Kompromisse einzugehen.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Sie konnte aber auch nicht alle Forderungen – zum Beispiel wegen der EG-Bestimmungen oder wegen fehlender Mehrheiten im Bundesrat – berücksichtigen. Dies gilt leider auch für einige Forderungen, die wir gern durchgesetzt hätten.

Die jetzt geltenden Bestimmungen über die Milchquotenregelung befriedigen keineswegs in vollem Umfang. Darin weiß ich mich mit vielen Praktikern einig. Auch als Agrarpolitiker bin ich mit einigen Regelungen nicht einverstanden. Nicht einverstanden bin ich zum Beispiel damit, daß auf legalem Wege eine ungesunde Anhäufung von Quoten in einer Hand möglich ist.

Durch die Einführung der **Milch-Garantiemengenregelung** ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft erschwert worden. Bei Verkauf und Verpachtung von Teilflächen können als Grundlage für die Milchproduktion jeweils nur Garantiemengen von 5000 kg je ha übertragen werden. Dennoch ist es in Einzelfällen, in denen ganze Betriebe hinzugekauft

(Minister Günter Flessner)

wurden, zu einer agrarpolitisch unerwünschten Anhäufung von Milch-Garantiemengen in einer Hand gekommen. Sie haben recht: Das Beispiel, das Sie nannten, ist nicht das einzige Beispiel.

Um einer solchen Entwicklung entgegenwirken zu können, habe ich den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bereits mit Schreiben vom 29. Dezember 1986 und noch einmal mit einem Schreiben vom 28. Januar 1987 gebeten, eine Regelung zu treffen, die es ermöglicht, 40 % der von einem Rechtsgeschäft erfaßten **Referenzmenge** zugunsten der Bundesrepublik Deutschland freizusetzen, wenn dieses Rechtsgeschäft zu einer volkswirtschaftlich ungesunden Anhäufung von Referenzmengen in einer Hand führen würde.

Der Bundesminister hat ohne die Eingrenzung auf Fälle einer ungesunden Anhäufung vorgeschlagen, ab Beginn des Milchwirtschaftsjahres 1987/88

(Glocke des Präsidenten)

– wenn ich diesen Gedanken zu Ende vorgetragen habe, lasse ich gern eine Zwischenfrage zu – jeden Referenzmengenübergang mit einer Kürzung um 80 % zu belasten. Diese Absicht ist auch in einer Bekanntmachung im Bundesanzeiger vom 26. März 1987 veröffentlicht worden.

Sie wollten eine Frage stellen?

(Maria Lindenmeier [SPD]: Nein!)

– Okay!

Aufgrund dieses sehr weitgehenden Vorschlages hatte ich zunächst keine Veranlassung mehr, meinen Vorschlag weiter zu verfolgen. In den inzwischen durchgeführten Besprechungen zwischen Bund und Ländern hat sich jedoch herausgestellt, daß der Vorschlag des Bundesministers in dieser Form nicht durchsetzbar ist. In der Siebenten Änderungsverordnung zur Garantiemengenverordnung vom April 1987 ist dieser Komplex daher zunächst nicht geregelt worden.

Nachdem damit deutlich geworden ist, daß die von mir angesprochene Problematik in anderen Bundesländern offensichtlich weniger schwerwiegend beurteilt wird, halte ich eine erneute eingehende Meinungsbildung im Lande für erforderlich.

Der Bundesminister sieht es jedoch nach wie vor als erforderlich an, durch eine stärkere Kürzung der Referenzmenge beim Übergang von Flächen durch Kauf und Pacht die Bereitschaft zu einer stärkeren Inanspruchnahme der angebotenen **Milchrente** und damit zum weiteren Abbau des in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Referenzmengenüberhangs zu verstärken.

Für die Ausgestaltung dieses Vorhabens werden derzeit verschiedene Alternativen erwogen. Aus diesem Grund halte ich es für erforderlich, auch in Schleswig-Holstein in eine erneute eingehende Meinungsbildung einzutreten.

Ich weiß, daß der Bund auch die von mir seinerzeit vorgeschlagene 40-%-Regelung jetzt in seine Überlegungen einbezieht. Ebenso gibt es Überlegungen an-

derer EG-Staaten, einen höheren Prozentsatz als die derzeit bei uns geltenden 20 % zugunsten des Staates abzuziehen, wenn der Käufer von Flächen mit Lieferrechten bereits über ein höheres Lieferrecht verfügt. Ferner gibt es Vorschläge, bei ungesunder Anhäufung von Lieferrechten in einer Hand eine Regelung einzuführen, die sich an das Grundstücksverkehrsgesetz anlehnt. Das waren ja auch meine Gedanken hier.

Wir sollten diese Vorschläge und eventuell auch andere Überlegungen aus anderen Bundesländern und EG-Staaten in unsere eigene Meinungsbildung einbeziehen. Ich empfehle daher, den von der SPD gestellten Antrag zur Beratung an den Agrar- und Umweltschutzausschuß zu überweisen. Für die im Agrarausschuß vorzunehmende Beratung halte ich allerdings zwei Hinweise schon jetzt für wichtig.

1. Ein totaler Ausschluß des Referenzmengenübergangs bei der Durchführung von Kauf- oder Pachtverträgen ist ohne eine Änderung der EG-Grundverordnung – jetzt muß ich Sie auch noch mit Zahlen belämmern – Nummer 857 aus 1984 des Rates nicht möglich. Nach Artikel 7 dieser Verordnung geht mit jeder Flächenübertragung auch die daran gebundene Referenzmenge auf den Erwerber über. Die Mitgliedsstaaten sind lediglich ermächtigt vorzuschreiben, daß bei Übertragungen ein Teil der Referenzmenge zugunsten der staatlichen Reserve freigesetzt wird.

2. Schleswig-Holstein hat zwar einen solchen Abzug nicht abgelehnt, sich aber bei der Durchführung von Agrarmarktordnungen bisher stets mit Nachdruck gegen Differenzierungen ausgesprochen. Daran sollten wir festhalten. Aufgrund der geschichtlichen Entwicklung liegen die durchschnittlichen Betriebs- und Bestandsgrößen in unserem Land höher als in anderen Bundesländern. Sie müssen aber auch höher liegen, um die Mehrkosten aus der Marktkferne und andere wirtschaftliche und natürliche Nachteile – wie zum Beispiel die Wasserhypothek in unseren Grünlandgebieten – ausgleichen zu können. Wollte man Differenzierungen auch im marktwirtschaftlichen Bereich anwenden, so würde man dadurch auch und gerade die gesunden und wettbewerbsfähigen bäuerlichen Betriebe schwächen. Auch hierüber sollten wir im Agrar- und Umweltschutzausschuß eingehend beraten, bevor wir ein Votum abgeben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Detlefsen hat das Wort.

Max Werner Detlefsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Ludwig Erhard

(Fritz Latendorf [CDU]: Aha!)

(Max Werner Detlefsen)

– und das bei diesem Thema zitiert! – hat gesagt, ein bißchen Planwirtschaft ist ebensoviel wie ein bißchen schwanger.

(Heiterkeit – Hans Wiesen [SPD]: Und deswegen haben Sie soviel Planwirtschaft gemacht, was? – Manfred Sickmann [SPD]: Und danach habt ihr ihn gestürzt! – Rolf Selzer [SPD]: Gibt es denn ein bißchen Schwangerschaft? – Wilhelm Hollmann [CDU]: Probieren Sie es doch mal aus!)

Quoten – das muß nun einmal zugegeben werden – sind reinste Planwirtschaft. Wir haben jetzt die siebte Änderung in drei Jahren. Und darüber gibt es auch keinen Zweifel: Jede neu erdachte Lösung bringt dann wieder zwei neue Probleme. Das muß man in aller Deutlichkeit so sagen.

(Manfred Sickmann [SPD]: Wem sagen Sie das? – Günter Neugebauer [SPD]: Damit rennen Sie doch offene Türen ein!)

– Ganz ruhig bleiben!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Milchmengenregelung** ist nur als Notbremse mit in den siebziger Jahren abgefahrenen Reifen zu verstehen.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Und wir sind aus dem Schleudern noch nicht heraus,

(Rolf Selzer [SPD]: Das war die Pflicht, jetzt kommt die Kür!)

Aber – darauf lege ich großen Wert – wir sind auch noch nicht gegen den Baum gefahren.

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

Und das ist in dieser sehr schwierigen Situation schon sehr viel.

(Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Der Minister hat darauf hingewiesen, daß jeder Änderungswunsch die rechtlichen Grundlagen der **EG-Grundverordnung** aus 1984 berücksichtigen muß. Bei einer Übertragung ist nur ein Teileinbehalt möglich. Bei uns gelten 5000 l je Hektar, davon 20 %. Bundesregierung und Bundesrat sind hier also in keinem freien Gestaltungsrahmen. Auch das muß man berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, das sollte die SPD-Fraktion wissen, und sie weiß es.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Deshalb sollte sie nicht Erwartungen wecken, die so nicht erfüllt werden können.

(Beifall bei der CDU)

Der Dringlichkeitsantrag vom März war eine Schaulage. Der gleichlautende heutige Antrag möchte Stimmungen, die im Land vorhanden sind, auffan-

gen. Aber ohne EG-Rechtsänderung sind Ihre Vorschläge nicht realisierbar.

(Maria Lindenmeier [SPD]: Regieren wir oder Sie?)

Ich weise nur darauf hin, daß wir an EG-Rechtsetzung gebunden sind.

Die in Ihrem Antrag, Frau Kollegin, genannte Grenzziehung von 400 000 l ist willkürlich.

(Maria Lindenmeier [SPD]: Nein! – Hans Wiesen [SPD]: Das ist jede Grenzziehung!)

Sie ist von Ihrer Seite in keiner Weise begründet worden. Sie verrät Absicht. Darum ist man verstimmt.

Ich möchte darauf hinweisen, daß nur 1 % der Kühe in Beständen von über 100 Kühen stehen. Sie müssen also auch hier die Realität mit bedenken.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr vernünftig!)

Aber, meine Damen und Herren, nach Aussagen von Dr. Klingner ist Wahlzeit ja Showtime. Ich bezeichne diesen Antrag als ein wenig hilfreiches Manöver, und, verehrte Frau Kollegin, er verrät viel Planungsgläubigkeit; denn das, was Sie an Lösungen vorgeschlagen haben, ist nun wirklich reinste Planwirtschaft.

(Rolf Selzer [SPD]: Böse Sozialisten!)

Zweiter Punkt! Bei der Einführung sollte die Quote keinen Geldwert erhalten. Mit der **Milchrente** und der **Übertragungsmöglichkeit** ist aber für den, der aufgibt, ein Geldwert entstanden. Es ist sehr bedauerlich, daß dieser Geldwert nicht zu einer Finanzierung der Vorruhestandsregelung herangezogen wird. Dafür gibt es in der EG noch keine Mehrheit. Hier wäre aber ein interessantes Instrument zur Finanzierung einer Vorruhestandsregelung gegeben.

Dritter Punkt! Strukturwandel ist immer schmerzlich. Das bedenken wir mitunter nicht, wenn wir sagen, die Strukturen müssen geändert werden. Strukturwandel ist immer schmerzlich, aber – Tatsache und alle Erfahrung bestätigen dies – auch ein Bedürfnis. Die Struktur kann man nicht festschreiben. Wir haben unter Beachtung der Normen Vertragsfreiheit. So werden die Vorteile gegenseitig ausgeglichen.

Der in diesen Tagen diskutierte höhere Einbehalt bei Übertragung soll die Attraktivität der Milchrente verbessern, damit die bei den Härtefallregelungen – der Minister Matthiesen war daran sehr aktiv beteiligt –

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig! – Thomas Lorenzen [CDU]: So ist es! Ja, ja!)

zuviel verteilten Mengen wieder eingefangen werden können. Nur so kann eine weitere Zwangskürzung verhindert werden. Frau Lindenmeier hat darauf hingewiesen, daß die nationale Quote von 23,4 Millionen t im letzten Milchwirtschaftsjahr um gut 500 000 t überschritten worden ist. Deshalb gibt es in dieser Frage viel zu tun.

(Max Werner Detlefsen)

Ich beantrage Überweisung des Antrages an den Agrar- und Umweltschutzausschuß.

Ich fasse zusammen. 1. Mit Quoten gibt es immer Ärger.

(Rolf Selzer [SPD]: Mit uns auch!)

Wenn die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse in unseren Milchviehbetrieben noch vertretbar sind, dann hängt das damit zusammen, daß die Betriebsmittelkosten erfreulich zurückgegangen sind.

2. Änderungswünsche müssen die EG-Rechtssetzung beachten. Hier haben wir leidige Erfahrungen vor manchen Gerichten sammeln müssen. Aber ich darf an das erinnern, was der Müller von Sanssouci seinem König unter Hinweis auf das Kammergericht gesagt hat. Hier hat EG-Recht Geltung.

(Manfred Sickmann [SPD]: Was hat er denn gesagt?)

3. Die Milchrente muß attraktiver gestaltet und mit einer Vorruhestandsregelung gekoppelt werden. Hier ist ein höherer Einbehalt denkbar.

4. Keine weitere Differenzierung; denn jede weitere Differenzierung würde die schleswig-holsteinischen Betriebe sehr hart treffen.

5. Wir haben – damit wir wissen, wovon wir reden – in der Bundesrepublik über 500 000 t Überlieferung. In Schleswig-Holstein sind bis zum Februar 30 000 t übertragen worden, bei einer Gesamtreferenzmenge von 2,1 Millionen t. Das, was hier diskutiert wird, ist also ein ganz schmaler Bereich, und von diesen 30 000 t sind keine 6000 t einbehalten worden. In diesem Bereich gibt es Möglichkeiten, und deshalb hatte ich den Antrag auf Überweisung an den Agrarausschuß gestellt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber noch folgendes sagen. Der Abgeordnete Selzer hat am Dienstag einem Fraktionskollegen empfohlen, er möge doch in den Kuhstall gehen. Verehrter Herr Kollege, in der Tonlage war ein Hochmut, der bestürzt macht.

(Rolf Selzer [SPD]: Dann seien Sie mal bestürzt!
– Beifall bei der SPD)

Der Abgeordnete Gunnesson mußte sich von Schülern am gleichen Tage seine nicht zu bremsende Arroganz bestätigen lassen. Ich sage, meine Damen und Herren, Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei der CDU – Rolf Selzer [SPD]: Aber es hat gegessen!)

Präsident: Rudolf Titzck:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Lindenmeier.

Maria Lindenmeier [SPD]:

Herr Präsident, ich habe mich noch einmal ganz kurz zu Wort gemeldet. Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich bedauere es, wir hätten weiter sein können, und Sie hätten die Willensbildung dieses Parlaments mitnehmen können in die Verhandlungen

im Bundesrat. Briefe an Herrn Kiechle in allen Ehren, aber die Frage ist doch, wie sich die Regierung verhalten hat, als im Bundesrat die von Klaus Matthiesen angeregte **Bestandsbegrenzung** behandelt wurde.

Gut, wir sind mit der Ausschlußüberweisung einverstanden. Wir hätten hier auch abstimmen können, denn wir haben Zeit verloren. Wir möchten aber zwei Dinge – und das ist so etwas wie eine Bedingung – sichergestellt haben, nämlich einmal, daß das, was heute hier diskutiert worden ist, auch schon wieder Eingang findet in die laufenden Beratungen, und daß Sie zum anderen unseren Willen ernst nehmen, daß die aufgebenden Kleinbetriebe unter dieser Maßnahme nicht zu sehr leiden und daß die **Bodenwerte** nicht zerstört werden.

Nun zu dem, was der Kollege Detlefsen gesagt hat. Sie sagten, es sei ein kleiner Bereich gewesen, und die Zahlen, die Sie zitiert haben, waren aus der Vergangenheit. Da war aber hier was los im Karton, auf dem Bodenmarkt und überall. Da ist aber etwas passiert. Das war nicht nur ein kleiner Bereich; da lief so viel ab, und das wissen Sie auch sehr genau.

Ein abschließendes Wort zum Strukturwandel. Bitte, vereinfachen Sie doch die Dinge nicht so. **Strukturwandel** darf nicht ausschließlich „wachsen und weichen“ heißen.

Präsident: Rudolf Titzck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Latendorf?

Maria Lindenmeier [SPD]:

Ja, aber lassen Sie mich eben den Gedanken zu Ende führen. Strukturwandel muß heißen, daß die Landwirtschaft die Möglichkeit hat, zu einer vielfältigen Gestalt zurückzukehren, die ihr gestattet, auf den echten Bedarf nach Nahrungsmitteln, nach Erhalt der Landschaft und nach dem übrigen Bedarf der Gesellschaft gegenüber der Landwirtschaft flexibel zu reagieren. – Wollen Sie nun etwas?

Fritz Latendorf [CDU]: Frau Kollegin, ich will die Debatte nicht verlängern und auch gar nicht kommentieren. Nur die Frage an Sie sei gestattet: Haben Sie bei Ihren Betrachtungen über Quotierung, Einziehen von Obergrenzen und so weiter berücksichtigt, daß der schleswig-holsteinische Durchschnittsbetrieb 33 Kühe pro Bestand hat, während der Bundesdurchschnitt bei 17 liegt? Daraus resultiert die Frage: Haben Sie berücksichtigt, was eine – wie auch immer gear-tete – Einziehung von Obergrenzen für den schleswig-holsteinischen Durchschnittsbetrieb in der Produktionsbegrenzung beinhalten würde?

– Darf ich noch in der Zeit antworten, Herr Präsident? – Herr Kollege, unser Antrag zeigt doch gerade, daß wir versucht haben, dies zu berücksichtigen.

(Hans Wiesen [SPD]: Na klar zeigt er das! – Fritz Latendorf [CDU]: Aber nicht bei dem Bundesdurchschnitt!)

(Maria Lindenmeier)

– Okay, wir diskutieren das im Ausschuß. Wir sind einverstanden, daß das an den Ausschuß überwiesen wird; wir können dann gemeinsam versuchen, das Beste zu tun.

(Beifall)

Präsident: Rudolf Titzck:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist gebeten worden, den Antrag der SPD, Drucksache 10/2033, dem Agrar- und Umweltschutzausschuß zu überweisen. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, daß wir den Tagesordnungspunkt 11 jetzt aufrufen, um die Zeit, die wir noch vor der Mittagspause haben, zu nutzen.

Landesverordnung über die Schule für Geistigbehinderte

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/2025

Herr Abgeordneter Arens begründet diesen Antrag.

Heinz-Werner Arens [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einige allgemeine Begründungen zu dem vorgelegten Antrag, mit dem wir gern erreichen wollen, daß für geistig behinderte Jugendliche die Möglichkeit besteht, einen beweglicheren, mehr fördernden Übergang in die Berufsausbildung beziehungsweise ins Berufsleben zu schaffen.

Es ist vielleicht ganz gut, auch einige Hinweise darauf zu geben, aus welcher gesellschaftlichen Position und aus welchem Selbstbewußtsein heraus man diese Maßnahme begründet. Es wird so häufig, und davon sind wir in der Politik sicherlich auch nicht frei, von der Vorstellung ausgegangen, Behinderte brauchten die Gesellschaft. Dieser Satz ist, so gesprochen, unzulänglich und falsch.

(Beifall bei der SPD)

Behinderte brauchen die Gesellschaft, so wie die Gesellschaft die Behinderten braucht.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, eine Gesellschaft, die sich von ihren Behinderten trennt, wird menschlich ärmer.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, aus dem Bewußtsein heraus, daß wir das Zusammenleben mit Behinderten brauchen, müssen wir auch unsere konkreten politischen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir etwas für Behinderte tun, dann tun wir nicht etwas für sie, sondern wir müssen uns mit diesem Tun auch selbst verändern, und ich denke, wenn wir uns in der Bildung und Erziehung weitgehend von den Behinderten getrennt haben, dann haben wir uns keinen Gefallen getan. Ich weiß, daß

der Ansatz, Behinderte in besonderen Schulen, in besonderen Einrichtungen zu erziehen, positiv war, positiv gemeint ist. Ich sage aber trotzdem: er ist nur der zweitbeste Weg der Förderung, den es gibt. Wenn wir allerdings über diesen zweitbesten Weg reden, dann muß er auch so gut wie möglich gestaltet werden, und damit komme ich zu dem konkreten Anliegen.

Ich unterstreiche nach wie vor den Konsens, der in den siebziger Jahren auch in diesem Haus bestanden und dazu geführt hat, daß wir für geistig behinderte Schülerinnen, Schüler und Jugendliche die Schulpflicht und damit auch die Beschulung eingeführt haben. Dazu stehen wir nach wie vor. Wir unterscheiden uns sicherlich in dem Ansatz, daß wir dort, wo von Behinderten und Nichtbehinderten gemeinsam Integration gewünscht wird, auch die Schule für Geistigbehinderte überwinden wollen und **integrierte Lösungen** nicht nur in Schulversuchen, sondern so breit wie möglich fördern wollen. Dennoch müssen wir natürlich unsere Aufmerksamkeit den Geistigbehinderten in ihren Schulen zuwenden, wo sie gefördert werden. Und hier taucht ein konkretes Problem auf, das ich an einem Beispiel aufzeigen möchte.

In diesem Jahr wurde eine geistig behinderte Jugendliche Anfang Januar 18 Jahre alt. Dies bedeutet nach geltendem Recht in Schleswig-Holstein, daß sie dann im kommenden Schuljahr die Sonderschule für Geistigbehinderte verlassen und in die Behindertenwerkstatt gehen muß, es sei denn, es lägen bestimmte Ausnahmetatbestände, wie etwa lange Erkrankung, vor. In solchen Fällen ist ausnahmsweise eine Verlängerung des Schulbesuches um ein Jahr möglich. So etwas lag aber nicht vor, und so wird diese Jugendliche in diesem Jahr in die Behindertenwerkstatt hinüber müssen.

Nun werden in den Schulen für Geistigbehinderte bereits im Schuljahr oder auch bereits zwei Schuljahre davor **Praktika** in den **Behindertenwerkstätten** durchgeführt, um einen etwas gleitenderen Übergang zu gewinnen. Diese Jugendliche zeigte bei den Praktika in der Geistigbehinderten-Werkstatt Erkrankungen, Unwohlsein, Übelsein – Reaktionen, die darauf hindeuteten, daß die Behindertenwerkstatt für dieses Mädchen zu früh kommt. Es ist per Gesetz keine andere Möglichkeit da, als sie der Behindertenwerkstatt zuzuweisen. Ärztliche Gutachten belegen, daß die Betreuung in der Behindertenwerkstatt für dieses Mädchen noch nicht die richtige Form ist.

Hier müssen wir die Lösung menschlicher gestalten. Ich denke, wir müssen einen Übergangszeitraum finden, in dem Jugendliche zwischen 18 und 21 Jahren die Möglichkeit finden, sich für die Schule oder für die Behindertenwerkstatt zu entscheiden. Es sind sicherlich nicht viele Jugendliche in Schleswig-Holstein, die das trifft. Es gibt genauso Beispiele, daß 18jährige geistig Behinderte gern so schnell wie möglich in die Behindertenwerkstatt hinein wollen. Aber es kommt eben auf die an, die Probleme haben.

Wenn wir bei den Nichtbehinderten alle möglichen Formen der **Berufsvorbereitung** und der Zwischenlösung haben zwischen Schule, Berufsausbildung oder

(Heinz-Werner Arens)

zwischen Schule und Arbeit oder zwischen Berufsausbildung und Arbeit – ich denke auch an den zweiten Bildungsweg und so weiter –, dann sehe ich nicht ein, daß wir bei den Geistigbehinderten-Schulen bei dieser harten Lösung verbleiben sollten.

(Beifall bei der SPD)

In der Zwischenzeit sind es eigentlich alle Bundesländer außer dem Saarland und Schleswig-Holstein, die bei diesem harten Kurs geblieben sind. Das Saarland verändert zur Zeit seine Position. Ich denke, wir sollten im Ausschuß noch einmal gemeinsam darüber nachdenken, wie es am besten gemacht werden kann. Wir haben Ihnen ja eine Formulierung auf Antrag der Eltern vorgeschlagen.

Aber ich denke, wir sollten auch in Schleswig-Holstein diesen Schritt tun.

Abschließend vielleicht eine Bemerkung. Wir können Maßnahmen für Behinderte immer nur aus unserem Selbstverständnis heraus treffen. Wenn wir sagen „Schule für Behinderte“, dann muß das auch seine Grenze haben in der Vergleichbarkeit mit anderen Schulen, dann müssen Lösungen gefunden werden, daß die Schule, daß sozusagen das System den Bedürfnissen derer, die da drin sind, angepaßt wird, das heißt den Bedürfnissen der geistig Behinderten.

Und dies bedarf nach zehn Jahren Gesetz und entsprechender Landesverordnung, eine Korrektur des damals grundsätzlich für richtig befundenen Weges vorzunehmen und hier eine Gesetzesänderung beziehungsweise eine Änderung der Landesverordnung zuzulassen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Stich hat das Wort.

Max Stich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich für meine Fraktion zu diesem Punkt und zu dem, was der Kollege Arens vorgetragen hat, im Zusammenhang sagen: Die Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Errichtung der Schule für Geistigbehinderte aufgetan haben, sind über viele Jahre auch in diesem Hause von unseren Vorgängern, Kollege Arens, sehr eingehend diskutiert und intensiv behandelt worden. Diese Schulart war in der Diskussion stets unumstritten, um die schulinhaltliche Ausgestaltung ist dann anschließend gestritten worden.

Ich kann aber heute sagen, daß in den Jahren 1975 bis 1980, also in den ersten fünf Jahren, die wesentlichen Fragen des Aufbaus dieser Schulart und auch die Fragen der Lehrerversorgung zunächst zwar kritisch, aber dann anschließend doch in stärkerem Maße zufriedenstellend gelöst werden konnten.

In den letzten sechs bis sieben Jahren hat sich die Schule für Geistigbehinderte dank der professionellen und engagierten Arbeit der dort tätigen Lehrkräfte zu einer Schule entwickeln können, die in der

Bevölkerung und insbesondere bei den Eltern zu einem hohen Ansehen geführt hat.

(Beifall bei der CDU)

Diese Feststellung verbinde ich mit einem herzlichen Dank auch an die Schulträger, die eine gute materielle Ausstattung vorhalten, und an die Lehrer, die die guten Rahmenbedingungen für erfolgreiche pädagogische Arbeit genutzt haben.

Alle dort tätigen Lehrkräfte leisten bei der **Integration** der geistig behinderten Schüler in unserer Gesellschaft Hervorragendes. Wer einmal eine solche Schule besucht hat, kann das aus eigener Anschauung beurteilen. Für diese stille Arbeit verdienen diese Lehrkräfte und die an der Schule tätigen pädagogischen Kräfte unser aller Dank.

(Beifall bei der CDU – Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Mit der Einführung der **Schulpflicht** für geistig Behinderte im Jahre 1971 und damit der Herausnahme aus dem mehr pflegerischen Bereich war ein wichtiger Schritt hin zu dem getan, was in der Pädagogik mit dem Begriff „Normalisierung“ bezeichnet werden kann. Für geistig behinderte Schüler gilt auch das Schulgesetz, das die Möglichkeiten der behinderten-spezifischen Unterweisung nicht einengt, sondern erst ermöglicht. Auch das ist ein Stück der angestrebten und gewollten „Normalisierung“. Das Schulgesetz geht bei der Begriffsbestimmung von allgemeinbildenden Schulen – und eine solche ist die Schule für Geistigbehinderte – davon aus, daß Schule durch Erziehung und Unterricht charakterisiert wird. Das heißt, Erziehung ohne Schule ist genausowenig möglich, wie Unterricht ohne Erziehung keine Schule ist.

Ich führe diese Überlegungen deswegen aus, weil sie für die Bewertung des vorliegenden Antrages von großer Bedeutung sind. Ziel der schulrechtlichen und sozialstaatlichen Bestimmung ist es, ein Leben für den geistig behinderten Menschen sicherzustellen, das weitgehend normal ist. Das lebenslange Lernen bestimmt heute in der Schnellebigkeit unserer Zeit zu großen Teilen das Leben von uns allen, also auch der Erwachsenen. Zum Prinzip der „Normalisierung“ der Situation der geistig Behinderten in unserem Land gehört auch dieser Aspekt.

Der Erwachsene hat für diesen Prozeß besondere Bildungseinrichtungen. Die allgemeinbildende Schule mit ihrer Aufgabe, Erziehung und Unterricht zu verbinden, steht für den Erwachsenen nicht mehr zur Verfügung. Dies würde den Bildungsauftrag der Schulen sicher auch übersteigen. Die Verfolgung von musischen, sportlichen und sonstigen Interessen, die Weiterbildung und Umschulung in speziellen Bildungseinrichtungen sind ein Charakteristikum auch des Erwachsenenendaseins. Dies möchte ich auch für die geistig Behinderten im Zusammenhang mit der eben angesprochenen schulischen „Normalisierung“ erreichen. Wir müssen uns, um diesen Menschen das gleiche zu ermöglichen, im pädagogischen Bereich entsprechend umorientieren. Unsere Lehrkräfte in unseren Schulen haben dies hervorragend vorgelebt.

(Max Stich)

Wenn ich für meine Fraktion zu diesen Fragen so ausführlich Stellung nehme, dann, um von vornherein sehr deutlich zu machen, daß nicht der Vorwurf der Behindertenfeindlichkeit auftauchen darf, wenn über die eine oder andere Formulierung oder über die Frage, wo der Ansatz am besten gebracht werden kann, in dem Hohen Hause diskutiert wird.

Die **Dauer des Schulbesuches** geistig Behinderter war bis zur Verabschiedung des Schulgesetzes umstritten. Bis dahin galt die neunjährige Schulpflicht mit den für andere Schularten auch geltenden Verlängerungsmöglichkeiten, zunächst um ein Jahr, später um zwei Jahre.

Dies schien allen in der Betreuung und Beschulung von geistig Behinderten Tätigen zu wenig. Mit dem Schulgesetz wurde die Dauer des Schulbesuchs bis zum 18. Lebensjahr möglich. Das wurde insbesondere mit der vom Antragsteller zitierten Schulordnung für geistig Behinderte vom 29. Juni 1981 konkretisiert. Mit mehreren Erlassen hat nun der Kultusminister für einen Übergangszeitraum bis 1985 darüber hinaus Ausnahmen zugelassen. Dies galt insbesondere für Ausnahmen, bei denen sich das Schulrecht in bezug auf Zurückstellungen zugunsten der Schüler geändert hatte, und für die Fälle, in denen die Schule noch nicht für die volle Schulbesuchszeit als Schule existiert hat.

Diese Fälle sind nun weitgehend ausgelaufen. In diese Richtung gehen auch die Bemühungen von Schule und Werkstätten, den Übergang von der Schule in den Arbeitsbereich möglichst von Risiken zu befreien. Der Kollege Arens hat das eben angesprochen.

Wir alle wissen, daß dieser Übergang nie ohne Probleme ist. Das gilt für den gesunden, erst recht aber für den behinderten Schüler. Hier sind jedoch durch die vielfältigen Formen der **Betriebspraktika** und des Werkstatttages, durch Elterngespräche und Elterninformationen vorhandene Vorurteile und auch Ängste abgebaut worden. So kann man eigentlich davon ausgehen, daß die Schulbesuchszeit, wie in Gesetz und Verordnung vorgesehen, akzeptiert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Verordnungen dienen der Konkretisierung von Gesetzen und damit einer erhöhten Rechtssicherheit der Bürger. Die vom Antragsteller vorgeschlagene Verordnungsänderung dient aus unserer Sicht weniger dieser Rechtssicherheit. Dort wird die Verlängerung des Schulbesuchs vorgeschlagen, ohne zu sagen: Die Verordnung wäre hierzu der richtige Ort, über welchen Zeitraum eine Verlängerung ausgesprochen werden soll und insbesondere, wer über diese Verlängerung zu entscheiden hat. Beides sind wesentliche Merkmale der Rechtssicherheit für Schüler und Eltern.

Allein aus diesem Grunde stehen wir dem vorliegenden Antrag in seiner jetzigen Formulierung skeptisch gegenüber.

Noch zu einem zweiten Punkt, bei dem mir im Antrag Unklarheiten zu herrschen scheinen.

Meine Damen und Herren, mit Vollendung des 18. Lebensjahres wird der Jugendliche, auch der geistig

Behinderte, zunächst einmal rechtlich volljährig, wenn er nicht entmündigt ist. Ein Antrag auf **Schulzeitverlängerung** kann dann nicht von den Eltern gestellt werden. Die vom Antragsteller vorgeschlagene Regelung, daß die Schule den Antrag stellt, scheint mir rechtlich erst recht problematisch. Auch dies macht mich dem Antrag gegenüber etwas zurückhaltend.

Abzulehnen wäre der Antrag in der vorliegenden Form etwa dann, wenn er über die gesetzliche Grundlage des § 22 Schulgesetz hinausgehen sollte. In dieser Gesetzesvorschrift wird den Schulen die Erziehung und Unterrichtung von Kindern zur Aufgabe gemacht. Nach meiner Auffassung ist die vom Gesetzgeber gewünschte Erweiterung der Schulbesuchsdauer ohne gesetzliche Änderung außerordentlich problematisch, wenn nicht gar unmöglich.

Ein zusätzlicher Aspekt zu diesem sehr komplizierten Sachverhalt ist die derzeit in der Diskussion befindliche Reform des Vormundschaftsrechts. Diese Reform soll verhindern, daß zu schnell zum Mittel der Entmündigung gegriffen wird. Es wäre in der Tat paradox, daß ein Schüler entmündigt wird, damit seine Eltern eine Schulbesuchsverlängerung durchsetzen können, mit der er selbst unter Umständen gar nicht einverstanden ist.

Wegen dieser doch sehr komplexen rechtlichen Fragen, die in dem vorliegenden Antrag nicht berücksichtigt wurden, und wegen der mangelnden Rechtssicherheit der im Antrag verwendeten Formulierungen und der äußerst geringen Erfahrungen seit Auslaufen der Übergangsregelungen möchte ich für meine Fraktion eine weitere Beratung des Antrages im Kulturausschuß vorschlagen.

Das heißt jedoch nicht, daß wir das von dem Antragsteller vorgeschlagene „Normalisierungsprinzip“ ablehnen; im Gegenteil. Wir möchten jedoch eine Lösung, die Rechtssicherheit gewährt, die den neuen Überlegungen des Vormundschaftsrechts gerecht wird und die die Erfahrungen, die ohne Übergangsregelung derzeit gemacht werden, einbezieht.

Ich sage Ihnen zu, meine sehr verehrten Kollegen von der Oppositionsfraktion, daß wir insbesondere diesen Fragenkomplex sehr genau im Auge behalten werden. Sobald Klarheit über die hier angesprochenen Fragen besteht, werden wir uns in den Beratungen bemühen, zu einer möglichst gemeinsamen Lösung zu kommen.

Ich beantrage seitens meiner Fraktion, diesen Antrag dem Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport zu überweisen.

Präsident Rudolf Titzck:

Meine Damen und Herren, wir haben die Chance, diesen Tagesordnungspunkt abzuschließen, wenn wir noch eine Minute dem Herrn Kultusminister zuhören. – Sie haben das Wort, Herr Minister.

Dr. Peter Bendixen, Kultusminister:

Herr Präsident, ich verzichte auf das Wort und schließe mich den Ausführungen des Vorredners an.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 10/2025 – dem Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport zu überweisen. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Pünktlich um 15.00 Uhr werde ich den Tagesordnungspunkt 14 aufrufen.

Unterbrechung: 13.04 Uhr

Wiederbeginn: 15.00 Uhr

Präsident Rudolf Titzck:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet. Wie angekündigt, rufe ich jetzt den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91a GG; hier: Anmeldungen zum 17. Rahmenplan für den Hochschulbau

Bericht der Landesregierung
Drucksache 10/1994

Bericht und Beschlußempfehlung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport
Drucksache 10/2005

Herr Abgeordneter Schulz, Sie haben das Wort als Berichterstatter des Ausschusses.

Alfred Schulz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will den Bericht des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport geben; vielleicht füllt sich dabei das Haus etwas mehr, als dies bisher der Fall ist.

Meine Damen und Herren, in je einer Sitzung haben der federführende Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport und der beteiligte Finanzausschuß den mit Schreiben des Landtagspräsidenten vom 24. März 1987 beiden Ausschüssen zur möglichst umgehenden Beratung zugeleiteten Bericht behandelt.

Die Beratung im federführenden Kulturausschuß fand am 25. März 1987 statt. Aus Zeitgründen kam der Ausschuß überein, eventuelle Änderungswünsche während der Beratung im Plenum einzubringen, da der Präsident gebeten hatte, die Vorlage so rechtzeitig zu behandeln, daß eine Beschlußempfehlung zu der am 5. Mai 1987 beginnenden Plenartagung vorliegen werde.

Der Finanzausschuß behandelte den Bericht in seiner Sitzung am 1. April.

Angesprochen wurde in beiden Ausschüssen das **Forschungszentrum Westküste** in Büsum. Die Opposition wollte wissen, ob die Landesregierung dadurch in Schwierigkeiten geraten könnte, daß sie den

ersten Spatenstich getan habe, bevor überhaupt eine Zusage des Bundes vorliege. Von Regierungsvertretern wurde erklärt, daß nach dem ersten Spatenstich nur vorbereitende Maßnahmen aufgenommen worden seien, um jederzeit mit den Baumaßnahmen dann beginnen zu können, wenn eine Zusage des Wissenschaftsrates vorliege. Nach den Vorgesprächen mit dem Bund sei zu erwarten, daß das Land rechtzeitig die Freigabebescheinigung erhalten werde.

Zu dem **Hochschulstandort Lübeck** begrüßte der Sprecher der Opposition im federführenden Ausschuß die Anmeldung zur Beschaffung und zum Einbau eines Magnet-Resonanz-Tomographen für das Institut für Radiologie.

(Manfred Sickmann [SPD]: Was ist das?)

– Das wird später sicherlich noch ausführlich erklärt werden. – Er verwies jedoch gleichzeitig auf warnende Stimmen aus der Medizinischen Universität Lübeck, daß eine räumlich getrennte Unterbringung zu dem dort bereits vorhandenen Computer-Tomographen eine Personalverschwendung bedeute. Diesen Bedenken wurde vom Sprecher der Mehrheitsfraktion mit dem Hinweis begegnet, daß zum Beispiel der Kernspintomograph in Kiel in zwei Schichten bedient werde und rund um die Uhr in Betrieb sei. Für dieses Gerät gebe es bereits lange Wartelisten.

Der beteiligte Finanzausschuß schloß sich dem Votum des federführenden Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport an, dem Plenum die Kenntnisnahme der Anmeldungen zu empfehlen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Ich danke Ihnen, Herr Berichterstatter, für Ihren Bericht. Das Wort zum Bericht wird nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst dem Herrn Kultusminister das Wort.

Dr. Peter Bendixen, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist das übliche Verfahren, daß der zuständige Ressortminister zunächst die Anmeldungen vor dem Hohen Haus erläutert. Wir legen Ihnen heute die Anmeldungen zum 17. Rahmenplan für den Zeitraum 1988 bis 1991 vor.

Bevor ich mich den Anmeldungen im einzelnen zuwende, möchte ich zunächst für das vergangene Jahr 1986 feststellen, daß die Ausgaben für die **Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau** in Schleswig-Holstein rund 132 Millionen DM betragen haben. Das ist der höchste Jahresausgabenbetrag, den wir seit Bestehen der Gemeinschaftsaufgaben zu verzeichnen hatten. Er liegt um rund 33 Millionen DM über den Aufwendungen des Jahres 1985. Der Bund hat sich an diesen Ausgaben zeitgleich beteiligt. Damit hat das Land eine bemerkenswerte Investitionsleistung erbracht, die zum ganz überwiegenden Teil der heimischen Wirtschaft zugute gekommen ist.

(Minister Dr. Peter Bendixen)

Bis zum Ende der 10. Legislaturperiode werden die seit 1970 für den Hochschulbau in Schleswig-Holstein im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe geleisteten Investitionen auf etwa 1,4 Milliarden DM angestiegen sein. Dies dokumentiert in eindrucksvoller Weise die erheblichen Anstrengungen des Landes für die Hochschulen. Das wird auch für die Zukunft gelten.

Gestatten Sie mir zunächst noch einige Worte zum **Erweiterungsbau der Pädagogischen Hochschule Flensburg**, der ja zunächst mit nachrangiger zeitlicher Priorität in den Rahmenplan aufgenommen worden war. Inzwischen ist es gelungen, die Bedenken des Wissenschaftsrats auszuräumen und seine positive Empfehlung zu erreichen. Der Planungsschuß für den Hochschulbau hat daraufhin bereits den Erweiterungsbau für die Pädagogische Hochschule in Flensburg mit Kategorie I in den Rahmenplan aufgenommen und damit die Baumaßnahme freigegeben.

Ich freue mich, daß wir uns in dieser Sache durchsetzen konnten und das Vorhaben nun auf den Weg bringen können. Ich gehe davon aus, daß im Herbst mit den ersten Arbeiten begonnen werden wird.

Im übrigen sind auch die im vergangenen Herbst zum 16. Rahmenplan nachgemeldeten Vorhaben sämtlich vom Planungsausschuß für den Hochschulbau mit höchster Priorität in den Rahmenplan aufgenommen worden. Es handelte sich dabei um die Beschaffung von drei baugebundenen Großgeräten für das Universitätsklinikum in Kiel, um zwei kleinere Sanierungsmaßnahmen für die Medizinische Universität Lübeck sowie um den Neubau eines Forschungslabors für das Medizinische Laserzentrum in Lübeck, dessen Anmeldung zum richtigen Zeitpunkt und nach gründlicher Vorbereitung die Aufnahme in den Rahmenplan sichert.

Der Wissenschaftsrat hat zu dem letztgenannten Projekt, dem **Medizinischen Laserzentrum in Lübeck**, eine außerordentlich positive Stellungnahme abgegeben und die Baumaßnahme für das Laserzentrum – ich zitiere – „uneingeschränkt und in vollem Umfang zur Aufnahme in Kategorie I des Rahmenplans empfohlen“. Der Wissenschaftsrat sieht in dieser Form der Unternehmensgründung ein interessantes Beispiel, in flexibler und unkonventioneller Weise Forschungsmöglichkeiten auf sich rasch entwickelnden Gebieten zu eröffnen. Diese ungewöhnlich positive Bewertung durch den Wissenschaftsrat hat die Richtigkeit der Entscheidung des Landes nachdrücklich bestätigt, in Lübeck ein Medizinisches Laserzentrum zu errichten.

Mit der grundlegenden Sanierung des **Fachbereichs Technik der Fachhochschule Kiel** wird in diesen Tagen begonnen werden, nachdem die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel Ende März dem Verkauf der Liegenschaft an das Land bei einem Kaufpreis von 14 Millionen DM zugestimmt hat.

Die Anmeldungen zum **17. Rahmenplan** für den Hochschulbau umfassen eine Liste von insgesamt 13 Vorhaben, deren Gesamtvolumen sich auf knapp 160 Millionen DM beläuft. Die Zahl der Vorhaben ist im Gegensatz zu den Anmeldungen der letzten Jahre

gestiegen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, daß zur Abrundung einiger Hochschulbereiche, insbesondere zum ergänzenden Ausbau der Kliniken in Kiel und in Lübeck, verstärkt verschiedene, auch kleinere Vorhaben verwirklicht werden müssen. Es handelt sich dabei um **Infrastrukturmaßnahmen** sowie um Vorhaben zur Verbesserung der räumlichen Verhältnisse und damit der **Arbeits- und Forschungsbedingungen**. Die Anmeldung entspricht insbesondere dem Ziel des Landes für einen verstärkten Ausbau der Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein, wobei wir gerade auch der ökologischen Forschung einen besonderen Stellenwert einräumen.

Bei der Anmeldung zum 17. Rahmenplan handelt es sich im einzelnen um folgende Maßnahmen. Für die **Universität Kiel** ist der Neubau eines Agrarzentrums mit einem ersten Bauabschnitt vorgesehen, dessen Kosten 40 Millionen DM betragen werden. Die Kosten für das gesamte neue **Agrarzentrum** werden – auf viele Jahre verteilt – rund 130 Millionen DM erreichen. Die Gründe für diesen Neubau ergeben sich aus der dringenden Notwendigkeit, die verschiedenen Einrichtungen der Agrarwissenschaftlichen Fakultät an einem Standort zusammenzufassen, um so die Effektivität von Forschung und Lehre dauerhaft sicherzustellen, um im Wettbewerb mit anderen Agrarwissenschaftlichen Fakultäten bestehen zu können.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Wilhelm Fölster [CDU])

– Ich hoffe sehr, daß dies nicht nur den Beifall der landwirtschaftlich orientierten Kollegen findet, sondern den Beifall aller Kolleginnen und Kollegen im Landtag erfahren kann.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem soll durch den Neubau der vorhandene räumliche Bedarf gedeckt werden. Die frei werdenden Flächen werden dem **Fach Informatik** zur Verfügung gestellt, das dringend erweitert werden muß. Der erste Bauabschnitt ist für diejenigen Institute vorgesehen, die in besonderem Maße auf eine Verbesserung ihrer räumlichen Situation angewiesen sind. Dies ist vor allem der Bereich der **Pflanzenproduktion** und der Pflanzenernährung.

Das Land hat für die Universität Kiel ferner die Errichtung eines **Forschungszentrums Westküste** in Büsum mit einem ersten Bauabschnitt von 15 Millionen DM für einen Labortrakt in die Anmeldung zum Rahmenplan aufgenommen. Dadurch soll die ökologische Forschung im Bereich der Nordsee und des Wattenmeeres intensiviert und konzentriert werden. Ziel ist eine verstärkte interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Meeres- und Küstenforschung. Dem neuen Forschungszentrum soll eine meereskundliche Schausammlung und eine landschaftsbezogene Biotopanlage angegliedert werden. In einer solchen Konzeption wird diese Einrichtung einmalig sein; nicht zuletzt wird sie auch der regionalen Strukturverbesserung dienen.

Die Reihe der Anmeldungen für die Universität setzt sich fort mit dem Neubau eines **Ökologie-Zentrums**

(Minister Dr. Peter Bendixen)

mit Ökologicum in Kiel. Diese Maßnahmen mit Kosten von rund 32 Millionen DM sollen angemessene Arbeitsbedingungen für die geplanten Forschungsaktivitäten in der Öko-Systemanalyse, in der Öko-Technik und der Wattenmeerforschung sowie der Polarökologie schaffen. Zu der Gesamtanlage werden unter anderem eine Öko-Technikhalle sowie überdachte Biotop-Modellanlagen und Freilandversuchsflächen gehören.

Lassen Sie mich, nachdem der Vorsitzende des Ausschusses ausführlich die Erörterungen im Ausschuß zum Thema Büsum dargestellt hat, hinzufügen, daß ich nach den internen Kenntnissen und Vorgängen in der Lage bin, zu erklären, daß Grunderwerb, Erschließung und die Gesamtplanung mit Sicherheit und ohne Vorbehalte in den Rahmenplan aufgenommen werden. Dies ist die Grundlage für weitere Entscheidungen. Ich könnte mehr sagen, aber wegen des noch internen Charakters der bisherigen Unterlagen, die wir haben, bin ich dazu nicht in der Lage. Sie können aber davon ausgehen – Herr Kollege Sickmann, Sie vertreten ja mit Nachdruck die Interessen der Westküste –, daß wir hier im Interesse der Forschung und der Westküste vorankommen werden.

Als weitere Anmeldungen für die Christian-Albrechts-Universität sind drei kleinere Bauvorhaben mit einem Finanzvolumen von zusammen etwa 11 Millionen DM zu nennen. Dabei geht es einmal um die Herrichtung von Gebäuden des ehemaligen ELAC-Geländes, es geht um die Sanierung eines Gebäudes für das neu errichtete **Institut für Umweltschutz-, Wirtschafts- und Steuerstrafrecht**, um das **Institut für Vor- und Frühgeschichte**, das ein neues Forschungslabor erhalten soll. Ich möchte mich aus Zeitgründen global diesen Fragen in dieser Form zuwenden.

Für den medizinischen Teil der Universität Kiel sind zwei größere Umbaumaßnahmen vorgesehen. Das Haus 3 im Städtischen Krankenhaus Kiel soll für Zwecke der **II. Medizinischen Universitätsklinik** mit Kosten von 16 Millionen DM hergerichtet werden, nachdem feststeht, daß diese Klinik an diesem Standort verbleibt. Bei der zweiten Umbaumaßnahme handelt es sich um die Herrichtung des Gebäudes Niemannsweg 11 für die Krebsforschung. In diesem Gebäude sollen nach Auszug der Klinikverwaltung verschiedene Forschungslabors des neu zu schaffenden Instituts für **Angewandte Krebsforschung** eingerichtet werden. Die Baukosten werden 8 Millionen DM betragen.

Ich komme nunmehr zu den Anmeldungen für die **Medizinische Universität zu Lübeck**. Das im Jahre 1983 gegründete **Institut für Medizin- und Wissenschaftsgeschichte** ist bisher behelfsmäßig in einem Dachgeschoß des Hochschulgeländes untergebracht. Der räumliche Bedarf kann in absehbarer Zeit auf dem Campus-Gelände nicht gedeckt werden. Hier bietet sich nun die einmalige Gelegenheit, das denkmalgeschützte ehemalige Gebäude des Katasteramtes Lübeck in der Lübecker Innenstadt dem Institut zur Verfügung zu stellen. Der Raumbedarf kann dort gut gedeckt werden, und die Umbaukosten sind mit 2,5

Millionen DM nicht zu hoch. Das Institut wird durch die Unterbringung in der Innenstadt und durch die Nähe zur Stadtbibliothek besonders vorteilhafte Arbeits- und Forschungsbedingungen erhalten.

Eine weitere Anmeldung für die Medizinische Universität Lübeck ist der zweite Bauabschnitt der **Versorgungsbetriebe für das Zentralklinikum**. Im Rahmen dieses Bauabschnitts müssen nunmehr der Fuhrpark und der Lösungsmittelbunker errichtet werden. Für das Zentralklinikum ist ferner die Einrichtung eines **Klinik-Kommunikationssystems** mit Gesamtkosten von 14,8 Millionen DM vorgesehen. Es handelt sich hierbei um ein patientenorientiertes, EDV-gestütztes Informations- und Kommunikationssystem. Aufgabenschwerpunkt des Systems soll der Austausch und die Verarbeitung von Daten und Informationen innerhalb des Klinikums sein. Die Zentrale des Klinik-Kommunikationssystems wird im ersten Bauabschnitt des Zentralklinikums untergebracht werden.

In die Anmeldungen zum Rahmenplan ist außerdem die Beschaffung und der Erwerb eines **Magnet-Resonanz-Tomographen** für das Institut für Radiologie aufgenommen worden. Ich darf mit Laienworten sagen, was dies ist – ich habe vorhin einen Zwischenruf gehört –: Dies ist eine neue Form der Tomographie, die sehr viel gründlicher und sehr viel deutlicher ist als die bisherige auf der Basis von Magnetresonanz. Das wird Sie wahrscheinlich auch nicht sehr viel mehr zufriedenstellen. Wir haben das gerade in Kiel vor einigen Wochen übernommen, ich habe es mir hier in Kiel angesehen, und es ist wirklich ein erheblicher Fortschritt für die medizinische Forschung und vor allem für die Krankenversorgung, die wir in Kiel erreicht haben und in Lübeck erreichen wollen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6,8 Millionen DM. Das in Kiel installierte Gerät hat, wie gesagt, Anfang 1987 seinen Betrieb aufgenommen, und nunmehr soll auch das Universitätsklinikum Lübeck, das die vom Wissenschaftsrat für die Beschaffung solcher Geräte aufgestellten Kriterien erfüllt, ein MRT-Gerät erhalten. Dies soll 1989 gemeinsam mit wesentlichen Teilen des Zentralklinikums in Betrieb genommen werden.

Die Anmeldeliste schließt ab mit einem Vorhaben für die **Fachhochschule Lübeck**, und zwar mit dem Neubau für **Laboratorien der Physikalischen Technik**. Im Rahmen der Planungen für die Grundinstandsetzung des vor etwa 25 Jahren errichteten Laborhochhauses wurde festgestellt, daß einige Laboratorien auf Dauer nicht mehr in dem Gebäude belassen werden können, da ihre Sanierung unter Berücksichtigung gewerbeaufsichtlicher Auflagen kaum möglich und wirtschaftlich nicht zu vertreten wäre. Für diese Laboratorien ist somit ein Neubau erforderlich, der auch die angemessene Unterbringung von bisher beengt und provisorisch untergebrachten Einrichtungen gestattet.

Die Landesregierung hat mit diesen neuen Vorhaben weitere Schritte eingeleitet, um auch im Hochschulbereich den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Ich bitte das Hohe Haus, von den Anmel-

(Minister Dr. Peter Bendixen)

dungen des Landes zum 17. Rahmenplan für den Hochschulbau Kenntnis zu nehmen, und ich bedanke mich für die uneingeschränkte Aufmerksamkeit für einen wichtigen Bereich der Landespolitik.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Der Herr Abgeordnete Lohmann hat das Wort.

Dr. Joachim Lohmann [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Vorbemerkung. Herr Bendixen hat den Erfolg beim Wissenschaftsrat hinsichtlich des Laser-Zentrums groß herausgestellt. Dieses **Laser-Zentrum** wurde zunächst nicht von der Landesregierung angemeldet. Wir haben dies kritisiert, die Landesregierung hat uns Vorwürfe gemacht, daß wir gemeint hätten, ein solches Laser-Zentrum sei über den Wissenschaftsrat förderbar, man hat es dann doch versucht, und nun ist es der große Erfolg der Landesregierung. Ein Wort gegenüber der Opposition wäre an dieser Stelle angemessen gewesen. Aber das ist ja üblich.

(Beifall bei der SPD)

Der Sinn von Rahmenplanungen soll eigentlich Stetigkeit der Planung, Abstimmung zwischen den Planungen und Effektivität der Mittel sein. Die Rahmenplanung in Schleswig-Holstein verkommt zunehmend eher zu einer Vernachlässigung bestehender Hochschulen, zum Hin- und Herudern bei der Planung, zur Gefährdung von Zuschüssen und zur politischen Effekthascherei.

(Zuruf von der CDU: Wie kommen Sie zu einer solchen Feststellung?)

– Das werde ich Ihnen gleich nachweisen. Warten Sie einen kleinen Moment, und Sie werden es feststellen.

Nehmen wir gleich ein erstes Beispiel. Wir haben sicherlich nichts dagegen, neue Schwerpunkte zu setzen, aber für uns ist es zu teuer, wenn die Funktionsfähigkeit bestehender Hochschulen nicht sichergestellt wird. In Schleswig-Holstein zeichnen sich aber entsprechende Gefahren ab. Der **Fachbereich Technik** hier in **Kiel** hat seit einiger Zeit einen desolaten Bauzustand und eine desolote Ausstattung. Die Mittel sind vorhanden, der Baubeginn wurde vor einem Jahr versprochen, und jetzt hören wir, daß demnächst, ein Jahr später, angefangen wird.

Die **Universität Kiel** erhält vom Wissenschaftsrat ein Großgerät. Die Landesregierung hat es beantragt, es wird geliefert, aber das Großgerät kann mehrere Monate lang nicht aufgestellt werden. Das grenzt an einen Schildbürgerstreich. In Kiel platzen alle **wissenschaftliche Bibliotheken** aus den Nähten. Die Mißstände sind seit Jahren bekannt. Eine Behelfsmaßnahme für eine Universitätsbibliothek wird jetzt gemacht, aber es erfolgte immer noch keine Anmeldung für den Neubau von wissenschaftlichen Bibliotheken hier in Kiel. Das ist nach unserer Auffassung

ein sorgloser Umgang mit den bestehenden Hochschulen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Frage der Neubauplanung und dem Hin und Her. Im Haushalt 1987 hat die Landesregierung zum erstenmal ein Wissenschaftsprogramm vorgestellt. Es umfaßt, wenn man von GEOMAR absieht, eigentlich drei Schwerpunkte. Keiner dieser Schwerpunkte, wie sie im Haushaltsplan formuliert worden sind, ist jetzt noch gültig.

Im Haushalt stand, es solle ein **Institut für Krebsforschung** und Transplantation errichtet werden. Jetzt heißt es nicht mehr so. Jetzt ist es auf ein Institut nur für Krebsforschung reduziert. Transplantation ist ausgeklammert. Die Unterbringung der **Transplantationsforschung** ist nach den Planungen nicht klar, das soll irgendwo in der Inneren Medizin untergebracht werden.

Sie meldeten im Haushalt ein Institut für Mikroelektronik an. Jetzt wird in Erweiterung ein Institut für Informatik angemeldet. Die Frage, wie und ob ein **Institut für Mikroelektronik** errichtet werden soll, ist nach der Auskunft noch in der Überprüfung.

Im Haushalt 1987 stand eine Forschungsstelle für Ökosystemforschung. Heute heißt das **Ökologiezentrum** mit Ökologicum. Die Ökosystemanalyse, die ursprünglich im Haushalt stand, ist nur noch einer von vier Schwerpunkten.

Bei drei der vier wichtigen Maßnahmen, die als Wissenschaftsprogramm verkauft worden sind – die vierte ist das GEOMAR, das immer noch nicht viel weiter ist –, hat sich inzwischen die Konzeption der Planung, hier wird hin- und hergerudert. Es war oberflächlich vorbereitet. Und jetzt wird nachträglich korrigiert. Ein Teil des Wissenschaftsprogramms in der damaligen Form ist jetzt schon Makulatur.

Das gilt für das Konzept, es gilt auch für den Bau. Auch hier haben sich die Bauvorstellungen für die drei Objekte innerhalb eines halben Jahres völlig verändert. Im November antwortete die Landesregierung noch auf meine Kleine Anfrage, daß das **Institut für Krebsforschung** voraussichtlich in bestehender Bausubstanz endgültig untergebracht werden könne. Heute beantragt die Landesregierung einen Neubau – Kostenpunkt 8 Millionen DM. Zum **Institut für Informatik** wurde im November gesagt: Während des Ausbaustadiums im Bestand. Jetzt wird der Agrar-Neubau damit begründet, daß die Informatik in der bestehenden Bausubstanz im Agrarbereich untergebracht werden müsse.

Bei der **Ökosystemforschung** war angegeben worden, diese Forschungsstelle sei während des Aufbaus im Bestand möglich. Heute beantragt die Landesregierung dafür 33 Millionen DM.

Bei drei der vier großen Objekte – GEOMAR immer ausgeklammert, weil hier noch nicht beantragt – Veränderung auch der Bauplanung innerhalb eines halben Jahres! Wir können nur sagen: Das Wissen-

(Dr. Joachim Lohmann)

schaftsprogramm war unsolide geplant. Es war mit heißer Nadel genäht worden.

Schleswig-Holstein ist ein armes Land, das wissen wir. Da ist Sparsamkeit unverzichtbar. Sparsamkeit bedeutet aber insbesondere und vor allem, daß die Planung klar abgestimmt ist und daß eine sorgfältige Bau- und Kostenplanung vorhanden ist. Wir müssen aufgrund dieser drei Beispiele annehmen, daß die Landesregierung genau dies nicht leistet und damit mit großer Wahrscheinlichkeit Mittel nicht effektiv eingesetzt werden. Der Wahl – das war wohl das Wissenschaftsprogramm – wird solide Planung geopfert. Noch schlimmer ist, selbst Bundeszuschüsse werden geopfert. Es geht um Millionen, die leichtsinnig, immer mit Blick auf die Landtagswahl, aufs Spiel gesetzt werden.

Das ist so beim Beispiel des **Forschungszentrum Westküste** in Büsum. Die SPD hat dies mehrfach gefordert, zum Beispiel bei der Bereisung der Westküste und dann auch in dem Programm „Hochschule und Wissenschaft“. Die Landesregierung hatte dieses Konzept nicht im Haushaltsentwurf 1987 angemeldet. Es wurde nachträglich hineingenommen. Wir begrüßen, daß es doch noch aufgenommen wurde. Wir freuen uns über die Lernfähigkeit der Landesregierung und darüber, daß sie unsere Vorstellungen übernommen hat.

Jetzt geht es aber um die Frage, wie man dies vorbereitet. Klar ist: Zuschußbedingung ist grundsätzlich, daß kein Bau begonnen worden ist. Für den **Zuschußgeber** ist diese Bedingung selbstverständlich. Wenn ein Zuschußgeber noch Einfluß auf die Gesamtkosten nehmen will, muß er Einfluß nehmen können auf den **Umfang des Bauprogramms** und auf den Entwurf. Ein Bau darf noch nicht begonnen sein. Wenn der Bau begonnen ist, liegen im Grunde die Gesamtkosten fest, oder man muß uminvestieren und auch zusätzlich investieren, um sparsamer sein zu können. Man verschwendet Mittel.

In Büsum ist eine Vielzahl von Pfählen eingerammt worden. Das heißt, die Statik ist festgelegt. Wenn die Statik festgelegt ist, ist im Grunde der Entwurf festgelegt. Es heißt, wer Pfähle einrammt, hat mit dem Bau begonnen. Dies heißt, man kann nur noch mit großen Kosten etwas am Entwurf verändern. Das bedeutet, der Bund steht vor der Entscheidung, entweder global zu akzeptieren, oder es entstehen Umplanungs- und zusätzliche Kosten dadurch, daß man die Statik verändert. Ich meine, das ist ja peinlich genug.

Auch der Vertreter der Landesregierung im Kulturausschuß weiß sehr genau, daß dies Bundeszuschüsse gefährdet. Und was macht er? – Er sagt, das sei nur ein Spatenstich und es seien nur gewisse Bodenbewegungen passiert. Das wird uns erklärt. Was ist passiert? X-Pfähle sind eingerammt worden. Die Statik ist festgelegt. Hier wird dem Ausschuß bewußt die Wahrheit vorenthalten, damit dem Bund die Wahrheit vorenthalten werden kann.

(Zurufe von der CDU)

– Sollen wir jetzt zu einer solchen Sache schweigen, nur weil die Landesregierung aus politischer Effekthascherei noch nicht einmal warten kann, bis sie das grundsätzliche Ja bekommen hat?

(Zuruf von der CDU: Zum Wohle des Landes!)

Es geht um 15 Millionen DM. Es geht um einen 50prozentigen Anteil an Bundeszuschüssen, also um mehrere Millionen. Da ist es doch wohl selbstverständlich, daß man die korrekte Planung und die korrekte Abstimmung einhält.

(Beifall bei der SPD)

Wir können nur sagen: Das war nicht nur ein bundesunfreundliches Verhalten, sondern das war gegen die Interessen des Landes gehandelt. Denn es ist jetzt keineswegs mehr sichergestellt. Eine Bundesregierung mit Rückgrad könnte eigentlich den Zuschuß nicht mehr geben. Und dies ist eine beachtliche Beeinträchtigung von Landesinteressen. Die Landesregierung hat damit gegen Bundesfreundlichkeit verstoßen. Sie hat gegen politische Moral verstoßen – und dies alles um politischer Effekte willen unter dem Gesichtspunkt des 13. September.

Eine bittere Politik, die die Landesregierung nur um des Wahlkampfes willen treibt unter Gefährdung von Mitteln, die das Land Schleswig-Holstein mehr als dringend braucht! So verkommt Rahmenplanung in Schleswig-Holstein zu einer politischen Effekthascherei.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Dr. Schübeler hat das Wort.

Dr. Egon Schübeler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Der Redner verstellt die Höhe des Rednerpultes)

– Das war eine etwas zu hohe Warte für den Herrn Kollegen Lohmann,

(Beifall bei der CDU)

und deshalb habe ich versucht, alles wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzufahren.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will meinen Ausführungen einige allgemeine Bemerkungen voranstellen, weil es hier um eine Fortsetzung kontinuierlicher Arbeit in unseren Hochschulen geht. Diese Arbeit muß unabhängig von der Entwicklung der **Studentenzahlen** weitergehen, und die Studentenzahlen werden ja aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren zurückgehen. Trotzdem ist es nötig, den Ausbau und die Modernisierung unserer Hochschulen weiter voranzubringen.

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die Voraussetzungen für diese erfolgreiche **Forschungstätigkeit** an unseren **Hochschulen** erheblich zu verbes-

(Dr. Egon Schübeler)

sern. Als Beispiele dafür will ich aus dem medizinischen Bereich den Neubau der Chirurgie in den letzten Jahren und die Inbetriebnahme des Magnet-Resonanz-Tomographen nennen. – Herr Kollege Sickmann, wenn Ihr Kollege hier schon etwas andeutet, sollten Sie nicht dazwischenrufen, was das sei; denn das macht mir eigentlich klar, daß Sie keine Kenntnis haben. Wenn ich keine Kenntnis habe, melde ich mich nicht zu Wort, auch nicht mit einem Zwischenruf.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Aber mit einer Frage!)

Meine Damen und Herren, es gibt – –

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Vielleicht können Sie es besser erklären! – Werner Liebrecht [SPD]: Vielleicht ist das Niveau noch zu hoch! – Karlheinz Stegemann [CDU]: Dann sollte Lohmann eigentlich nie reden!)

– Das ist nun absolut neben der Sache, lieber Kollege Liebrecht. Das Niveau war bei ihm zu hoch. Mir das jetzt zuzuspielen, ist eigentlich etwas, was sich von selbst kommentiert.

(Werner Liebrecht [SPD]: Er meint ja das Niveau – –!)

Nein, meine Damen und Herren!

Ich will noch einige weitere Beispiele anführen, die die hervorragende Investitionstätigkeit dieses Landes in seinen Hochschulen nachweisen. Ich nenne die Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts der **Fachhochschule Flensburg** oder die Renovierung der erworbenen Gebäude der **Fachhochschule Kiel**, die vom Kollegen Lohmann ebenfalls kritisiert worden sind.

Meine Damen und Herren, wenn es nicht schnell genug geht, dann sind Sie dabei, das zu kritisieren. Wenn unter Umständen etwas aber auch einmal schneller geht, sagen Sie, daß sich die Landesregierung überschlage und überstürzt handele.

(Heinz-Werner Arens [SPD]: Sie haben ja vier Jahre Zeit dazu!)

Sie sollten überlegen, ob Ihre Kritik überhaupt noch in eine Rubrik hineinpaßt und ob das alles auf der gleichen Ebene zu verantworten ist, was Sie sagen.

Ich will die Liste der

(Heinz-Werner Arens [SPD]: – Versäumnisse!)

verschiedenen Hochschulbaumaßnahmen nicht wiederholen, die wahrhaftig davon Zeugnis geben, daß die Landesregierung in den vergangenen Jahren nicht untätig gewesen ist. Wir können auf diesem Gebiet wahrhaftig etwas aufweisen. Das beweist letztlich auch die Reihe der Zahlen, die ich Ihnen vortragen kann, was denn in den achtziger Jahren in unseren **Hochschulen an Investitionen** vorgenommen worden ist. 1980 waren es 65 Millionen DM, 1981 72 Millionen DM, 1982 70 Millionen DM, 1983 78 Millionen DM, 1984 – jetzt kommt der Sprung – 133 Millionen DM, 1985 120 Millionen DM und 1986

132 Millionen DM. Da muß doch jedem auffallen, daß diese Dinge, nachdem die Bundesregierung von uns gestellt wird und sie die Mittel für den Hochschulausbau aufgrund des wachsenden Bedarfs wiederum erhöht hat, der ja auch von Ihnen immer wieder vorgetragen wird, erfreulich besser vorangekommen sind als zu der Zeit, als Sie die Regierung gestellt haben.

Meine Damen und Herren, diese Arbeit der vergangenen Jahre, von der ich gesprochen habe, muß in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Dazu liegen dem Landtag mit der Drucksache 10/1994 die **Anmeldungen zum 17. Rahmenplan für den Hochschulbau** des Landes vor. Diese Anmeldungen haben ihren Schwerpunkt in der Christian-Albrechts-Universität in Kiel, in der Medizinischen Universität Lübeck und in der Fachhochschule Lübeck. Insgesamt sind Baumaßnahmen und Investitionskosten in Höhe von 158,4 Millionen DM vorgesehen, die im großen und ganzen gleichmäßig auf die Jahre 1988 bis 1991 verteilt werden sollen. Dazu kommen natürlich die Anmeldungen nach dem 16. Rahmenplan, die bei den entsprechenden Jahren hinzugerechnet werden müssen.

Die Schwerpunkte bei der **Universität Kiel** sind folgende: Neubau eines Agrarzentrums, Neubau eines Ökologiezentrums, Umbau im Städtischen Krankenhaus für Zwecke der II. Medizinischen Universitätsklinik, erster Bauabschnitt des Westküsten-Forschungszentrums, Umbau eines Gebäudes im Niemannsweg für die Krebsforschung – das ist kein Neubau, sondern ein Umbau, Herr Kollege Lohmann –, Umbau des ehemaligen ELAC-Gebäudes und Herrichtung eines Gebäudes in Kiel-Wik für ein Institut der Rechtswissenschaften, letztlich auch Ausbau eines Gebäudes auf der Schloß-Insel in Schleswig für Zwecke eines Forschungslabors für das Institut für Vor- und Frühgeschichte.

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Das ist nur ein Umbau als Übergangslösung!)

In der **Medizinischen Universität Lübeck** geht es um den Bau eines Klinik-Kommunikationszentrums, den Einbau eines zweiten Magnet-Resonanz-Tomographen, der ja hier in Kiel bereits erfreuliche Arbeit leistet – ich habe das, was der Kollege Lohmann an kritischen Anmerkungen vorgebracht hat, gar nicht verstehen können; das liegt aber nicht an mir, sondern an der diffusen Art und Weise seines Vortrages –, den Bau eines Versorgungsbetriebes für das Zentralklinikum und den Umbau des ehemaligen Katasteramtes für das Institut für Medizin- und Wissenschaftsgeschichte.

Für die **Fachhochschule Lübeck** soll der Neubau für Laboratorien der physikalischen Technik errichtet werden.

Meine Damen und Herren, ich habe – das hatte ich schon angedeutet – die kritischen Anmerkungen des Kollegen Lohmann nicht verstanden. Will er eigentlich mehr, oder will er weniger?

(Heinz-Wilhelm Fölster [CDU]: Das weiß er selber nicht!)

(Dr. Egon Schübeler)

Dies ist aus seinen Ausführungen überhaupt nicht klar hervorgegangen. In der Regel ist es ja so, daß von der SPD mehr gefordert wird, aber es könnte sein, daß eine gewisse Einsicht gekommen ist; denn der Kollege Klingner hat am Dienstag anlässlich der Debatte über den **Nachtragshaushalt** etwas über die **Mehrausgaben im Hochschulbereich** und ihre Wirkung auf den Haushalt gesagt. Diese kritischen Anmerkungen haben dem Kollegen Lohmann vielleicht die Basis genommen, jetzt mehr im Bereich des Hochschulbaus zu fordern, wie er das in den vergangenen Jahren immer getan hat.

Meine Damen und Herren, ich kann also das Hin und Her der SPD nicht verstehen, und das ist deutlicher belegbar als das, was Sie über das Hin und Her der Hochschulbaupolitik der Landesregierung gesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dennoch habe ich ein Mehr aus den Äußerungen des Kollegen Lohmann herausgehört. Das war einmal die Bücherei bei den Hochschulen. Da geschieht ja auch schon etwas, zumindest in Flensburg.

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Bei den wissenschaftlichen Bibliotheken in Kiel!)

– Sie haben die Bibliotheken gemeint, ja! – Das geht alles Schritt für Schritt, und Sie können sich darauf verlassen, daß das auch in den kommenden Jahren bedacht werden wird.

Das zweite – was Sie insbesondere kritisiert haben, und da hat Ihnen sicherlich das nicht gepaßt, was der Kultusminister hier vorgetragen hat – ist, daß Ihre gesamten Bedenken wegen des Spatenstichs – oder was in **Büsum** auch immer geschehen ist – überhaupt nicht relevant sind;

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: So, so!)

denn der Kultusminister hat hier ja vorgetragen, daß eine Genehmigung dieser Maßnahme bereits vorliegt und daß deshalb all die Gefahren, die Sie hier aufgezeichnet haben, gegenstandslos sind, Kollege Lohmann.

(Dr. Joachim Lohmann [SPD]: Er hat sehr viel vorsichtiger gesprochen!)

Wenn man etwas sophistisch sein will, Herr Kollege Lohmann, könnte man auch feststellen, daß in **Büsum** nicht nur Hochschulbauten entstehen; dort wird noch etwas anderes, **Zusätzliches** gebaut. Dies alles soll zu einer Einheit zusammenfließen, und deshalb sind Ihre Bedenken an dieser Stelle wohl unangebracht.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion – das darf ich hier für meine Fraktion sagen – nimmt von den Anmeldungen zum 17. Rahmenplan für den Hochschulbau zustimmend Kenntnis.

Natürlich gibt es bei den Hochschulen unseres Landes weitere Wünsche hinsichtlich des Hochschulbaus. Bei der Abwägung und Betrachtung der benötigten

Investitionen erweisen sich aber die Maßnahmen, die hier vorgetragen worden sind, als zunächst erforderlich. Sie werden dazu beitragen, die Existenz der Hochschulen in unserem Lande weiterhin in der Form zu sichern, daß sie hinsichtlich **Forschung und Lehre** auf der Höhe bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Hochschulen werden ihre Attraktivität für Forscher und Studenten deshalb behalten, ganz im Gegensatz zu dem, was die SPD hier immer fälschlich sagt.

(Beifall bei der CDU – Klaus Kribben [CDU]: So ist es!)

Präsident Rudolf Titzck:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ausschuß für Kultur, Jugend und Sport empfiehlt, von den Anmeldungen für den Rahmenplan Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mit Mehrheit so beschlossen!

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Sanierung Deponie 78 Barsbüttel

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/1900

Bericht und Beschlußempfehlung des Agrar- und Umweltschutzausschusses

Drucksache 10/2019

Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/2079, sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 10/2081, vor.

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Agrar- und Umweltschutzausschusses, Herrn Abgeordneten Wiesen, das Wort. – Er wird vertreten durch Herrn Abgeordneten Schulz.

(Alfred Schulz [SPD]: Nein, Herr Präsident! Ich weiß nur, daß der Vorsitzende des Ausschusses auf die Vorlage verweisen wollte! – Fritz Latendorf [CDU]: Dann muß ich das wohl als Stellvertreter tun!)

– Die Kompetenz, auf den Bericht des zuständigen Fachausschusses zu verweisen und darauf Bezug zu nehmen, hat heute nachmittag ausschließlich der stellvertretende Vorsitzende dieses Ausschusses. – Herr Abgeordneter Latendorf!

Fritz Latendorf [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf beiden Seiten des Hauses! Ich erfülle diese Pflicht gern. Der Agrar- und Umweltschutzausschuß hat sich seinem Auftrag in intensiven Beratungen zugewandt. Er empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

(Fritz Latendorf)

Auf diese Beschlußempfehlung möchte ich mich von hier aus in aller Kürze beziehen und den Auftrag an Sie zurückgeben, Herr Präsident!

(Heiterkeit und Beifall)

Präsident Rudolf Titzck:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zu diesem eingehenden Bericht liegen nicht vor. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schulz.

Alfred Schulz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Angelegenheit der **Deponie-Siedlung Barsbüttel** hat sich seit der Diskussion über den **Antrag der SPD-Fraktion** am 18. Februar 1987 hier im Landtag einiges geändert. Damit ist zumindest für die Hausbesitzer und ihre Familien in dieser Siedlung eine mehr als ein Jahr dauernde Situation der Angst und Sorge um Besitz und Gesundheit beendet.

Lassen Sie mich aber auch deutlich sagen, daß sich die **Haltung der Landesregierung** in diesem Jahr allmählich zum Skandal auszuwachsen droht.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Nun hat die Regierung ja noch einigermaßen die Kurve gekriegt. Wir von der SPD finden das gut, und zwar im Interesse der Menschen auf der Deponie. Das ist auch der Grund dafür, daß wir Ihnen mit der Drucksache 10/2079 eine Änderung unseres Ursprungsantrags vorgelegt haben. In dem neuen Antrag bringen wir zum Ausdruck, daß die Landesregierung den Bewohnern der Siedlung Ellerhoop auf der Altdeponie 78 nach langem Zögern ein annehmbares Angebot unterbreitet hat. Wir können dies deswegen so formulieren, weil auch die Vertretung der Bewohner, die „Interessengemeinschaft 78“, dieses jüngste Angebot als solches gewertet hat.

Aber, meine Damen und Herren, ohne die engagierte Interessenvertretung der Bewohner selbst und ohne den politischen Druck in den Parlamenten der Gemeinde Barsbüttel, des Kreises Stormarn und hier im Landtag wäre es sicherlich nicht zu diesem Ergebnis gekommen.

(Beifall bei der SPD)

In der Fragestunde des Landtages am 27. Mai 1986 – vor fast einem Jahr – hat der zuständige Minister die Angelegenheit der Deponie 78 noch so weit heruntergespielt, daß er eine Zuständigkeit der Landesregierung mit der Bemerkung anzweifelte, daß das eigentlich wohl mehr eine Fragestunde für den Stormarner Kreistag sei.

(Wilhelm Marschner [SPD]: So ist das!)

Weil sich die Landesregierung fortdauernd ihrer Verantwortung entzog, hat die SPD diesen Fall in den

Landtag gebracht. Mit Datum vom 4. Februar 1987 hat die SPD-Fraktion in ihrem Antrag gefordert:

„Zur umfassenden Sanierung der Altdeponie Barsbüttel ist die Umsiedlung der Bewohner der Siedlung Ellerhoop erforderlich.“

Begründet wurde dieser Antrag darüber hinaus mit der gesundheitlichen Gefährdung der auf der Deponie wohnenden Menschen.

Regierung und Fraktion der CDU reagierten auf diesen Antrag negativ. Minister Flessner konnte keine Explosionsgefahr infolge von Deponiegasbildung, keine gesundheitliche Belastung durch Schadstoffe, keine Gefährdung der Standsicherheit der Gebäude erkennen – und das alles trotz seit längerem vorliegender Untersuchungsergebnisse, die von den Betroffenen veranlaßt worden waren. Die Untersuchungsergebnisse – so äußerte sich der Minister – ließen keinen sachlich begründeten Bedarf für sofortige Handlungen erkennen. Amtliche Untersuchungen sollten abgewartet werden. Ergebnisse seien nicht vor Mitte 1988 zu erwarten.

Das alles verkündete der Minister am 18. Februar 1987.

Am 6. März, meine Damen und Herren, machte die Landesregierung allen **Hausbesitzern** auf der Deponie das **Angebot**, die Häuser zum geschätzten Verkehrswert abzukaufen.

(Hans Wiesen [SPD]: Gerade drei Wochen Differenz!)

– Ja! – Was war inzwischen geschehen, daß die Landesregierung nun doch zu einer Soforthandlung schritt?

Dieses Angebot kam übrigens vier Tage vor einer Fernsehsendung aus dem Rathaus Barsbüttel über dieses Thema mit Björn Engholm und dem CDU-Fraktionschef Klaus Kribben als Teilnehmern. Die Sendung verlief – das werden Sie bestätigen, Herr Kollege Kribben – wesentlich ruhiger, als es eigentlich zu erwarten gewesen wäre.

(Klaus Kribben [CDU]: Nur von Ihnen! – Fritz Latendorf [CDU]: Als ihr es gewünscht hattet!)

Darin stimmen wir überein. – Nun ja, das war – um dies noch einmal zu erläutern – eine Sendung unter gewaltiger Beteiligung der Barsbütteler Bevölkerung, insbesondere der Bewohner der Deponie 78 in Barsbüttel. Da wäre es anderenfalls wohl schon etwas höher hergegangen; davon können wir alle wohl ausgehen.

Vor dem Hintergrund dieses Angebots, das inzwischen noch entscheidend günstiger geworden ist, erwarte ich heute eigentlich von Herrn Minister Flessner eine Rücknahme seines Vorwurfs vom 18. Februar 1987 an die SPD, sie habe nur „öffentlichkeitswirksam Aktionismus“ betrieben. Ich glaube, es wäre ein guter Stil, Herr Minister, wenn Sie dazu heute etwas sagten.

(Beifall bei der SPD)

(Alfred Schulz)

Nun kommen Sie sicherlich wieder mit dem Argument, daß sich Ihr Angebot nur an jene richte, die es freiwillig annehmen wollten und sich zudem subjektiv gefährdet fühlten. Wir halten die Aufrechterhaltung des **Grundsatzes der „subjektiv empfundenen Gefährdung“** für falsch, für eine rechtliche und politische Augenwischerei, meine Damen und Herren!

Ich möchte an dieser Stelle gar nicht weiter ausmalen, welche Möglichkeiten sich hier vielleicht für Bewohner in der Nachbarschaft einer Chemiefabrik oder eines Atomkraftwerks ergeben. Aber auf einen Widerspruch möchte ich doch noch aufmerksam machen. Der **Hausbesitzer**, der nicht selbst auf der Deponie wohnt, sondern sein Haus vermietet hat, kann es ebenfalls verkaufen. Ich frage mich, wie es da eigentlich mit der „subjektiv empfundenen Gefährdung“ ist.

Aber für den **Mieter**, der auf der Deponie wohnt und der sich subjektiv gefährdet fühlt, hat die Landesregierung kein offenes Ohr. In einer geradezu kalten Art und Weise wird ein Mieter vom Innenminister belehrt, er könne ja wegziehen; Umzugskosten erhalte auch der Hausbesitzer nicht. Auf die Einwände des Mieters, daß dann erneute Aufwendungen für einen Makler erforderlich seien und darüber hinaus eigene Einbauten in der Wohnung verloren seien, wird in dem Brief des Innenministers überhaupt nicht eingegangen.

(Klaus Kribben [CDU]: Verkehrswert!)

Meine Damen und Herren, ich komme damit auf den fortbestehenden Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der Landesregierung zu sprechen.

Wir gehen von einer objektiven Gefährdung der Bewohner der Siedlung Ellerhoop aus.

(Beifall der SPD)

Sie ist jetzt gegeben, und sie ist verstärkt gegeben, wenn die umfassende Sanierung erfolgt, deren Notwendigkeit zwischen uns ja gar nicht mehr streitig ist. Sie halten dagegen immer noch an dem Grundsatz fest, es gebe nur eine subjektiv empfundene Gefährdung. Allerdings sind Sie jetzt in solchen Fällen bereit – das ist immerhin wirklich erstaunlich –, eine für die Betroffenen kostenlose Umsiedlung zu ermöglichen. Wir fragen uns allerdings, ob es bei einem solchen Maß der Anerkennung einer Gefährdung nicht zur Fürsorgepflicht des Staates gehörte, deutlicher auf bestehende Gefahrenmomente hinzuweisen.

Letztlich bleibt dem Landtag, der Regierung, wenn sie glaubwürdig gegenüber der Öffentlichkeit, vor allem gegenüber den Betroffenen bleiben wollen, nur, die **objektiv bestehende Gefährdung** festzustellen, die von der Deponie ausgeht. Daher beantragen wir im dritten Absatz unseres Antrages heute die Feststellung – ich zitiere –, „daß eine Umsiedlung aller Bewohner erforderlich ist, deren Gesundheit durch die Auswirkungen dieser Deponie gefährdet ist und deren Verbleiben in ihren Häusern bei der notwendigen umfassenden Sanierung nicht möglich ist.“

Meine Damen und Herren von der CDU, von der Landesregierung, Sie haben sukzessive nachgegeben, weil Sie gar nicht mehr anders konnten. Ich will mir gar nicht die vielfach geäußerte Vermutung zu eigen machen, daß in dem Maße, in dem der Termin der Landtagswahl näherrückt, Ihre Bereitschaft gewachsen ist, sich der Sorgen der Ellerhoop-Bewohner anzunehmen. Das will ich mir gar nicht zu eigen machen. Aber ist es nicht leichtfertig gewesen, wenn Sie über Monate hinweg die Gefährdung der Bewohner heruntergespielt haben? So wie hier mit den Sorgen und Ängsten umgegangen worden ist, dürfte eine Landesregierung, dürfte verantwortliche Politik eigentlich mit Menschen nicht umgehen.

Bei der Beratung des Nachtragshaushalt ist vom Kollegen Klingner bereits die windige **Finanzierung** des Unternehmens Deponie 78 kritisiert worden. Die enorme Belastung in unserm Land mit Altdeponien, die zum großen Teil gefährliche Stoffe aufweisen, wird auch ohne das zusätzliche Problem einer Besiedlung wie in diesem Fall zu erheblichem Einsatz finanzieller Mittel führen. Ich erinnere zum Beispiel nur an die festgestellten Altlasten vor Helgoland.

(Beifall des Abgeordneten Hans Wiesen [SPD])

Zur Beseitigung werden erhebliche Summen benötigt.

Wir halten aus diesem Grund unsere Forderung aufrecht, daß für die endgültige Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen der Umsiedlung und der Sanierung in Barsbüttel und darüber hinaus für andere auf uns zukommende Fälle gemäß dem Verursacherprinzip die Industrie über einen Altlastenfonds heranzuziehen ist.

Die **Chronologie der Ereignisse** um die Deponie-Siedlung Ellerhoop ist ein Lehrstück der politischen Kunst des Abwiegelns, des Verweisens auf die Zuständigkeiten anderer, und schließlich, nach dem Kaufangebot der Landesregierung, ging es weiter, indem die Bewohner auf der Deponie mit einer knappen Fristenregelung unter Druck gesetzt wurden. Ich will hier nur zwei Beispiele kurz nennen. Im November hatte sich die IG 78 an den Ministerpräsidenten des Landes gewandt. In dem Antwortschreiben ging der Ministerpräsident mit keinem Wort auf die Frage einer Ab- oder Umsiedlung ein; er hat vielmehr auf die Zuständigkeit des Kreises bezüglich einer Sanierung verwiesen. Nichts anderes stand in seinem Antwortschreiben.

Oder aber ich zitiere einmal aus dem „Barsbütteler Benzol-Boten“. Dort wird zu der Fristenregelung folgendes gesagt:

„Als Begründung für ihre Kompromißlosigkeit erklärte die Landesregierung: Die IG 78 habe schließlich gerade wegen möglicher Gesundheitsgefährdungen auf schnelle Absiedlung gedrängt, darum nun auch enge Fristen seitens der Landesregierung. Wenn die Bewohner der Deponie das Angebot nicht rasch akzeptierten, werde die Interessengemeinschaft in der Öffentlichkeit unglaubwürdig.“

(Alfred Schulz)

Und weiter geht es:

„Offenbar geht es der Landesregierung derzeit nicht um eine rasche und sachgerechte Lösung. Vielmehr ist man dabei, eine Pressekampagne vorzubereiten, mit der man die Betroffenen mundtot machen will. Einerseits zwingt man die Geschädigten faktisch, das Angebot praktisch erst zu einem späteren Zeitpunkt abzufordern, andererseits plant man, den Medien weiszumachen, den Bewohnern gehe es in Wirklichkeit gar nicht um ihre Gesundheit, sonst würden sie ja schneller zugreifen.“

Das ist ein richtig charakterisiertes Verfahren. Und ich halte es für unmöglich, meine Damen und Herren, wie vorgegangen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Das geht bis zum heutigen Tage so, auch nachdem erklärt worden ist, daß die Fristen so ernst und so eng nicht genommen würden. Immer noch wird den Betroffenen erklärt: „Ihr fühlt euch doch gefährdet; also solltet ihr schnell wegziehen.“ Daß eine Entscheidung zum Hausverkauf sorgsam überlegt sein will, daß die meisten gern in Barsbüttel wohnen bleiben möchten, aber neue Häuser erst gebaut werden müssen, scheint der Landesregierung erst allmählich zu dämmern.

Im Juni wird in Barsbüttel ein neuer Bebauungsplan aufgestellt. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, daß viele Ellerhooper ein neues Heim in der gleichen Gemeinde und damit ihr soziales Umfeld erhalten können. Ich gehe davon aus, daß keiner der Bewohner dieser Deponie-Siedlung dort wohnen bleiben wird.

Man wird vielleicht von einem glücklichen Ende sprechen können, wenn die Hausbesitzer ohne größere finanzielle Einbußen davonkommen werden. Aber, meine Damen und Herren, es bleibt ein bitterer Nachgeschmack, etwa für die Mieter in Ellerhoop; es bleiben die Probleme der Randbewohner dieser Deponie, die nun saniert werden muß.

Dies war ein Lehrstück verspäteten und letztlich nicht ausreichenden politischen Handelns, meine Damen und Herren. Nach unserer Auffassung kann die zu ziehende Konsequenz nur die sein: Die von dieser Deponie ausgehende Gefährdung ist anzuerkennen.

(Beifall des Abgeordneten Hans Wiesen [SPD])

Der Eiertanz der Respektierung einer „subjektiv empfundenen Gefährdung“ ist nicht durchzustehen, und die Rechtfertigung einer kostenlosen Umsiedlung der Bewohner ist für uns begründet in der tatsächlich von der Deponie ausgehenden Gefahr.

(Beifall der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Buhmann, Sie haben das Wort.

Hans Buhmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die CDU-Landtagsfraktion waren in der Diskussion um die **Sanierung der Deponie 78 in Barsbüttel** insbesondere drei Gesichtspunkte besonders wichtig. Zum ersten das Ausschließen einer akuten Gefahr für die dort lebenden Menschen, zum zweiten die Erarbeitung eines umfassenden Sanierungskonzepts und zum dritten die Möglichkeit, zu fairen Bedingungen ein dort gelegenes Grundstück abzugeben.

Wir dürfen heute feststellen – der Kollege Schulz hat dem trotz der großen Unterschiede in der Darstellung im Grundsatz auch nicht widersprochen –, daß diese entscheidenden Gesichtspunkte in vollem Umfang Berücksichtigung gefunden haben, und zwar – hier unterscheiden wir uns; ich will das belegen – nicht durch Anträge und Beiträge der SPD-Landtagsfraktion, sondern in erster Linie durch verantwortungsbewußtes Handeln aller Beteiligten – der zuständigen Stellen auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene, durch die dort wohnenden Bürger und schließlich auch – das will ich erwähnen – durch die Schleswig-Holsteinische Landesgesellschaft.

Allen Genannten wollen wir auch an dieser Stelle unseren Dank für umsichtiges Handeln sagen.

Die **Landesregierung**, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat ein **Angebot zur Übernahme der Grundstücke** in Barsbüttel vorgelegt, das sachgerecht, verantwortbar und auch fair ist. Die betroffenen Grundstückseigentümer haben dies auch erkannt und so bewertet.

Noch in den Ausschußberatungen – der Kollege Schulz ist nicht dabeigewesen – hat die SPD von einem „Schnellschuß“ der Landesregierung gesprochen. Es wurde in den Ausschußberatungen beklagt, daß die Landesregierung anders gehandelt habe, als es gefordert worden sei. Genau aus diesen Gründen hat sodann die SPD-Fraktion im zuständigen Ausschuß einen geänderten Antrag – dies ist der Umdruck 10/1283 – vorgelegt, und das ausdrücklich mit dem Hinweis, daß hier nicht entsprechend gehandelt worden sei. Heute sieht dies offenbar ganz anders aus.

(Hans Wiesen [SPD]: Die Landesregierung hat ja auch ihre Vorschläge modifiziert!)

Man darf heute doch wohl feststellen, daß Sie offenbar einer eingetretenen Entwicklung inzwischen nachlaufen.

(Lachen des Abgeordneten Manfred Sickmann [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es muß doch eigenartig anmuten, den eigenen Antrag laufend zu ändern. Hierbei bezeichnen Sie nunmehr

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Sickmann [SPD])

in Ihrem letzten Antrag das vorliegende Angebot der Landesregierung als annehmbar. Dies doch vor dem Hintergrund der Tatsache, daß auch Sie zur Kenntnis

(Hans Buhmann)

nehmen müssen, daß die dortigen Grundstückseigentümer diese Angebote akzeptiert haben!

Hierin kann ich in keiner Weise einen Erfolg der SPD-Landtagsfraktion sehen, und die Berichterstattung in der Presse, insbesondere in den letzten Tagen, ist doch ein Beleg dafür, daß dies auch nicht verborgen geblieben ist.

(Alfred Schulz [SPD]: Am 18. Februar war man da noch anderer Meinung!)

Meine Damen und Herren, für uns stellt es sich in erster Linie so dar, daß das heutige Ergebnis vor allem der Erfolg der **Gespräche** zwischen der **Interessengemeinschaft** und der **Schleswig-Holsteinischen Landgesellschaft** ist, und in diesem Zusammenhang darf auch angemerkt werden, daß sich diese Einrichtung des Landes auch mit der Übernahme dieses nun weiß Gott nicht einfachen Auftrages erneut bewährt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die SPD-Fraktion in ihrem abgeänderten Antrag Drucksache 10/2079 erneut beklagt – der Kollege Schulz hat es in seinem Beitrag ja wieder getan –, daß sie den **Grundsatz der subjektiven Gefährdung** für falsch hält, so ist das nach meiner Meinung ein weiteres Beispiel für die falsche Beurteilung dieser Sache.

(Klaus Kribben [CDU]: Sehr richtig!)

Ich bin sogar der Meinung, daß es ohne jeden Zweifel im Interesse der dort lebenden Menschen liegt, gerade den Grundsatz der subjektiven Gefährdung zugrunde zu legen, denn die auch heute von Ihnen erneut geforderten anderen Kriterien wären zunächst einmal zu beweisen und würden auf jeden Fall zu ganz beträchtlichen Verzögerungen führen, und beides wollen wir nicht. Gerade dies haben doch auch die Bewohner dieses Baugebietes erkannt und inzwischen in sieben von acht Fällen bereits die Ergebnisse der bisher vorliegenden Gutachten akzeptiert. Hinzuzufügen ist an dieser Stelle, daß bis zum 5. Mai bereits 48 Gutachten angefordert wurden, und auch dies ist doch der beste Beweis dafür, daß das Handeln der Landesregierung anerkannt worden ist.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang auch, daß die Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft längerfristige Nutzungsangebote in der Form unterbreitet hat, daß das verkaufte Haus bis zur Fertigstellung eines Ersatzbaues weiter bewohnt werden kann. Ich gehe davon aus – der Kollege Schulz hat dies ja auch schon angesprochen –, daß alle Verantwortlichen auf Gemeinde- und Kreisebene umgehend die Voraussetzungen für die Bereitstellung von **Baugelände** schaffen werden. In diesem Zusammenhang kann man es sicher als positiv bewerten, daß die Schleswig-Holsteinische Landgesellschaft in Barsbüttel immerhin 36 ha Vorratsflächen verfügbar hat, gegebenenfalls als Austauschgelände. Ich meine auch, daß sich die Landesregierung sehr flexibel in der Präzisierung der im Angebot enthaltenen Fristen gezeigt hat.

(Alfred Schulz [SPD]: Das stimmt nicht!)

Auf dieser Grundlage wird es möglich sein, im Frühjahr 1988 – wenn alles glatt läuft – die ersten Bauge-

nehmungen zu erteilen, wenn sich jetzt – diese Bestrebungen laufen ja – um Ersatzland bemüht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Meinung, daß wir es mit einem Angebot zu tun haben, das ermöglicht, ja sogar beinhaltet, daß möglichst viele Bewohner dieses Gebietes auch künftig in Barsbüttel bleiben können.

Über dieses Angebot hinaus – und das will ich auch unterstreichen – erwartet die CDU-Landtagsfraktion, daß die laufenden Untersuchungen schnell abgeschlossen werden, um auf dieser Grundlage weitere Entscheidungen zu treffen. Eine dauerhafte Lösung kann nur mit einem **umfassenden Sanierungskonzept** gefunden werden, und dies sollte im Interesse aller Betroffenen möglichst bald vorgelegt werden.

In diesem Zusammenhang soll auch nicht unerwähnt bleiben, daß Entscheidungen, die Entschädigungszahlungen zur Folge haben, nicht auf Vermutungen gestützt werden können.

Ein abschließendes Wort, meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Frage der **Finanzierung der Hausankäufe**.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Das macht der Steuerzahler!)

Nachdem die SPD-Landtagsfraktion in ihrem Antrag Drucksache 10/1900 und auch in ihrem Antrag Umdruck 10/1283 gefordert hatte, erste Haushaltsmittel im Nachtragshaushalt des Jahres 1987 bereitzustellen, um mit den Maßnahmen im Jahre 1988 zu beginnen, haben Sie diese Forderung aus Ihrem neuen Antrag gestrichen. Ich möchte hierzu abschließend zweierlei feststellen. Erstens wird mit den ersten Maßnahmen nicht, wie von der SPD gefordert, im Jahre 1988 begonnen, sondern bereits in diesen Wochen, und schon jetzt haben die dort lebenden Menschen, wie die letzten Tage gezeigt haben, diesen Vorteil erkannt.

Zweitens steht die Ablehnung des Nachtragshaushalts durch die SPD-Fraktion in diesem Punkt im klaren Widerspruch zu ihren eigenen ursprünglichen Forderungen.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß schon feststellen: Nicht einmal über diesen Teil des Nachtragshaushalts haben Sie, wie Sie es sonst immer halten, eine Einzelabstimmung beantragt, sondern haben die Bereitstellung benötigter Haushaltsmittel abgelehnt, und hiermit, so müssen Sie sich verhalten lassen, entziehen Sie Ihren eigenen Forderungen die haushaltmäßige Basis.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe hier den Eindruck, daß Sie mit Ihrem letztgestellten Antrag nur in allerletzter Minute auf einen längst abgefahrenen Zug aufspringen, und das noch ohne gültigen Fahrschein.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Das Wort hat der Herr Landwirtschaftsminister.

(Vizepräsident Dr. Egon Schübeler übernimmt den Vorsitz)

Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Agrar- und Umweltausschuß hat nach eingehenden Beratungen den Antrag der SPD unter sachlichen Gesichtspunkten abgelehnt, und auch ich möchte noch einmal unterstreichen, daß die sofortige zwangsweise Absiedelung, wie von der SPD gefordert, aus fachlicher Sicht nicht begründet ist. Wenn Sie die **Absiedelung der ehemaligen Deponie 78 in Barsbüttel** verlangen, so ist das ja nicht irgendeine allgemeine Forderung. Eine Absiedelung ist ein Eingriff in das Eigentum, und auch diejenigen, die dort wohnen bleiben möchten, wären von einer solchen Maßnahme betroffen. Zur Zeit sind aber nach meinen Informationen keineswegs alle Bewohner auf der ehemaligen Deponie bereit, dort wegzuziehen. Eine Absiedelung, wie sie die SPD fordert, kann nur dann in Betracht kommen, wenn objektiv feststehende Faktoren dies als notwendig erscheinen lassen, daß heißt, wenn durch alternative Maßnahmen eine Gefährdung der Bewohner nicht abgewendet werden kann.

Die vom Kreis Stormarn in Übereinstimmung mit den zuständigen Landesdienststellen durchgeführten **Untersuchungen** liefern keine Grundlage für eine solche Maßnahme. Wir werden also die weiteren Untersuchungen, wie Herr Buhmann eben ausführte, abwarten müssen. Auf der anderen Seite wird – ich wiederhole meine Aussagen aus der letzten Debatte – hier auch alles unternommen, um zu einer schnellen und eingehenden Abschätzung der Situation als Grundlage für ein weiteres Handeln kommen zu können. Der Kreis, die Gemeinde und die zuständigen Stellen des Landes arbeiten hier eng zusammen, aber wir können heute eben noch keine definitiven Aussagen treffen, auch was die Sanierung der Deponie angeht.

Die **Haltung der Landesregierung**, die Sie hier kritisch beurteilt haben, Herr Kollege Schulz, war stets sachgerecht, sie war offensiv und sie war auch konstruktiv.

(Beifall bei der CDU)

Ich muß also Ihre Vorwürfe mit deutlicher Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Bezug auf die Beantwortung von Fragen in der Fragestunde im Mai vorigen Jahres, nämlich daß das eigentlich eine Fragestunde für den Stormarner Kreistag war, will ich hier noch einmal bekräftigen. Wir haben durch eine Absprache mit den Landkreisen – Sie können das auch mit Rechtsgrundlagen darstellen – sichergestellt beziehungsweise vereinbart, daß die Festlegung, wo es überhaupt Altdeponien gibt,

Sache der Kreise ist und daß es auch Sache der Kreise ist, eine Gefährdungsabschätzung vorzunehmen. Das ist unstrittig.

(Wilhelm Marschner [SPD]: So schlampig wie im Kreis Plön!)

Aber Sie wollen natürlich alle Absprachen oder sonstigen Zuständigkeiten einfach wegschieben, als wäre das überhaupt nur eine Lappalie. So gesehen ist das, was Sie an mancher Stelle getan haben, in der Tat Aktionismus. Ich nehme das also nicht zurück.

Über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten will ich jetzt nichts Näheres berichten. Sie werden es zum Teil als örtlich betroffene Kollegen wissen, daß das in dem Maße läuft, wie ich es im Februar hier gesagt habe.

Ich will aber einmal bekräftigen: Die Landesregierung hat zu jeder Zeit die Sorgen der auf der ehemaligen Deponie wohnenden Bürger sehr ernstgenommen. Ihre Situation wird dadurch geprägt – das wiederhole ich, auch wenn es Herrn Schulz nicht gefällt –, daß sie ihren subjektiv empfundenen Gefährdungen nicht entweichen können. Ihre Häuser sind entweder schwer oder gar nicht verkäuflich, so daß ein Umzug aus finanziellen Gründen nicht möglich ist.

Um hier zu helfen, hat die Landesregierung das in der Februarsitzung des Landtags angekündigte und vom Innenminister den Betroffenen zwischenzeitlich unterbreitete **Angebot zum Ankauf der Häuser** auf der Deponie gemacht.

Es geht dabei nicht – das ist sehr wichtig, was ich jetzt sage – um eine wie auch immer geartete Entschädigung für Betroffene. Dafür ist das Land nicht der richtige Adressat, und das wissen Sie ganz genau. Es geht der Landesregierung nur darum, dem, der aus einer **subjektiv empfundenen Gefährdung** heraus sein Haus verkaufen möchte, zu helfen, einen Käufer zu finden. Und das Land tritt hier als Käufer der Häuser auf.

Der Kaufpreis wird durch unabhängige vereidigte Sachverständige ermittelt, wobei die Belegenheit auf der Deponie bei der Ermittlung des Verkehrswertes außer acht bleiben soll.

In der letzten Woche sind die ersten Gutachten vorgelegt und den Betroffenen zur Kenntnis gebracht worden. Die Reaktion war sachlich. Es kann davon ausgegangen werden, daß derjenige, der die Deponie verlassen will, dies mittels dieses Angebots auch tun kann, auch unter dem Aspekt, sich ein neues Objekt kaufen oder bauen zu müssen.

In der Vollversammlung der Interessengemeinschaft am 30. April dieses Jahres ist noch einmal die Position der Landesregierung durch die mit der Durchführung des Angebots betraute Landgesellschaft dargestellt worden. Dabei konnten Mißverständnisse und Fehlinterpretationen, die auf seiten der Betroffenen noch bestanden haben, ausgeräumt werden.

Vor allem aber zeigte sich auch, wie positiv das Angebot der Landesregierung vor Ort aufgenommen

(Minister Günter Flessner)

wird. Es ist für mich gerade auch im Blick auf den SPD-Antrag und seine Begründung bemerkenswert, daß mehrere Bewohner mit Nachdruck den Wunsch geäußert haben, auch nach Annahme des Angebots länger als drei Monate in ihrem bisherigen Haus wohnen bleiben zu können. Sie wissen, daß wir dies im Einvernehmen, besonders beim Neubau eines Hauses an einem anderen Standort in Barsbüttel, auch nicht ausschließen wollen.

Es handelt sich bei dem **Angebot der Landesregierung** um ein **freiwilliges Entgegenkommen**, das durch keinerlei objektiv feststellbare Fakten indiziert ist. Daher kann es für die Bewohner auch nicht zu einer – wie von der SPD gefordert – kostenneutralen Lösung kommen. Dies würde nämlich auf eine Entschädigungslösung hinauslaufen, für die, wie bereits ausgeführt, das Land nicht der richtige Adressat wäre.

Daß dies plötzlich von den Bewohnern auch so gesehen wird, zeigen die durchweg positiven Reaktionen auf das Angebot der Landesregierung. Hier ist den Betroffenen eine insgesamt zufriedenstellende Lösung angeboten worden. Sie gibt jedem, der es möchte, die Möglichkeit oder die Gelegenheit, sein Haus auf der ehemaligen Deponie zu verkaufen.

Die Landesregierung wird jedenfalls den von ihr eingeschlagenen Weg des abgewogenen, überlegten und begründeten Handelns fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schulz.

Alfred Schulz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ganz kurz zu dem CDU-Antrag! Er ist für die SPD so nicht annehmbar, weil hier der Grundsatz der subjektiv empfundenen Gefährdung aufrechterhalten wird.

Zu den Äußerungen des Kollegen Buhmann und von Minister Flessner ganz kurz einige Bemerkungen. Herr Kollege Buhmann, die Akzeptanz des Angebots der Landesregierung ist ja erst durch die Aufweicheung der starren Fristenregelung gestiegen. Das müssen Sie sich doch einmal klar machen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich zum Beispiel einmal den „Benzol-Boten“ – Sie waren, glaube ich, nicht in Barsbüttel, aber vielleicht haben Sie ihn zu Gesicht bekommen – anschauen, können Sie dort lesen, daß einmal in einer Überschrift von dem „Gutachter-Diktat der Landesregierung“ die Rede war, und auf einer sehr treffenden Karikatur stand: „Absiedlungsangebot der Landesregierung – Palmwedel und Keule“. Das war das **subjektive Empfinden der Betroffenen** zu dem **Angebot der Landesregierung**, meine Damen und Herren!

Eines ist doch völlig klar: Sie haben hier so sehr die Übereinstimmung mit den Betroffenen hervorgehoben. Diese Übereinstimmung mit den Betroffenen ist

aber doch in den letzten Tagen erst herbeigeführt worden. Das können Sie hier doch nicht wegwischen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch noch vor zwei oder drei Wochen nicht der Fall gewesen. Da ist dieses Angebot so charakterisiert worden, wie ich es eben bezeichnet habe, als ein Diktat der Landesregierung und als nichts anderes.

Wenn es heute anders ist – lassen Sie mich das so ausdrücken –, dann liegt das daran: Es ist doch natürlich, daß es jetzt eine subjektiv empfundene Zufriedenheit der Bewohner gibt. Das ist doch völlig klar. Ihnen wird jetzt ihr Haus zum Verkehrswert abgekauft, und sie können sich ein neues Haus suchen. Das ist für uns natürlich auch Anlaß, zu sagen: Dann ist das, was die Bewohner angeht, eine Sache, die in Ordnung gegangen ist. Aber – wie gesagt – das haben Sie sich wirklich Stück für Stück abringen lassen. Das ist doch kein so freiwilliges Angebot gewesen, wie es jetzt hier dargestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Flessner, wenn Sie sich jetzt das, was die Bewohner über Monate hinweg gefordert haben, noch einmal ansehen, werden Sie zugeben müssen: Es ist immer die **Forderung nach einer Absiedlung** erhoben worden. Daß die Bewohner jetzt ganz persönlich mit diesem Angebot zufrieden sind, das – ich habe es eben gesagt –, ist ganz selbstverständlich.

Wenn ich mir überlege, daß die Landesregierung hier ein freiwilliges Angebot macht, dann kann ich nur noch einmal wiederholen: Was machen Sie eigentlich, wenn jetzt ein sich subjektiv gefährdet fühlender Nachbar einer Chemiefabrik oder eines Atomkraftwerkes kommt? Ich glaube kaum, daß Sie in der gleichen Weise bereit wären, wie bei Barsbüttel zu verfahren. Es muß doch wohl eine Gefährdung vorhanden sein. Anders ist es doch nicht vorstellbar, wie Sie jetzt vorgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß es zurückweisen, Herr Minister, wenn Sie hier sagen, daß wir etwa gegebene Zuständigkeiten hätten wegschieben wollen. Das ist überhaupt nicht der Fall gewesen. Gucken Sie sich unsere Auführungen an, gucken Sie sich unsere Anträge an.

Wir haben von Anfang an gefordert, möglichst rasch zu einem gemeinsamen Konzept von betroffener Gemeinde, Kreis Stormarn und Land Schleswig-Holstein zu kommen. Dies und nichts anderes hat die SPD-Fraktion geäußert.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Meine Damen und Herren, zu dem Tagesordnungspunkt liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Geschäftsordnungsmäßig müßte ich zunächst die Frage stellen, ob ich es richtig sehe, daß durch den Antrag Drucksache 10/2079 der Antrag der SPD-

(Vizepräsident Dr. Egon Schübeler)

Fraktion, Drucksache 10/1900, überflüssig geworden ist.

(Hans Wiesen [SPD]: Das ist korrekt!)

– Korrekt ist dann nicht, daß Sie auf Ihrem Antrag „Änderungsantrag“ geschrieben haben. Das ist mißverständlich.

(Hans Wiesen [SPD]: Er ändert die ursprüngliche Vorlage!)

Er ändert die ursprünglich Vorlage nicht mehr, er ersetzt sie.

(Björn Engholm [SPD]: Er ergänzt den Antrag!)

Ich sehe es richtig, wenn ich erkläre, daß der Antrag Drucksache 10/1900 gegenstandslos ist, in gleicher Weise auch der Bericht und die Beschlußempfehlung des Ausschusses. Wir haben dann alternativ über die Anträge in den Drucksachen 10/2079 und 10/2018 abzustimmen.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/2079, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das letzte war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Antrag Drucksache 10/2081. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen gibt es nicht. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Waldprogramm für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/951

Bericht und Beschlußempfehlung des Agrar- und Umweltschutzausschusses

Drucksache 10/2022

Ich erteile dem Vorsitzenden des Agrar- und Umweltschutzausschusses, Herrn Abgeordneten Wiesen, das Wort.

Hans Wiesen [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Agrar- und Umweltschutzausschuß hat den ihm durch Plenarbeschluß vom 22. Mai 1985 überwiesenen SPD-Antrag, Drucksache 10/951, in insgesamt sechs Sitzungen, zuletzt am 26. März dieses Jahres, beraten.

Der SPD-Antrag forderte die Landesregierung auf, zusammen mit dem Zweiten Forstbericht ein langfristig konzipiertes und mittelfristig finanziell abgesichertes **Waldprogramm** für Schleswig-Holstein vorzulegen.

Eine Sitzung des Ausschusses war einer Waldbegehung im Segeberger Forst sowie im Anschluß daran einer nichtöffentlichen Anhörung gewidmet; gehört wurden die Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forst-

wirtschaft, der Bund Deutscher Forstmänner, der Schleswig-Holsteinische Waldbesitzerverband, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald sowie der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Weitergehende Vorschläge der antragstellenden Fraktion zu einer öffentlichen Anhörung und zur Einbeziehung weiterer – etwa acht – Verbände wurden von der Ausschlußmehrheit abgelehnt.

In die Beratungen des Antrages der Fraktion der SPD zum Waldprogramm bezog der Ausschuß verabredungsgemäß den **Zweiten Forstbericht** der Landesregierung 1985 ein.

Die Mehrheit des Ausschusses vertrat in den Beratungen die Meinung, daß im Grunde genommen das Gros des Ansinnens der SPD bezüglich des geforderten Waldprogramms schon in forstwirtschaftliche Praxis umgesetzt worden sei. Es werde auch in Zukunft im wesentlichen um die im Zweiten Forstbericht von der Landesregierung beschriebenen Dinge gehen, und das, was diesbezüglich bereits bewährte Praxis sei beziehungsweise was inzwischen an Maßnahmen angelaufen sei – so sagte die Mehrheit –, solle fortgesetzt werden.

Die Antragsteller machten deutlich, daß man das von der SPD geforderte langfristig angelegte und finanziell mittelfristig abgesicherte Waldprogramm im Zweiten Forstbericht der Landesregierung von 1985 nicht wiedererkennen könne. Insofern formulierte die Minderheit im Ausschuß – dies in Änderung der Ursprungsvorlage wegen der seit Einbringung des Antrages durch die Vorlage des Forstberichts eingetretenen Änderung der Situation –, daß die Landesregierung auf der Grundlage des Zweiten Forstberichts ein Waldprogramm für Schleswig-Holstein erarbeiten und dem Landtag vorlegen solle.

Meine Damen und Herren, diese Meinungsunterschiede waren im Ausschuß nicht zu überbrücken. Wir kamen zu einer mehrheitlichen Empfehlung des Inhalts, die Drucksache 10/951, Waldprogramm der SPD, abzulehnen.

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wird zu dem Bericht das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wird das Wort gewünscht? – Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wiesen.

Hans Wiesen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf der Grundlage dieses hervorragenden Berichts des Herrn Ausschußvorsitzenden

(Beifall bei der SPD)

möchte ich nun in die Sachberatungen eintreten.

(Hans Detlef Stäcker [CDU]: Das kann man nur sagen, wenn man Geburtstag hat! – Peter Aniol [CDU]: Der hat Geburtstag!)

Von allen Bundesländern haben wir den wenigsten Wald – nicht einmal 9 % der Fläche. Wald ist deswe-

(Hans Wiesen)

gen in **Schleswig-Holstein** besonders kostbar. Es gilt deshalb, den Wald hier noch mehr zu schützen, als dies anderswo notwendig ist. Daß einem dabei Widersprüche begegnen, wird jedem klar, der sich ein wenig mit der Sache beschäftigt.

Nach den heutigen Definitionen ist Schleswig-Holstein **Reinluftgebiet**. Trotzdem stirbt auch bei uns der Wald. Es gibt halt manche Probleme, die sich nicht einfach wegdefinieren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen vielmehr etwas tun, um sie zu beseitigen.

Die SPD hatte ein langfristig angelegtes **Waldprogramm** gefordert, das heißt, nicht ein Waldprogramm, das etwa auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben wird, sondern das mit kontinuierlichen Maßnahmen zur Hilfe des Waldes langfristig, dauerhaft – wie der Waldbau insgesamt – funktionieren soll.

Dieses Programm sollte nach den Vorstellungen der SPD finanziell mittelfristig abgesichert sein. Eine solche mittelfristige finanzielle Absicherung – ich denke, das hat uns allen die Debatte um den ersten Nachtragshaushalt dieses Jahres gezeigt – ist in immer weitere Ferne gerückt, weil die Landesregierung inzwischen ungedeckte Wechsel in der Größenordnung von bummelig 1 Milliarde DM ausgestellt hat. Das macht die **Finanzierung** eines Waldprogramms nicht leichter.

Um noch einmal zu verdeutlichen, wie das Tempo der Waldschäden in Schleswig-Holstein zugenommen hat, möchte ich Ihnen ein paar Fakten vortragen. Noch 1981, im Ersten Forstbericht, vertrat die Landesregierung die Auffassung, es gebe keine **immissionsbedingten Waldschäden**, zumindest keine solchen, die man eindeutig auf solche Schadensursachen zurückführen könnte. 1983, also zwei Jahre später, gab es schon Meldungen über eine Schadensquote von 12 %, 1984 mußte der Landwirtschaftsminister dieses Landes der Öffentlichkeit mitteilen, daß bereits 27 % unserer Wälder krank sind, 1986 waren es schon 40 %, bei der Buche sogar 62 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies macht – so denke ich – auch denen deutlich, die, wenn sie durch die Landschaft gehen und ein wenig Grün im Wald sehen, noch glauben, die Welt sei heil, welche Bedrohungen für unsere Landschaft und für die Menschen bei uns im Lande durch die Waldschäden entstehen. Natürlich ist die wesentliche Voraussetzung dafür, daß der Wald gesunden kann, das Absenken der Luftimmissionen oder der Immissionen in den Wald auf dem Weg über die Luft. Dazu hat die SPD-Fraktion vielfältige Vorschläge gemacht. Wir haben zum Beispiel vorgeschlagen, die Bereitschaft der Stadtwerke Neumünster zu nutzen, die **Heizkraftwerke der Stadtwerke Neumünster** vorzeitig zu entschwefeln und entsticken. Das Land hätte nur eine gewisse **Zwischenfinanzierung** – keine verlorenen Zuschüsse – leisten müssen. Die Landesregierung hat dies abgelehnt – zum Schaden der Menschen in Neumünster und zum Schaden des Waldes.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben vorgeschlagen, auch kleinere Kraftwerke in die Großfeuerungsanlagen-Verordnung einzubeziehen und damit **Entstickung** und **Entschwefelung** wahrzumachen. Wir haben vorgeschlagen, eine spezielle Förderung für den Umweltschutz in kleineren und mittleren Unternehmen des Landes einzurichten; auch dies ist von der Mehrheit hier im Hause abgelehnt worden.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, wie notwendig es im Interesse des Energiesparens, des Umweltschutzes und der Luftreinhaltung wäre, mehr als bisher Wärme, die zum Beispiel bei der Produktion von Strom abfällt, in die Häuser zu leiten. Wir haben immer wieder auf die **Kraft-Wärme-Koppelung** hingewiesen. Anstatt einem solchen Vorschlag nachzugehen, hat die Landesregierung es aber für richtig gehalten, im Bundesrat die erneute Auflage eines Fernwärmeprogramms abzulehnen. Dies heißt, daß allein 90 Millionen DM, die bei der Stadt Kiel zum **Ausbau der Fernwärme** anstehen, und 30 Millionen DM, die für den Ausbau der Fernwärme im Bereich der Stadtwerke Neumünster anstehen, brachliegen. Dies schadet nicht nur der Luft und dem Wald, dies schadet den Arbeitsplätzen und der Wirtschaft unseres Landes, dies schadet unserem Land insgesamt. Der Ausbau der Fernwärme ist nötig und nicht die Blockade.

(Beifall bei der SPD)

Damit nicht möglicherweise Mißverständnisse entstehen: Es geht nicht darum, anstelle von Kohle oder anderen Brennstoffen etwa auf Kernenergie umzusteigen und damit neue Gefahren für das Land, neue Risiken für die Bürger des Landes Schleswig-Holstein hervorzurufen, sondern es geht darum, die eingesetzte Energie vernünftiger zu nutzen, sich die Techniken zunutze zu machen, um die Umwelt zu schonen und mit weniger Energie den gleichen Komfort für die Menschen zu erzielen.

Im Bereich des Verkehrs haben wir jüngst ein besonders negatives Beispiel erlebt. Wir hatten – wie Sie wissen – in unserem Waldprogramm vorgeschlagen, zumindest für jene Kraftfahrzeuge, die nicht mit Katalysatoren ausgerüstet sind oder die heute geforderten niedrigen Abgaswerte nicht erfüllen, eine **Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen** bis zum Tempo 100 vorzuschreiben. In Hessen gab es dies. Nach der Wende in Hessen

(Heinrich Stock [CDU]: Nun sind sie wieder weg!)

wurden die Schilder dort wieder abgerissen, Herr Kollege Stock.

(Heinrich Stock [CDU]: Das ist auch richtig so!)

Damit begünstigt der neue Verkehrsminister nach der Wende in Hessen die Unvernünftigsten unter den Autofahrern, und er trägt damit nicht zu höherer Verkehrssicherheit bei. Auf jeden Fall trägt er jedoch dazu bei, daß das Ausmaß der Waldschäden noch einmal nach oben geht.

(Beifall bei der SPD)

(Hans Wiesen)

Diese Chance hätte man nutzen müssen.

(Rainer Ute Harms [CDU]: Aber es sind doch gerade sozialdemokratische Abgeordnete, die auf der Autobahn so rasen!)

– Herr Kollege Harms, ich weiß nicht recht – mitunter habe ich bei Ihnen den Eindruck, daß die Wünsche Ihr Denken so sehr bestimmen, daß die Urteilsfähigkeit dadurch gemindert wird.

(Rainer Ute Harms [CDU]: Gerade wenn ich Sie sehe – ich werde ständig überholt! – Manfred Sickmann [SPD]: Du guckst doch ohnehin nur nach rechts!)

Meine Damen und Herren, das Land kann für sich allein hinsichtlich der Luftreinhaltungspolitik nicht vorankommen; das Land selbst hat aber die Pflicht, die Notwendigkeit einer drastischen **Absenkung der Luftschadstoffe** auch zur Rettung des Waldes im Bundesrat immer wieder anzumahnen. Dies erwarten wir von der Landesregierung, wenn sie zumindest den Anspruch erhebt, den Wald schützen zu wollen.

Wenn Sie sich die Situation des Waldes in Schleswig-Holstein ansehen, dann werden Sie feststellen, daß auf allen Gebieten ein großer Mangel an **Personal** herrscht. Wir brauchen Forstbeamte, die genügend Zeit haben, um die Waldschadenserhebungen wissenschaftlich aus- und aufzuarbeiten und die Konsequenzen daraus – mit anderen zusammen – zu entwickeln. Wir brauchen mehr Waldfacharbeiter, die die jungen Wälder, die unter Einsatz großer öffentlicher und privater Mittel aufgebaut worden sind, zu läutern und zu durchforsten. Nach Angaben der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein stehen allein 12 000 ha solcher Jungwälder in Gefahr zusammenzubrechen, weil die entsprechenden Pflegearbeiten nicht durchgeführt werden.

Wir müssen die Möglichkeiten der Waldschadenserfassung und der Schadstofffassung in der Luft verstärken. Wir werden nicht nur in engeren Meßnetzen mit Meßpunkten in kleineren Abständen, sondern auch über den Wipfeln, in Kronenhöhe und in Bodenhöhe die Schadstoffe in der Luft messen müssen, die auf den Wald einwirken.

(Dr. Jürgen Hinz [SPD]: Sehr gut!)

Wir werden schließlich – um das Zusammenwirken der verschiedenen Schadstoffe in der Luft besser erfassen zu können – sogenannte **Bio-Indikatoren** entwickeln müssen, die uns sagen, wie welche Schadstoffkombinationen in der Luft nun auf welche Fauna, welche Flora, welche Tier- und Pflanzengemeinschaften wirken.

Es gibt in diesem Bereich sicherlich weit mehr zu tun als das, meine Damen und Herren, was wir mit dem heute vorhandenen Personalbestand – bei allem Engagement und Eifer der Bediensteten des Landes, der Landwirtschaftskammer und der Forstverwaltungen – leisten können.

Ich denke, daß auch die CDU-Fraktion dies begriffen hat. Wer sich den Antrag der CDU-Fraktion ansieht, der auf zwei Seiten eine Reihe von Stichworten aus

dem SPD-Waldprogramm auflistet, was alles für die Wälder in Schleswig-Holstein getan werden müßte, und wer in diesem Antrag die geradezu rührenden Bemühungen der CDU-Landtagsabgeordneten ihrer Landesregierung gegenüber erkennt, dies alles mit Parolen wie „Weiter so!“ zu verbinden – man möge doch, bitte schön, so weitermachen, weiter „mit Nachdruck einleiten“; was das heißen soll, weiß ich im übrigen nicht –, wer also diese „Weiter so!“-Parolen mit der Notwendigkeit zentraler walddpolitischer Anliegen zu verbinden versucht, der muß im Grunde doch auch erkennen, daß es mit dem „Weiter so!“ nicht getan ist, weil es im direkten Gegensatz zu dem steht, was heute notwendig wäre. „Nicht weiter so!“ hilft dem Wald in Schleswig-Holstein. Was dem Wald in Schleswig-Holstein hilft, ist eine neue Politik. Was wir also brauchen, ist nicht die Parole „Weiter so!“, sondern was wir brauchen, ist eine neue Politik für unseren Wald und für unser Land.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Fölster.

(Rainer Ute Harms [CDU]: Nun rück das mal wieder gerade!)

Heinz-Wilhelm Fölster [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, es gehört zum guten Brauch und Stil der CDU, Herr Kollege Wiesen, einem Landtagsabgeordneten an seinem Geburtstag Schonzeit zu gewähren. Aber wir bekommen Sie eines Tages wieder ins Visier, und dann können wir miteinander abrechnen.

(Heiterkeit)

Geburtstag ist Geburtstag; das hilft nun alles nichts.

Meine Damen und Herren, in den vergangenen Jahren bin ich an sich ganz gern in die forstpolitischen Debatten dieses Hohen Hauses eingestiegen, weil ich immer das Gefühl hatte, daß wir uns in wesentlichen Punkten – oder jedenfalls im Ziel, Herr Kollege Wiesen – weitgehend einig waren. Ich nenne einmal einige dieser Punkte: Vermehrung der Waldflächen, Verstärkung des Laubwaldanteils, Intensivierung der Waldflächen vor allem bei den Jungwaldbeständen, standortgerechte Aufforstung und Bewirtschaftung mit einer verlässlichen Standortkartierung, Ausweitung des biologischen Forstschatzes, verlässliche Erfassung der Waldschäden und Stärkung der Widerstandskraft unserer Wälder gegen Schadstoffbelastungen aller Art.

Wir haben immer wieder darum gerungen, wie wir diese Ziele am schnellsten erreichen könnten, aber in der Sache trennte uns – nach meinem Geschmack jedenfalls – letztlich nicht so sehr viel.

Nicht ganz so sicher bin ich, ob Sie daneben auch den Gesichtspunkt der nachhaltigen Rentabilität und der Effizienz des **Einsatzes von Personal und Geld** in den privaten und öffentlichen Forsten als gleichrangig angesehen haben. Ich möchte dieses Thema

(Heinz-Wilhelm Fölster)

deswegen auch gleich konkret ansprechen. Ich habe jedenfalls meine Zweifel, ob eine „außerparlamentarische“ Waldaktion, wie Sie sie vorschlagen, die die Mitarbeit von Leuten weit über den Kreis der forstlichen Fachleute hinaus voraussetzt, effizienzsteigernd wirkt. Auch bei dem einen oder anderen weiteren Punkt Ihres sogenannten Waldprogramms habe ich Bedenken, ob er die Effizienz der Forstwirtschaft und der Waldpflege in unserem Land verbessern könnte.

Wir waren uns bei der **Novellierung des Waldgesetzes** seinerzeit an sich doch darin einig, in jeder Legislaturperiode die forstpolitischen Grundsätze und alle notwendigen Maßnahmen auf der Grundlage eines Forstberichts der Landesregierung zu behandeln. Sie waren es doch, die diesen **Forstbericht** der Landesregierung in das Waldgesetz eingeführt haben, und wir sind Ihnen gefolgt. Nutzen wir doch dieses gemeinsam beschlossene Instrumentarium.

Jeder Ihrer Programmpunkte kann und wird – wie auch die Behandlung des jüngsten Forstberichts uns allen gezeigt hat – in diesem Rahmen untersucht und in das Programm für die nächsten Jahre aufgenommen werden. Viele Ihrer Programmpunkte ergeben sich im übrigen aus dem Wortlaut oder zumindest aus dem Sinn des Bundes- oder des Landeswaldgesetzes.

(Hans Wiesen [SPD]: Das aber, wie Sie wissen, nicht immer realisiert wird!)

Vergessen wir dabei auch nicht, daß der größte Teil unserer Waldflächen im nichtöffentlichen Eigentum steht. Wichtiger, Herr Kollege Wiesen, als schöne programmatische Aussagen sind die Überzeugung, das Verständnis und vor allem die wirtschaftlichen Möglichkeiten der **privaten Waldbesitzer** und ihrer Förster. Hier könnten Sie auf der rechten Seite einmal klatschen.

(Beifall bei der CDU)

Ohne diese Voraussetzung, ohne deren Bereitschaft und ohne die wirtschaftlichen Möglichkeiten der privaten Landwirtschaft zur Mitarbeit werden Sie auch mit einem solchen Programm keinen Erfolg haben. Dort aber, wo wir gemeinsam diese Voraussetzungen und Möglichkeiten der Mitarbeit sehen oder schaffen können, sollten wir sie mit Nachdruck nutzen und fördern. Alle entscheidenden und realistischen Punkte sind insoweit auch im Forstbericht als Ziele und Maßnahmen für die kommenden Jahre ausgewiesen.

Mit meiner Fraktion meine ich da folgendes: Wir sollten mit Nachdruck die Landesregierung auf diese Ziele und Maßnahmen festlegen. Wir müssen für die Umsetzung natürlich auch die entsprechenden Mittel im Haushalt und das notwendige Personal bereitstellen. Das haben wir in der Vergangenheit, besonders in den letzten beiden Jahren, gemeinsam erfolgreich versucht.

Wir sollten diesen Weg auch in Zukunft gemeinsam gehen. Wir haben dies in einem Entschließungsantrag nochmals zusammengefaßt. Ich meine, kein wesentlicher realistischer Punkt Ihres Waldprogramms

fehlt darin, aber auf überflüssige Dinge haben wir ebenso konsequent verzichtet.

(Lachen des Abgeordneten Manfred Sickmann [SPD])

Ich denke, jeder in diesem Hohen Haus kann diesem Antrag zustimmen, Herr Kollege Sickmann. Ich bitte Sie daher namens meiner Fraktion um Annahme dieses Antrages als Richtschnur für die bewährte Forstpolitik in unserem Land.

Bevor Sie nun abstimmen, noch einmal einen Blick auf unseren Antrag: Unser zweiseitiger Antrag dient der Forstpolitik und dem Wald in Schleswig-Holstein mehr als Ihr 25seitiges Programm. Überzeugen Sie sich einmal davon!

(Beifall bei der CDU – Hans Wiesen [SPD]: Besser gut behauptet als schlecht bewiesen!)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Das Wort hat jetzt der Herr Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß bei diesem schönen Wetter, das ja auch unserem Wald zugute kommt, Ihre Geduld strapaziert wird, aber andererseits – Herr Fölster hat daran erinnert – haben wir nicht so oft Gelegenheit, in diesem Haus über die Forstwirtschaft, über die Forstpolitik, über die Bedeutung des Waldes zu diskutieren. Die gesetzliche Verpflichtung durch den Forstbericht – wenn Sie so wollen, auch eine Selbstbindung – ist hier noch einmal angesprochen worden. Ich begrüße es, daß wir heute Gelegenheit zu dieser Diskussion haben. Verstehen Sie deshalb bitte, daß ich noch einige Anmerkungen zum Abschluß dieser Debatte machen möchte.

Der Antrag der SPD-Fraktion zu einem **Waldprogramm** in Schleswig-Holstein datiert vom 8. Mai 1985. Zwei Jahre sind seither vergangen, zwei Jahre, in denen der Ausschuß sehr intensiv diskutiert hat. Das müssen wir respektieren und anerkennen. Das sind aber auch zwei Jahre, in denen die **Forstpolitik** des Landes

(Heinz-Wilhelm Fölster [CDU]: Weitergegangen ist!)

weiterentwickelt wurde, die Wälder erhalten, verbessert und vermehrt werden konnten. Dies geschah in Verfolg einer gemeinsamen Zielsetzung, die dieses Parlament – ich bin dem Kollegen Fölster dankbar, daß er daran noch einmal erinnert hat – einstimmig im Landeswaldgesetz vorgegeben und seither auch gemeinsam getragen hat.

Die forstpolitischen Anstrengungen der letzten Jahre möchte ich folgendermaßen skizzieren. Die Landesregierung unterstützt und unternimmt alle vertretbaren Maßnahmen zur Erfassung, Beobachtung und zur **Begrenzung der Emissionen** und der Immissionauswirkungen und zur Vitalisierung der Wälder.

(Minister Günter Flessner)

Ich will jetzt nicht mehr dazu sagen. Der Herr Kollege Wiesen hat sich damit etwas ausführlicher befaßt; da gibt es sicherlich an der einen oder anderen Stelle Übereinstimmung, aber dort sind zum Teil auch abweichende Auffassungen sichtbar geworden.

Gleichrangig ist unser Bemühen, durch eine Verbesserung der forstlichen Rahmenbedingungen auch die **forstliche Ertragslage** zu verbessern. Hierin liegt in Schleswig-Holstein – einem Land des Privat- und Körperschaftswaldes, nicht des Staatswaldes – eine besondere Herausforderung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich sehe, der Herr Kultusminister stört.

(Heiterkeit und Beifall)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Herr Landwirtschaftsminister, das ist etwas die verkehrte Welt, wenn einer zu einem Lehrer sagt, er störe; auf der anderen Seite müßte ich das eigentlich feststellen.

(Heiterkeit)

Wollen wir uns einmal darauf einigen, daß es etwas schwierig ist festzustellen, ob er es war, der störte, oder ob alle geredet haben.

Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident, wenn Sie gestatten, daß ein Redner auch einen Zwischenruf machen darf, dann war das ein Zwischenruf.

(Heiterkeit)

Die **Pflege und Vermehrung der Wälder** und die Förderung der Forstwirtschaft wurden deutlich verbessert. Der Waldzustand konnte vor allem durch die zweimalige Förderung der Jungbestandespflege und durch die Förderung von Wiederaufforstungen mit Mischwäldern spürbar gebessert werden.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Wilhelm Fölster [CDU])

Wir sind dem Bund für die finanzielle Unterstützung dieser Maßnahmen dankbar.

Mit einem umfassenden und anspruchsvollen **forstlichen Förderungsprogramm** hilft das Land dem Waldbesitz, die Lebens- und Ertragsfähigkeit des Waldes zu erhalten. Zur qualifizierten Umsetzung dieses Programms konnten zusätzliche Forststellen geschaffen werden.

(Heinz-Wilhelm Fölster [CDU]: Jawohl!)

An dieser Stelle will ich gern schon mit Blick auf die Zukunft hinzufügen: Wenn wir den Wald in dem Tempo des letzten Jahres und des laufenden Jahres vermehren, schließe ich nicht aus – das hat der Kollege Wiesen gesagt –, daß dafür auch mehr Fachpersonal – auf welchen Ebenen auch immer – benötigt wird.

Die Handlungs- und die Leistungsfähigkeit der in Schleswig-Holstein besonders wichtigen forstlichen Zusammenschlüsse – Sie haben sie zum Teil auch kennengelernt – konnte weiter verbessert werden. Der kleine **Privat- und Körperschaftswald** ist heute überwiegend in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen organisiert. Der hohe Organisationsgrad und die stetige Zunahme der Mitglieder und der Umsätze zeigen, daß die Förderungsansätze ziel- und bedarfsgerecht sind. – Der Kollege Jensen hört aufmerksam zu; das gilt auch für seinen Kreis.

Die Aus- und Fortbildung des **Forstpersonals** bei der Lehranstalt für Forstwirtschaft in Bad Segeberg sowie die Jugend- und Umwelterziehung über Jugendwaldspiele, Jugendwaldheim-Einsätze, aber auch die forstliche Öffentlichkeitsarbeit konnten merklich intensiviert werden. Eine Straffung der bisher in der Unterstufe dreigliedrigen Forstverwaltung – das ist für Sie vielleicht neu – wird mit Wirkung vom 1. Juni vollzogen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Wiesen hat seinen Beitrag mit der Feststellung begonnen – ich will das unterstreichen –, daß Schleswig-Holstein walddarm sei. Schleswig-Holstein hat eine große Zahl verschiedener Standorte, eine Vielzahl von Waldeigentümern, lage- und vorratsbedingt eine besonders angespannte Ertragslage, eine hohe Wind- und Sturm-anfälligkeit und -belastung und aufgrund der geringen parzellierten Waldausstattung einen hohen Erholungsdruck und auch Wilddruck in seinen Wäldern. Diese Gegebenheiten wirken alle in dieselbe Richtung. Sie begünstigen und erfordern eine sich an größtmöglicher Naturnähe orientierende Forstwirtschaft.

Die schleswig-holsteinische **Forstpolitik** hat deshalb Elemente naturnaher Forstwirtschaft aufgenommen und zur Grundlage der Forstwirtschaft in den Landesforsten und der forstlichen Förderung gemacht.

Unsere Forstpolitik ist darüber hinaus dem Eigentum und dem Gemeinwohl gleichermaßen verpflichtet. Mit einer naturnahen Forstwirtschaft läßt sich ein ökologisch intakter Wald und eine kostengünstige Harmonisierung aller Aufgaben der Forstwirtschaft am besten erreichen.

In ihr lassen sich waldbauliche Anforderungen und Erwartungen der Waldbesucher, der Bevölkerung, der Landschaftspflege und der Forstwirtschaft, aber auch der Jagd gleichzeitig am besten verwirklichen und aufeinander abstimmen.

Wir sind auf unserem Wege eines Waldbaus auf ökologischer Grundlage und einer landschafts-, funktions- und eigentümergeberechtigten Forstwirtschaft auch dank Ihrer Unterstützung erfolgreich gewesen und ein gutes Stück vorangekommen. Wir möchten diesen erfolgreichen Weg fortsetzen.

Ich bin froh darüber, daß uns die forstpolitische Entwicklung seit Verabschiedung des Landeswaldgesetzes weitgehend ein gemeinsames Anliegen war. Das hat eine dem Wald und der Forstwirtschaft

(Minister Günter Flessner)

wohltuende Stetigkeit begünstigt. Diese Gemeinsamkeit und Stetigkeit sehe ich gefährdet, wenn Wald und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein im Rahmen eines Waldprogramms in einer außerparlamentarischen Waldaktion behandelt werden.

Die wesentlichen Fragen der schleswig-holsteinischen Forstwirtschaft und der Forstpolitik des Landes werden nach der Vorgabe des Landeswaldgesetzes - das habe ich eingangs schon bemerkt, und ich unterstreiche es jetzt - alle vier Jahre in der Mitte der Legislaturperiode in diesem Hause erörtert. Die Umsetzung der Forstpolitik ermöglichen wir mit unseren mittelfristigen und den jährlichen Haushaltsbeschlüssen. Ein dem Parlament von der Regierung zu erstattender Forstbericht beinhaltet die wesentlichen Elemente eines Waldprogramms. Der Forstbericht legt die Situation des Waldes und der Forstwirtschaft, die Forstpolitik des Landes und Schwerpunkte sowie Leitlinien für die Arbeit der Landesforstverwaltung dar.

Die parlamentarische Behandlung des Forstberichtes gibt, wie die Anhörung am 4. September vergangenen Jahres im Segeberger Forst gezeigt hat, eine gute Möglichkeit, die mit der **Waldaktion** gewünschte **Beteiligung von Verbänden** und anderen Anzuhörenden vorzunehmen, und diesen bewährten und erfolgreichen Weg sollten wir im Interesse einer stetigen und einer gemeinsamen Entwicklung der schleswig-holsteinischen Forstpolitik auch in Zukunft weitergehen.

Ich jedenfalls will das bestätigen, was der Kollege Fölster gesagt hat: Ein gesondertes Waldprogramm und eine weitere Anhörung in Form einer von der SPD empfohlenen Waldaktion hält auch die Landesregierung für entbehrlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen zu diesem Punkt der Tagesordnung liegen nicht mehr vor. Nach Rücksprache mit dem Antragsteller stelle ich fest, daß der Antrag Drucksache 10/951 und damit auch die Drucksache 10/2022 dadurch gegenstandslos geworden sind, daß ein neuer Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 10/2076, vorliegt. Ich lasse jetzt über diesen Antrag abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist mit Mehrheit abgelehnt. Ich lasse jetzt abstimmen über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 10/2080. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Die nächste Tagung beginnt am 2. Juni 1987 um 10.00 Uhr.

Die Tagung ist geschlossen.

Schluß: 16.54 Uhr

S. 6712

Ausgegeben am 2. Juni 1987

Die Plenarprotokolle sind fortlaufend und einzeln beim Verlag Schmidt & Klaunig, Ringstraße 19, 2300 Kiel, Fernruf 6 20 95/96, zu beziehen.
